

### AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Stadt & Region	19
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Unternehmen	29

### VERBÄNDE



DNR intern	30
Verbände	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

### SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

### ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Nachhaltiger Konsum	
Schwerpunkt: Jugendliche	

### THEMEN DES MONATS

#### Ernährung

## Klimawandel als tierisches Produkt

**Klima- und Umweltpolitik, die erfolgreich sein will, setzt auf eine betont pflanzliche Ernährung**

Seite 2

#### Genforschung

## Wer nicht sucht, findet auch nichts

**Wissenschaftler, die die Sicherheit der Gentechnik infrage stellen, zahlen einen hohen Preis**

Seite 4

#### Biologische Vielfalt

## Biopiraten an den Pranger?

**Das Jahr 2010 ist entscheidend für den Schutz genetischer Ressourcen der Entwicklungsländer**

Seite 6

#### Interview

## „Die Zukunft nicht vergeigen“

**Die neue Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses setzt auch auf Druck von außen**

Seite 23

## Ernährung

# Klimawandel als tierisches Produkt

Klima- und Umweltpolitik, die erfolgreich sein will, setzt auf eine betont pflanzliche Ernährung

**Im Jahr 2010 steht der Klimaeffekt der Tierhaltung endgültig auf der Tagesordnung. Neue Zahlen machen die Fleisch- und Milchproduktion für die Hälfte aller Treibhausgase verantwortlich – bei steigender Tendenz. Die weltweite Umstellung auf eine fleischarme Ernährung kann den Klimawandel entscheidend begrenzen. ■ VON MARTIN SCHLATZER, VEBU**

Im Dezember 2009 haben Rajendra Pachauri und Paul McCartney vor dem Europaparlament in Brüssel für die Einführung eines vegetarischen Montags plädiert. Der Vorsitzende des Weltklimarates IPCC und der britische Musiker und Tierrechtsaktivist treten im Rahmen der Kampagne „less meat = less heat“ für eine deutliche Reduzierung des Fleischkonsums als Klimaschutzmaßnahme ein. Noch weiter ging der Ökonom Nicholas Stern. Der Autor des weltbekanntesten Klimareports sprach sich im Vorfeld des UN-Gipfels von Kopenhagen für einen weitgehenden Fleischverzicht aus. Im Jahr 2010 steht der massive Einfluss der Tierhaltung auf den Klimawandel endgültig auf der Tagesordnung.

## Herstellung von Fleisch, Milch und Eiern beschleunigt den Klimawandel

Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, kam 2006 in einer sehr umfangreichen und fundierten Studie zu dem Ergebnis, dass die Produktion von Fleisch, Milchprodukten und Eiern 18 Prozent aller weltweiten Treibhausgase verursacht.<sup>(1)</sup> Damit belastet die Produktion tierischer Lebensmittel das Klima deutlich mehr als der gesamte Verkehrssektor mit 13,5 Prozent. Derzeit wird an einer Aktualisierung des FAO-Berichts gearbeitet, denn die Auswirkungen der Tierproduktion auf das Klima dürften sogar noch höher sein als bisher angenommen.

Nach neuen Berechnungen des Washingtoner Worldwatch Institute sind dem Tierhaltungssektor 51 Prozent aller weltweiten Treibhausgase zuzurechnen. Faktoren wie die mögliche Nutzung der poten-

ziellen freien Flächen beziehungsweise „ersparten“ Wälder als Kohlendioxidsenken wurden in dieser Arbeit berücksichtigt. Für die Bilanz wurden jedoch auch die Atmung der Tiere sowie eine andere Bemessungsgrundlage für die Klimawirksamkeit von Methan herangezogen, was das Resultat der Studie relativieren dürfte.

## Unterschätzte Treibhausgase aus der Tierhaltung

Der Tierhaltungssektor verursacht weltweit neun Prozent aller anthropogenen Kohlendioxidemissionen. Beim Methan beträgt der Anteil sogar ein Drittel und beim Lachgas fast zwei Drittel. Innerhalb des Tierhaltungssektors gibt es drei Hauptquellen für diese Treibhausgase: Über ein Drittel entsteht durch Landnutzungsänderungen, vor allem durch die Entwaldung für Futtermittel und Weideland (CO<sub>2</sub>); ein Drittel durch die Erzeugung und Aufbringung von synthetischen und organischen Düngern (CO<sub>2</sub>, Lachgas, Methan) und der Großteil des Restes geht auf die mikrobielle Verdauung von Wiederkäuern zurück (Methan).<sup>(1)</sup>

Bis 2050 wird sich die globale Fleisch- und Milchproduktion gegenüber dem Jahr 2000 verdoppelt haben – auf 465 Millionen Tonnen Fleisch und gut eine Milliarde Tonnen Milch.<sup>(1)</sup> Wie der IPCC-Bericht von 2007 in seinem Landwirtschaftsteil zusammenfassend festhielt, führt der steigende Konsum von Fleisch zu einem erhöhten Bedarf an Futtermitteln und damit zu weiteren Entwaldungen und noch mehr Kohlendioxidemissionen.<sup>(2)</sup>

Eine wesentliche Erhöhung der ohnehin geringeren Produktion von Wiederkäuern – speziell in extensiven Weidesystemen –

ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Weideland nicht denkbar. Es wird also wie schon in den letzten Jahren zu einer noch größeren Produktion von Hühnern und Schweinen kommen, da diese im Gegensatz zu Rindern kürzere Reproduktionszyklen, eine effizientere Futtermittelverwertung und einen höheren Ausschlagungsgrad aufweisen. Dazu kommt, dass Schweine und Hühner schneller und billiger zu produzieren sind, womit auf den rapide steigenden Bedarf schnell reagiert werden kann.

## Negative Folgen des Konzentrationsprozesses

Um die rund 2,4 Milliarden Menschen auf der Welt, die bis 2050 zu den heutigen 6,8 Milliarden hinzukommen werden, zu ernähren, wird eine intensivere Nutzung des bestehenden Agrarlandes als unumgänglich angesehen. Das ist mit einem hohen externen Aufwand an Wasser, Düngemitteln, Pestiziden, Herbiziden und fossilen Energieträgern verbunden, was zu markanten Umweltproblemen führen wird. Es wird vermehrt zu Stickstoff- und Phosphorüberschüssen kommen, die in umliegende Ackerflächen und ins Grundwasser ausgetragen werden. Die Geruchsbelästigung und die Gefahr zoonotischer, das heißt von Tier auf Mensch übertragbarer Krankheiten werden sich vor allem in und um Ballungszentren erhöhen. Es muss auch davon ausgegangen werden, dass Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere unter der Intensivierung noch mehr leiden und es zu höheren Sterberaten in den konzentrierten Mastbetrieben kommt.

Mit der immer weiteren Konzentration und Intensivierung der Tierproduk-

## Was tun für eine klimafreundliche Nahrungsmittelerzeugung?

Auf politischer Ebene kann und muss einiges getan werden, um die Treibhausgase aus der Tierproduktion zu reduzieren. Die folgenden Maßnahmen nützen nicht nur dem Klima und der Umwelt, sondern auch der Gesundheit.

**Besteuerung tierischer Produkte nach ihren ökologischen Auswirkungen:** Externalisierte Kosten wie entstehende Treibhausgase, Erosion von Böden, Schadstoffeinträge in Wasser und Boden und Verlust der Artenvielfalt müssen in die Preise einkalkuliert werden. Als erster konkreter Schritt könnten in Deutschland – wie bereits vom Anbauverband Bioland vorgeschlagen – Fleisch und Wurstwaren mit dem regulären Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent statt der bisher üblichen sieben Prozent belegt werden. Damit werden pflanzliche und gesunde Produkte wegen ihrer relativ geringen Preise wieder attraktiver für KonsumentInnen.

**Vegetarische Wochentage:** Die belgische Stadt Gent hat den Donnerstag zum offiziellen „VeggieTag“ ausgerufen. Die Tagesmenüs in den Schulen sind an diesem Tag vegetarisch. An die 5.000 Mitarbeiter der Stadt wurde ein vegetari-

scher Stadtplan verteilt und an alle 1.500 Restaurants wurden kostenlose Kochbroschüren verschickt. Ähnliche Programme starteten Baltimore (USA) und São Paulo (Brasilien). In den Niederlanden, in Taiwan und auch in Deutschland, etwa Hamburg oder Magdeburg, gibt es ebenfalls Initiativen in diese Richtung.

**Werbung für Alternativen:** Auf Regierungsebene sollte es neben Gesetzesinitiativen verstärkte Kampagnen zur Förderung alternativer Fleisch- und Milchprodukte geben. Nötig sind Initiativen auf höchster Ebene wie die Empfehlung der Europäischen Kommission, mehr Gemüse statt Fleisch zu essen, oder der Vorschlag der schwedischen Regierung, ein oder zwei Fleischgerichte pro Woche durch vegetarische Gerichte zu ersetzen.<sup>(4)</sup>

**Subventionen überdenken:** Subventionen auf EU- und Bundesebene sollten gezielt ökologische und gesundheitsverträgliche Produkte betreffen. Sinnvoll wäre es, Milchquoten abzuschaffen, weil sie die Überproduktion fördern und weil subventionierte Exportprodukte die Existenz lokaler Anbieter im Ausland gefährden.

tion und der einhergehenden steigenden Futtermittelproduktion ist außerdem die Rodung von Tropenwäldern für Futtermittelflächen verbunden, was erhebliche Mengen CO<sub>2</sub> freisetzen und die Artenvielfalt noch mehr reduzieren wird.

Mit der steigenden Bedeutung von Hühnern und Schweinen geht auch eine vermehrte Herstellung und Ausbringung von Stickstoffdüngern und damit ein höherer Lachgasausstoß einher. Folgt man den Prognosen, werden sich bis 2020 die tierhaltungsbezogenen Methanemissionen um 37 bis 60 Prozent und die Lachgasemissionen um mindestens 50 Prozent erhöhen.<sup>(2)</sup> Es gibt auch Befürchtungen, dass sich zwischen dem Anbau für Futtermittel vor allem für Nichtwiederkäuer und dem Anbau von Nahrungspflanzen für den direkten menschlichen Verzehr die Konkurrenz um Flächen verschärfen

wird. Weltweit werden 30 bis 50 Prozent der gesamten Getreide- und 90 Prozent der Sojaernte an Tiere verfüttert. Hier liegt ein immenses Ressourceneinsparpotenzial.

### Ernährungswandel hat ökonomische, ökologische und gesundheitliche Vorteile

Für den Verzicht auf Fleisch plädiert nicht nur Nicholas Stern, der als ehemaliger Weltbank-Chefökonom heute die britische Regierung in Wirtschaftsfragen berät. Auch Politiker wie Yvo de Boer, Leiter des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention, sprechen sich, wenn es um Klimawandel und Tierhaltung geht, für eine vegetarische Ernährung aus. Eine aktuelle niederländische Studie kommt zu dem Resultat, dass eine weltweite Umstellung auf eine fleischarme Ernährung, wie sie aus Gesundheitsgründen empfohlen

wird, bis 2050 rund 20 Billionen Dollar an finanziellen Mitteln zur Stabilisierung des Weltklimas einsparen könnte. Bei einer rein pflanzlichen, das heißt veganen Ernährung, läge das Einsparpotenzial bei 32 Billionen Dollar.<sup>(3)</sup>

Wenn man sich die Gesamtkosten für Klima, Umwelt und Gesellschaft vor Augen hält, liegt eine Reduzierung des Verbrauchs tierischer Produkte nahe. Individuelle Anpassungen in Richtung einer vegetarischen oder veganen Ernährung und entsprechende Initiativen auf politischer Ebene (siehe Kasten) können zu einer Reduzierung der Treibhausgase aus dem Tierhaltungssektor um mehr als die Hälfte beitragen. Frei werdende Flächen und ein höherer Waldbestand können als CO<sub>2</sub>-Senken fungieren und zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen. Die Einsparung wichtiger Ressourcen wie Land, Getreide und Energie und der Beitrag zur künftigen Ernährungssicherung wären erstrebenswerte Synergieeffekte. Und nicht zuletzt wird von einer pflanzenbetonten, klimaschonenden und nachhaltigen Ernährung auch die Gesundheit profitieren.

### Anmerkungen

- ▶ (1) FAO (Hrsg.) (2006): *Livestock's Long Shadow*. Environmental Issues and Options. Rom, S. 1–390. [www.kurzlink.de/fao-livestock](http://www.kurzlink.de/fao-livestock)
- ▶ (2) IPCC (2007): *Agriculture*. In: Metz, B. u. a. (Hrsg.): *Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report*. Cambridge/New York, S. 497–540. [www.kurzlink.de/ipcc-agriculture.pdf](http://www.kurzlink.de/ipcc-agriculture.pdf)
- ▶ (3) Stehfest, E. u. a. (2009): *Climate benefits of changing diet*. *Climatic Change*, 95 (1–2), S. 83–102. [www.kurzlink.de/climate-diet.pdf](http://www.kurzlink.de/climate-diet.pdf)
- ▶ (4) Swedish National Food Administration (Hrsg.) (2009): *The National Food Administration's environmentally effective food choices*. [www.kurzlink.de/eco-food-choices.pdf](http://www.kurzlink.de/eco-food-choices.pdf)

Der Ernährungswissenschaftler Martin Schlatter ist unabhängiger Klimaexperte beim Vegetarierbund Deutschland (Vebu). Im Frühjahr erscheint sein Buch „Tierproduktion und Klimawandel“ im LIT-Verlag.

Kontakt:  
Tel. +43 (0)699 / 10286793,  
E-Mail: [a0004365@unet.univie.ac.at](mailto:a0004365@unet.univie.ac.at),  
[www.vebu.de](http://www.vebu.de)



## Genforschung

# Wer nicht sucht, findet auch nichts

Wissenschaftler, die die Sicherheit der Gentechnik infrage stellen, zahlen einen hohen Preis

**Árpád Pusztai war der erste renommierte Forscher, der die gesundheitliche Unbedenklichkeit genetisch veränderter Pflanzen in Zweifel zog. Dafür, dass er seine Verantwortung als Wissenschaftler ernst nahm und vor den Gefahren der Gentechnik warnte, musste er einen hohen Preis zahlen. Und seine Forderungen an eine Sicherheitsforschung, die ihren Namen verdient, haben Industrie und Regierungen bis heute ignoriert. ■ VON JÜRGEN BINDER, GE**

Árpád Pusztai war bereits emeritiert, als der Professor 1998 von seinem Institutsdirektor Philip James wieder aus dem Ruhestand geholt wurde. Der Biochemiker sollte für das Rowett Institute im schottischen Aberdeen ein Verfahren zur Standardisierung von Sicherheitstests für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) entwickeln. Pusztais internationale Reputation und Erfahrung waren unumstritten, er konnte in seiner langen Forscherkarriere eine Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorweisen und hatte dem Institut so manche Drittmittelfinanzierung verschafft. Er schien also die geeignete Persönlichkeit zu sein, um die bevorstehende Einführung von GMO in Europa wissenschaftlich zu flankieren.

So war es auch nicht verwunderlich, dass Pusztai im Institut zunächst als Held gefeiert wurde, als er seine Forschungsergebnisse – nach Rücksprache und mit Genehmigung des Institutsdirektors – in einem kurzen Fernsehinterview mit den Worten zusammenfasste: „Wenn ich die Wahl hätte, würde ich sicher keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel essen.“ Die britische Presse war alarmiert und über das Institut brach ein Medienbelagerungszustand herein. Am Tag nach dem Interview waren britische Titelseiten voll mit Pusztais Warnung, am zweiten Tag ging die Message bereits um die Welt. Pusztai war der erste in Fachkreisen bekannte und anerkannte Wissenschaftler, der den Nachweis gesundheitlicher Schäden bei der Verfütterung von GMO bei Säugetieren erbracht hatte.

Am dritten Tag kam dann das böse Erwachen für Pusztai und sein 20-köpfiges

Team. Sein Telefon klingelte nicht mehr, er erhielt keine E-Mails mehr, das Schloss zu seinem Labor war ausgetauscht. Direktor James verpasste Pusztai und allen an dem Forschungsprojekt Beteiligten einen Maulkorb, schlimmer noch: Er verwehrte ihnen den Zugang zu ihren eigenen Forschungsergebnissen.

## Anruf von ganz oben?

Wie kam es zu diesem Sinneswandel des Direktors? Hier gehen die Darstellungen auseinander. Pusztai und sein Team waren auf mündliche Aussagen ihrer Kollegen aus dem Institut angewiesen – man sprach miteinander, kannte man sich doch seit Jahrzehnten –, aber diese durften nun nicht zitiert werden. So kam es, dass bald das Gerücht kursierte, Premierminister Tony Blair habe nach einem Anruf von US-Präsident Bill Clinton den Institutsdirektor angewiesen, Mittel und Wege zu finden, die unbequemen Forschungsergebnisse zu diskreditieren. Direktor James hat dieses Gerücht nie dementiert.

Zwei Dutzend Kollegen aus aller Welt veröffentlichten ein Memorandum, das die Objektivität der wissenschaftlichen Arbeit Pusztais bestätigte und die „inakzeptable Kampagne“ des Instituts gegen seine eigenen Wissenschaftler kritisierte. Bei der nun einsetzenden Schlammschlacht gegen Pusztai wurde nichts ausgelassen, bis die Angelegenheit schließlich vor einen Untersuchungsausschuss des britischen Parlaments gelangte. Pusztai wurde von seiner Schweigepflicht entbunden und konnte erstmals, nach Monaten der Hetzkampagne, sich und seine Forschungsergebnisse verteidigen. Seine Resultate stellten sich als

seriös heraus, sodass der Untersuchungsausschuss seine Rehabilitierung anordnete. Pusztais Arbeit wurde in der Fachzeitschrift *Lancet* publiziert, aber die notwendige und sonst übliche Überprüfung durch andere Institute unterblieb. Da der Forscher bereits pensioniert war, konnte das Rowett Institute sich seiner relativ einfach entledigen. Die wissenschaftliche Welt aber hatte verstanden: Mit Monsanto & Co. legt man sich besser nicht an.

## Organveränderungen nach Fütterungsversuch mit Genkartoffel

Welches war der entscheidende Kritikpunkt Pusztais? Bei seinen Versuchen hatte er Ratten mit einer gentechnisch veränderten Kartoffelsorte gefüttert. Die Versuchstiere wiesen nach einigen Wochen signifikante Änderungen an Leber und Niere auf, das gesamte Immunsystem der Ratten war geschwächt.

Bei der gentechnischen Modifikation ändern sich zwei bis fünf Prozent der Gene; die gesamte DNA kann instabil werden. Wegen der vielfältigen Modifikationen kann nicht klar vorhergesagt werden, was sich alles ändert. Daher kann bei einer gentechnisch veränderten Pflanze keinesfalls von einer „substanziellen Äquivalenz“ zu nicht gentechnisch veränderten Pflanzen der gleichen Pflanzenart die Rede sein. Dies ist jedoch gerade die Grundannahme, aufgrund derer die US-amerikanische Lebensmittelsicherheitsbehörde FDA keinerlei weitere Sicherheitsprüfungen für gentechnisch veränderte Pflanzen verlangt.

Pusztai schlägt stattdessen eine mehrstufige Testmethode vor. Im ersten Schritt müsse das Transgen gefunden werden. Das

dieses Gen erzeugende Protein dürfe weder für Menschen noch für Tiere toxisch sein. Nach der Modifizierung müsse das Genprodukt aus der GVO-Pflanze isoliert werden. Danach sei der Beweis zu erbringen, dass das in der Genpflanze gebildete Protein mit dem ursprünglichen identisch sei. Zudem müssten ernährungswissenschaftliche und toxikologische Untersuchungen stattfinden. Für die Versuche dürften nur junge, schnell wachsende Tiere verwendet werden. Der Protein- und Energiegehalt des Futters müsse identisch sein, Wachstum und Stoffwechsel der Tiere müssten ständig verfolgt werden. Weiterhin müssten zwei Sorten von Kontrollnahrung verfüttert werden. Die erste Kontrollfuttersorte müsse sich auf die Ausgangslinie stützen und ganz ohne gentechnische Modifikation sein. Der zweiten Sorte müsse ein isoliertes Transgen mechanisch hinzugefügt sein, damit es inhaltsgleich mit dem gentechnisch veränderten Futter sei. Außerdem müssten alle Vergleichstiere auch die glei-

che Menge an Nahrung aufnehmen. Am Ende des Versuchs müsse eine intensive Analyse des Darms der Tiere stattfinden, da dort die Auswirkungen der Futtermittel am klarsten erkennbar seien.

### Nicht das Gen, die Manipulation ist schuld

Wenn sich nun herausstellt, dass sich die Tiere, die Futtermittel mit dem isoliert dazugegebenen Genprodukt erhielten, anders entwickelt haben als die Tiere, die mit den genveränderten Pflanzen gefüttert wurden, dann ist nicht das veränderte Gen an den gesundheitlichen Auswirkungen schuld, sondern der ganze komplexe Prozess der Genveränderung in der Pflanze selbst. Das ergaben die Darmanalysen der Versuchstiere des Kartoffelversuchs, der 1998 die Kontroverse ausgelöst hat.

Dieses Ergebnis ist für die ganze Gentechnikforschung freilich ein Desaster, und es kann nicht verwundern, dass die Industrie alles unternommen hat, Pusztais

Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen. Bis heute werden keinerlei Sicherheitsprüfungen nach dem von Pusztai geforderten Verfahren vorgenommen. Pusztais Schlussfolgerung aus der jahrelangen Ignoranz von Politik und Gentechnikindustrie ist ernüchternd: „Wenn du an der entscheidenden Stelle nichts finden willst, dann darfst du da eben auch nicht suchen.“

### Literatur

- Pusztai, Á.; Bardócz, S.: Sicherheitsrisiko Gentechnik. Orange Press, Freiburg 2009, 180 S., 18,- €, ISBN 978-3-936086-50-8

Der Imker Jürgen Binder ist Vorsitzender des Vereins Gentechnikfreies Europa (GE) mit Sitz in Stuttgart.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)170 / 1857424,  
E-Mail: office@gentechnikfreies-europa.eu,  
www.gentechnikfreies-europa.eu



## Bemerkenswerte Wende bei der Berichterstattung über Gentechnik in den USA

2009 war ein Jahr, in dem die Biotech-Industrie und ihre Verbündeten alles getan haben, um die Welt auf den Gentechnik-Pfad zu bringen, aber auch ein Jahr des bemerkenswerten weltweiten Widerstandes dagegen. Außerdem kam deutlicher als je zuvor die Wahrheit ans Licht – nicht nur über die großen Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen, sondern auch über die Tragfähigkeit vieler Alternativen, von denen die Fixierung auf Gentechnik dringend benötigte Aufmerksamkeit und Ressourcen abzweigt.

Die Weichen wurden 2008 mit dem Weltagrarbericht gestellt, den 60 Regierungen unterschrieben haben. Er machte deutlich, dass Genpflanzen nach mehr als zehn Jahren kommerzieller Nutzung nichts gegen Hunger, Armut und Agrarumweltschäden ausrichten konnten. Ökologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft kann höhere Erträge liefern – ohne die ökologischen und sozialen Nachteile industrieller Landwirtschaft.

Doch das Bemerkenswerteste war 2009 die Kritik an der Biotech-Industrie. Zum Schrecken der Industrie

kam schärfste Kritik auch von der US-Presse, sogar vom zuverlässig gentechnikfreundlichen Journal Nature Biotechnology – stets mit dem gleichen Hauptargument: Der Gentechnikindustrie sei eine beispiellose Kontrolle über das Saatgut ermöglicht worden.

Der Scientific American etwa beklagte, dass „es unmöglich ist zu überprüfen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen die angepriesenen Leistungen erbringen. Der Grund ist, dass Agro-Unternehmen sich selbst ein Vetorecht gegen Arbeiten von unabhängigen Wissenschaftlern gegeben haben.“ Die Financial Times, bisher durchgehend gentechnikfreundlich, schrieb: „Wissenschaftler können nicht unabhängig Rohmaterial im Nahrungsmittelangebot begutachten oder Pflanzen untersuchen, die große Flächen des ländlichen Amerika bedecken.“ Nature Biotechnology berichtete, wie gentechnikkritische Untersuchungen, selbst wenn sie veröffentlicht werden, auf eine Wand aus offensichtlich inszenierten, persönlichen und unbegründeten Angriffen durch Gentechnikbefürworter trafen, die „Arbeiten von anderen, seriösen

Wissenschaftlern in einer reflexartigen, voreingenommenen, emotionalen Weise verunglimpfen“. Und desillusionierte Landwirte wiesen darauf hin, wie der Branchenriesen Monsanto seine Marktmacht nutzt, um die Preise drastisch anzuheben und den Zugang zu konventionellem Saatgut einzuschränken.

Daher – inmitten der unvermeidlichen Flut von leeren Versprechen, dass die Gentechnik unerlässlich im Kampf gegen Hunger, Armut und Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Treibstoffknappheit und alle anderen Sorgen der Menschheit sei – sollte im Jahr 2010 niemand daran zweifeln, was wirklich auf dem Spiel steht: die Kontrolle über die Wissenschaft, die Natur, die Nahrungsmittel und die Landwirtschaft.

[Claire Robinson, Jonathan Matthews]

Claire Robinson und Jonathan Matthews leiten die Redaktion des gentechnikkritischen Informationsdienstes GMWatch im britischen Norwich.

Kontakt: [www.gmwatch.org](http://www.gmwatch.org)

## Biologische Vielfalt

# Biopiraten an den Pranger?

Das Jahr 2010 ist entscheidend für den Schutz genetischer Ressourcen der Entwicklungsländer

**Die 1992 in Rio de Janeiro beschlossene UN-Biodiversitätskonvention konnte die Ausbeutung der genetischen Ressourcen des Südens durch den Norden bisher nicht stoppen. Gegen solche „Biopiraterie“ sollen deshalb in diesem Jahr völkerrechtlich verbindliche Regelungen beschlossen werden. Für indigene Völker hängt viel davon ab, ob das gelingt.**

■ VON MICHAEL FREIN, EED, UND HARTMUT MEYER

Heilpflanzen sind Bestandteil vieler unserer Arzneimittel – gegen Husten, Krebs, Übergewicht oder Diabetes. Die meisten Heilpflanzen sind in Entwicklungsländern beheimatet, dort, wo die biologische Vielfalt am größten ist. Pharmakonzerne, aber auch die Kosmetikindustrie, suchen in den entlegensten Winkeln der Welt nach neuen Pflanzen, deren Wirkstoffe Krankheiten heilen, Schmerzen lindern oder auch nur faltige Haut straffen können. Dabei hilft ihnen das traditionelle Wissen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, die ihre Kenntnisse über die Nutzung der biologischen Vielfalt über Generationen hinweg entwickelt haben. Und so kommt es, dass südafrikanische Geranien bei uns den Husten lindern oder Paranüsse aus dem Amazonas-Urwald das Haar glänzen lassen.

### Entwicklungsländer fordern rechtliche Verbindlichkeit

Dabei werden die indigenen Völker aber weder gefragt, ob sie mit der fremden Nutzung ihres Wissens einverstanden sind, noch werden sie an den Gewinnen der Konzerne beteiligt. Dies gilt genauso für die Staaten, auf deren Gebiet die Pflanzen vorkommen. Diese sogenannte Biopiraterie sollte mit der 1992 beim Erdgipfel in Rio de Janeiro unterzeichneten UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) eigentlich beendet werden. Die CBD verlangt die Information der Betroffenen in den Herkunftsländern und ihre vorherige Zustimmung sowie die gerechte Aufteilung der materiellen Vorteile aus der Nutzung dieser genetischen Ressourcen, wie sie im Fachjargon genannt werden. Doch

der Konvention zum Trotz ist Biopiraterie nach wie vor gängige Praxis. Deshalb forderten die Entwicklungsländer beim Weltgipfel in Johannesburg 2002 ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll unter dem Dach der CBD. Sie konnten sich aber nur zum Teil durchsetzen. Die siebte Vertragsstaatenkonferenz der CBD (COP-7) beschloss 2004 in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur Verhandlungen für ein neues internationales Regime, das völkerrechtlich verbindliche wie auch nicht verbindliche Elemente enthalten könne.

### Zähe Verhandlungen, viele Streitpunkte

Fünf Jahre später gibt es Fortschritte zu vermehren. Allerdings wird ein Kraftakt nötig sein, wenn die Vereinbarung der COP-9 eingehalten werden soll, die Verhandlungen spätestens auf der COP-10 erfolgreich abzuschließen.

Der vielleicht wichtigste Streitpunkt ist nach wie vor die Frage der völkerrechtlichen Verbindlichkeit. Waren zu Beginn des Verhandlungsprozesses alle Industrieländer geschlossen gegen ein verbindliches Protokoll, signalisieren die meisten in dieser Frage inzwischen Gesprächsbereitschaft. Als letzte Bremser bleiben noch Kanada und innerhalb der EU vor allem Großbritannien – sowie die USA als einer der wenigen Staaten, die nicht CBD-Mitglied sind. Zwar dürfen die USA selbst nicht mitverhandeln, es finden sich aber immer wieder Delegierte anderer Staaten, die ihre Interessen vertreten.

Außerdem sind noch alle Punkte strittig, die sich mit der Überwachung der Einhaltung des zukünftigen Abkommens befassen. Hier versucht bislang jeder, die

eigenen Pflichten möglichst gering, die der anderen aber möglichst hoch zu halten. So ist etwa beim Patentrecht bisher kaum ein Industrieland wirklich bereit, in die Speichen der geltenden Regelungen zu greifen. Genau das verlangen jedoch die Entwicklungsländer: Patente, die auf Biopiraterie beruhen, sollen widerrufen werden.

Strittig ist auch der Umgang mit traditionellem Wissen. Kern des Konfliktes ist, ob die Rechte der indigenen Völker an ihrem traditionellen Wissen unter dem Vorbehalt der jeweiligen nationalen Gesetzgebung stehen oder ob für sie internationale Standards gelten sollen. Viele Regierungen, darunter wiederum Kanada, aber auch Indien, vertreten den Standpunkt, dass die Rechte indigener Völker unter den Vorbehalt nationaler Gesetzgebung gehören. Andere Regierungen, etwa aus Afrika, sind den Anliegen indigener Völker gegenüber aufgeschlossener. Die Indigenen selbst berufen sich auf die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker aus dem Jahr 2007, die nicht nur spezifische Rechte enthält, sondern diese als Menschenrechte über nationales Recht stellt – wenn auch völkerrechtlich nicht verbindlich. Immerhin ist auch hier Bewegung festzustellen:

### biodiv-network.de

... ist eine Informationsplattform für NGOs, die zur Biodiversitätskonvention arbeiten. Die derzeitige deutsche Präsidentschaft über die Konvention begleiten die Organisationen mit einem Aktionsprogramm, das die Schwerpunktthemen der Verhandlungen aufgreift.

Die Anerkennung der Rechte indigener Völker verbessert sich stetig.

Exemplarisch lässt sich das im Bereich der vorherigen informierten Zustimmung zur Nutzung genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens beobachten. Während der CBD-Text aus dem Jahr 1992 die Nutzung nur an die Zustimmung der Regierungen knüpft, setzt sich seither in den Diskussionen und Verhandlungen immer mehr die Auffassung durch, dass im Falle der Nutzung traditionellen Wissens die freie vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker vereinbart werden muss. Dies entspricht den Vereinbarungen der Regierungen in der bereits erwähnten UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker, die fast alle Staaten der Welt unterstützen – Ausnahmen sind die USA, Kanada und Neuseeland. Dennoch äußern nicht nur diese drei Länder Vorbehalte, sondern auch einige Entwicklungsländer wie Indien.

Dazu kommen weitere Hürden, etwa die Definitionen, ohne die ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll nicht auskommt. Hierfür wurden bislang noch nicht einmal Textvorschläge der Regierungen eingeholt. Außerdem beharrt die EU auf Mindeststandards für den Zugang zu genetischen Ressourcen. Hier sperren sich die Entwicklungsländer, die ihr in der CBD

verbrieftes souveränes Recht zur Regulierung des Zugangs nicht angetastet sehen wollen.

Fallstricke gibt es mithin noch reichlich. Und die verbleibende Zeit bis zum Oktober, wenn die COP-10 im japanischen Nagoya stattfindet, ist denkbar knapp. Deshalb gibt es nun in kurzen Abständen weitere Verhandlungsrunden, um Ende März bei den letzten Vorverhandlungen vor der Vertragsstaatenkonferenz die größten Hindernisse aus dem Weg räumen zu können.

### Reiche Länder müssen sich bewegen

Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Außerdem kommt es auf die Substanz der Regelungen an. „Das Protokoll kann ein rechtliches Instrument werden, das die Schwachen schützt und für Gerechtigkeit und Fairness sorgt, oder aber es kann Biopiraterie verstärken und legitimieren“, so das Fazit der Nichtregierungsorganisationen nach den letzten Verhandlungen im November 2009 in Montreal.

Letzteres wäre fatal. Es würde viele Entwicklungsländer in ihrem Eindruck bestärken, dass die Industriestaaten die Interessen der armen Länder nicht ernst nehmen. Die Entwicklungsländer warten auf ein Zeichen, dass die Konvention

(auch) in ihrem Interesse funktionieren kann. Dies ist angesichts des Stillstands in vielen Konventionsbereichen bitter nötig. Bleibt es aus, drohen die Entwicklungsländer das Interesse zu verlieren. Für den globalen Naturschutz wäre das kein gutes Signal.

### Zum Weiterlesen

- Frein, M.; Meyer, H.: Die Biopiraten. Milliardengeschäfte der Pharmaindustrie mit dem Bauplan der Natur. Econ, Berlin 2008, 248 S., 16,90 €, ISBN 978-3-430-30022-3
- [www.eed.de/biodiv](http://www.eed.de/biodiv)

Michael Frein ist Referent für Welthandelspolitik und internationale Umweltpolitik beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn und Sprecher des Leitungskreises des Forums Umwelt und Entwicklung.

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 8101-2315, Fax -160,  
E-Mail: [michael.frein@eed.de](mailto:michael.frein@eed.de),  
[www.eed.de](http://www.eed.de)



Hartmut Meyer ist freier Berater zu biologischer Sicherheit und genetischen Ressourcen. Er lebt in Braunschweig.

Kontakt: Tel. +49 (0)531 / 51687-46, Fax -47,  
E-Mail: [hmeyer@ngi.de](mailto:hmeyer@ngi.de)



## politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

### Multiple Krise – Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?

Mitherausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung

Artensterben, Bankenpleiten, Klimawandel, Hunger und kriegerische Konflikte sind keine voneinander unabhängigen Krisen: Sie sind unterschiedliche Symptome einer einzigen großen Krise, die aus unserem wachstumsfixierten Wirtschaftssystem erwächst.

Die Autor(inn)en der *politischen ökologie*<sup>118</sup> erläutern, was die aktuellen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen eint. Sie fördern blinde Flecken der gängigen Bewältigungsstrategien zutage und diskutieren zukunftsfähige Lösungen.

- \_Wie muss ein globaler Green New Deal aussehen, der seinen Namen verdient?
- \_Was sind die Geschlechterdimensionen der Krise?
- \_Welche Wege führen zu einem CO<sub>2</sub>-armen Lebensstil?

Mit Beiträgen von U. Brand, W. Sachs, V. Shiva, D. Messner, B. Unmüßig, T. Santarius u.v.m.

\_Stillen Sie Ihre Neugier und fordern Sie Heft 118 an! 14,90 EUR (zzgl. Versand)/26,80 CHF  
\_ISBN 978-3-86581-190-5\_oekom verlag\_Fax 089/54 41 84-49\_neugier@oekom.de\_www.oekom.de



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Altbatterien**Neues Gesetz, neues Register**

■ Seit dem 1. Dezember ist das neue deutsche Batteriegesetz (BattG) in Kraft. Es sieht verbindliche Sammelziele für Gerätealtbatterien vor und regelt die Verwendung von Quecksilber und Cadmium etwas strenger als die bisher geltende Batterieverordnung. Auch über die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkus gelten neue Vorschriften. Bis Ende Februar müssen Hersteller ihre Marktteilnahme und verschiedene Angaben zu ihren Produkten in einem Melderegister anzeigen, das das Umweltbundesamt inzwischen eingerichtet hat. Das Melderegister ist öffentlich einsehbar, sodass KundInnen Kontrolle darüber haben, ob die Hersteller bestimmter Batterien ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. [jg]

► [www.uba.de/abfallwirtschaft/battg](http://www.uba.de/abfallwirtschaft/battg)

EU-Abfallpolitik**Rechtsumsetzung miserabel**

■ Nach wie vor wird das EU-Abfallrecht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union schlecht angewandt. Das ist das Ergebnis zweier Studien der EU-Kommission. In einigen Ländern sind die Vorschriften nicht einmal ins nationale Recht übertragen worden – in anderen Staaten gibt es rechtliche Regelungen, aber es hapert an der praktischen Durchführung. So werden zum Beispiel Abfälle nicht getrennt gesammelt, sodass die Recyclingziele nicht zu erreichen sind. Auch illegale Abfallverbringungen sind ein großes Problem.

Die Studien beziehen sich auf die Abfallrahmenrichtlinie, die Deponierichtlinie sowie die Verordnung über die Verbringung von Abfällen. Gerade in den zuletzt der EU beigetretenen Staaten sei die Umsetzung noch schwierig, aber auch die

„alten“ Mitgliedstaaten brechen kontinuierlich EU-Gesetze, beispielsweise bei der Behandlung biologisch abbaubarer Abfälle. Dies sei auch klimapolitisch problematisch, denn durch falsche Müllbehandlung können Treibhausgase entstehen. Richtig durchgeführt könnten die EU-Abfallregelungen die Treibhausgasemissionen des Sektors um 30 Prozent reduzieren.

Die schwache Umsetzung der EU-Abfallregelungen sei „eine verfehlte ökonomische, soziale und ökologische Gelegenheit“ und dies könne sich die Europäische Union nicht leisten, kritisierte die EU-Kommission. Rohmaterialien würden verschwendet, der Wasserhaushalt gefährdet und die Luft verschmutzt, was viel Geld koste. Über 20 Prozent der Rechtsbrüche, die die EU-Kommission vor den Europäischen Gerichtshof bringt, haben mit dem Abfallrecht zu tun. [jg]

► [www.ec.europa.eu/environment/waste/reporting](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/reporting)

Müllvermeidung**Leitlinien für nationale Pläne**

■ Die EU-Kommission hat Leitlinien für die Erarbeitung von Abfallvermeidungsprogrammen vorgelegt. Sie erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen, Strategien und Definitionen der EU-Abfallpolitik. Die Länder müssen bis 2013 nationale Pläne vorlegen. Dies schreibt die Abfallrahmenrichtlinie vor. [jg]

► Guidelines on Waste Prevention Programmes (PDF, 42 S., 12 MB): [www.ec.europa.eu/environment/waste/prevention/reports.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/prevention/reports.htm)

Kunststoffabfälle**Plastikplanet**

■ Die Menge an Kunststoffen, die die Menschheit seit Beginn des Plastikzeitalters produziert hat, reicht aus, um den gesamten Erdball mehrfach in Plastikfolie einzupacken. In den Ozeanen gibt es sechsmal mehr Plastikteilchen als Plank-

ton, sodass immer mehr Fische und Meerestiere verhungern, weil ihre Mägen mit unverdaulichen Kunststoffpartikeln gefüllt sind. Im menschlichen Blut sind Chemikalien nachweisbar, die aus Plastik- und Kosmetikprodukten stammen, darunter hormonell wirksame Stoffe wie Bisphe-nol A oder Parabene. Diese und viele andere Fakten rund um Kunststoffe zeigt der Film „Plastic Planet“ von Werner Boote, der am 25. Februar in deutschen und deutschschweizerischen Kinos anläuft. Der gründlich recherchierte Dokumentarfilm, der in Österreich bereits läuft und von zahlreichen Umweltverbänden unterstützt wird, präsentiert erschreckende Zusammenhänge zwischen der menschlichen Abhängigkeit von Kunststoffen und negativen Umwelt- und Gesundheitsfolgen. Boote zeigt auch Alternativen auf. Im Film und auf der zugehörigen Internetseite gibt es Aktionstipps und Hinweise auf Netzwerke und Organisationen, die gegen schädliche Kunststoffe vorgehen. [jg]

► [www.plastic-planet.at](http://www.plastic-planet.at)

► [www.plastic-planet.de](http://www.plastic-planet.de)

EU-Chemikalienpolitik**15 neue Besorgniserreger**

■ Der polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoff Anthrazen, das giftige Acrylamid und das umweltgefährdende Blei-Chromat werden künftig unter der EU-Chemikalienverordnung REACH als besonders besorgniserregend eingestuft. Der Ausschuss der Mitgliedstaaten in der Europäischen Chemikalienagentur ECHA hat insgesamt 15 neue Substanzen als besonders besorgniserregend bewertet. Für diese im Anhang XIV von REACH gelisteten Kandidaten gilt ein spezielles Zulassungsverfahren mit strengen Informationspflichten.

Weil die offizielle Listung zu lange dauert, haben Umwelt- und Gesundheitsverbände längst eigene Listen erstellt, die rund 400 Substanzen enthalten, die ihrer Meinung nach den Status sehr besorgniserregend verdient haben.



Die Europäische Chemikalienagentur ECHA hat inzwischen eine Datenbank mit Informationen über die nach EU-Chemikalienverordnung REACH registrierten Chemikalien veröffentlicht. Diese im Laufe der Zeit wachsende Sammlung enthält Informationen über die chemischen Substanzen, ihre Kennzeichnung und über ihren sicheren Gebrauch. [jg]

► [www.kurzlink.de/echa-datenbank](http://www.kurzlink.de/echa-datenbank)

### Biozidverordnung

## Breites Bündnis gegen Gifte

■ Die EU-UmweltministerInnen wollen Umweltauswirkungen als Ausschlusskriterium für die Zulassung von Bioziden den derzeitigen Gesundheitsschutzregelungen hinzufügen. Das beschlossen sie auf ihrer Ratssitzung am 22. Dezember. Außerdem sprechen sie sich für eine zentrale Genehmigungsprozedur für Wirkstoffe aus. Zurzeit wird die EU-Biozidverordnung novelliert. Die EU-Kommission hat Verbote für krebserregende, erbgutschädigende, die Fortpflanzung beeinträchtigende und hormonell wirkende Stoffe vorgeschlagen.

Ein breites Bündnis von Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbänden, darunter das Pestizid-Aktions-Netz (PAN) und der Deutsche Naturschutzring, hatte im Vorfeld des Umweltministerrates Kernforderungen für ein besseres Biozidrecht vorgelegt. Die Verbände fordern eine Verknüpfung der geplanten Verordnung mit geltenden Umweltschutzgesetzen, effektive Verbots- und Substitutionsverfahren für besonders bedenkliche Stoffe und Produkte sowie konkrete Zeitpläne zur Entwicklung einer EU-Harmonisierung der Verwendungsphase von Biozidprodukten im Sinne der Verminderung von Risiken und der Förderung von Alternativen.

Die Vermarktungsdaten sind bei Bioziden unvollständig und veraltet. Derzeit sollen in der EU etwa 400.000 Tonnen Wirkstoffe in insgesamt rund 50.000 Produkten auf dem Markt sein. Viele Biozide werden nicht in geschlossenen Systemen angewandt, sondern können während

ihrer Verwendung oder Beseitigung in die Umwelt gelangen. Ein gezieltes Monitoring der Umweltbelastungen findet bislang nicht statt. [jg]

► [www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org) (Downloads – 2009)

### EU-Chemikalienpolitik

## Cocktaileffekt auf der Agenda

■ Die UmweltministerInnen der EU haben keine konkreten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den kombinierten Auswirkungen unterschiedlicher chemischer Substanzen, dem sogenannten Cocktaileffekt, ergriffen. In seinen Schlussfolgerungen hat der Umweltministerrat im Dezember den von Dänemark angeregten Vorstoß, hier gesetzlich tätig zu werden, lediglich im Grundsatz begrüßt.

Die EU-Kommission will 2010 eine Studie zu den bisher erforschten Risiken vorlegen und außerdem den EU-Aktionsplan zu Umwelt und Gesundheit sowie die Umsetzung der Strategie zu hormonell wirksamen Substanzen überprüfen. Bis 2012 soll die Kommission außerdem klären, ob die existierende Gesetzgebung ausreichend vor multiplen Wirkungen von aus unterschiedlichen Quellen stammenden Chemikalien schützt, und dem Umweltministerrat Bericht erstatten. Auch bei der Vorlage kommender Gesetze müsse die Gefahr von kombinierten Umwelt- und Gesundheitseffekten durch Chemikalien besser beachtet werden.

Umwelt-, Gesundheits- und Frauenverbände kritisierten, dass die MinisterInnen zwar die Gefahr sähen, aber die nötigen Maßnahmen unnötig hinauszögerten. Der erst 2012 erwartete Bericht komme viel zu spät. Bereits jetzt seien ein Fünftel aller jungen Männer durch Chemikalieneinflüsse von Unfruchtbarkeit betroffen, es gebe Geburtsfehler und Krebsfälle durch den Cocktaileffekt von hormonell wirksamen Chemikalien. Die EU-Kommission müsse den Cocktaileffekt sofort in bestehende Gesetzesregelungen integrieren. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 22.12.09)

### EU-Nanotechnologiepolitik

## Konsultation zum Nanoplan

■ Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zu ihrem Nanotechnologieaktionsplan für 2010 bis 2015 gestartet. Abgefragt werden etwa die Einstellung zu Chancen und Risiken, die Kenntnis und Einschätzung vorhandener Gesetzesregelungen sowie Vorschläge für Politik und Forschung. Wie üblich handelt es sich um Ankreuzfragen, aber auch Kommentare sind möglich. Bis zum 19. Februar können sich Interessierte beteiligen. [jg]

► [www.ec.europa.eu/research/consultations/snap/consultation\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/research/consultations/snap/consultation_en.htm)

### Luftqualität

## EU bleibt streng bei Feinstaub

■ Bulgarien, Polen und Großbritannien müssen die Luftqualitätsziele der EU einhalten. Die Europäische Kommission hat nur für fünf Luftqualitätsgebiete in Polen Fristverlängerungen für die Erreichung der Feinstaubgrenzwerte gestattet. Bei den restlichen Gebieten in Polen sowie bei den Gebieten in Bulgarien und Großbritannien waren die Bedingungen für Sonderregelungen nach Auffassung der Kommission nicht erfüllt. Sie hatte insgesamt 97 Anträge auf Fristverlängerung oder Ausnahmeregelungen einzeln bewertet. Ursprünglich hätten die EU-Mitgliedstaaten die Grenzwerte für Feinstaub der Größe bis zehn Mikrometer (PM<sub>10</sub>) schon 2005 einhalten sollen, hatten dies aber in der Hoffnung auf Ausnahmeregelungen verschleppt.

Im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission in 48 Luftqualitätsgebieten in Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern die Voraussetzungen für eine Ausnahme von den PM<sub>10</sub>-Grenzwerten als erfüllt angesehen. Für neun Gebiete in den Niederlanden gelten nun außerdem Sonderzeiten für die Erreichung von Stickstoffdioxidgrenzwerten. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 14.12.09)

Schiffsemissionen I**Schwefel in der Hafenuft**

■ Seit Anfang des Jahres gelten für EU-Häfen strengere Standards für Schwefel in Schweröl. Ende 2009 gab die Europäische Kommission eine Empfehlung „zur sicheren Verwendung von Kraftstoff mit niedrigem Schwefelgehalt durch Schiffe am Liegeplatz in Häfen der Gemeinschaft“ heraus. Laut Kommission hatten die Schiffseigner ausreichend Zeit, ihre Schiffe technisch umzurüsten. Nun liege es an den Mitgliedstaaten, Verstöße zu kontrollieren und gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. Da die Verwendung leichterer Kraftstoffe bei nicht umgerüsteten Schiffen ein Sicherheitsrisiko darstellt, fordert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten auf, Schiffseigner zu Schulungsmaßnahmen und Umrüstungsaktionen zu bewegen. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 04.01.10)

Schiffsemissionen II**Viel Stickstoff über der Ostsee**

■ Stickstoffemissionen durch Schiffe auf der Ostsee könnten bis 2015 um 60 Prozent reduziert werden, wenn eine entsprechende Emissionsgebühr eingeführt würde. Das ergab eine Studie über markt-konforme Instrumente zur Verringerung von NO<sub>x</sub>-Emissionen, die die schwedische Klimaschutzorganisation Airclim mit den in Brüssel ansässigen Dachorganisationen Transport & Environment und Europäisches Umweltbüro (EEB) herausgegeben hat. In der Studie werden Emissionshandel, unterschiedliche Hafen- und Fahrinnen-abgaben sowie Emissionsgebühren überprüft. Der Autor empfiehlt die Einführung einer Stickstoffgebühr von etwa 470 Euro pro Tonne nach dem Vorbild einer bereits existierenden norwegischen Vorgabe. Das Geld soll in Stickstoffreduzierungsprojekte der Schiffsindustrie fließen.

Die Dachverbände warnten, dass die durch die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO im letzten Jahr angenommenen Grenzwerte nicht ausreichend seien.

Die IMO-Stickstoffstandards würden außerdem nur bei neuen Schiffen angewandt. Da die Lebensdauer von Schiffen 25 bis 35 Jahre betrage, müssten dringend neue Technologien für die existierenden Schiffe entwickelt werden.

Die NO<sub>x</sub>-Emissionen durch den internationalen Schiffsverkehr in EU-Gewässern werden laut der Studie zwischen 2000 und 2020 um rund 40 Prozent steigen. Damit wären die Schiffsemissionen im Jahr 2020 höher als die gesamten NO<sub>x</sub>-Emissionen der 27 EU-Staaten aus allen Verschmutzungsquellen an Land. [aks, jg]

► Studie (PDF, engl., 40 S., 700 kB):  
[www.airclim.org/reports/apc24.pdf](http://www.airclim.org/reports/apc24.pdf)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

Rohstoffe**Coltanabbau heizt erneut Bürgerkrieg im Kongo an**

■ In der Demokratischen Republik Kongo nimmt der Abbau von Coltan wieder massiv zu – und droht den Bürgerkrieg weiter zu verschärfen sowie den Lebensraum der Gorillas zu zerstören.

Coltan (Columbit-Tantal) ist ein seltenes Metall, ohne das Geräte wie Mobiltelefone, Spielkonsolen oder Notebooks nicht auskommen. In den Jahren 2000 und 2001 war der Coltanabbau im Kongo international als einer der Gründe für den Bürgerkrieg in Verruf geraten. Darunter litten nicht nur Hunderttausende Menschen, nach Angaben der Organisation Pro Wildlife wurde auch die Hälfte aller Berggorillas im Kongo abgeschossen – für die Nahrungsmittelversorgung der Milizen.

In den letzten Jahren hatten andere Länder den Großteil des Coltans für den Weltmarkt geliefert. Doch die Nachfrage nach kongolesischen Metallen hat – auch in Europa – wieder deutlich zugenommen. Während 2004 nur 92 Tonnen Coltan aus dem Kongo stammten, waren es 2009

bereits wieder 750 Tonnen, rechnete Pro Wildlife vor. Hauptgrund für den Boom ist der extrem niedrige Preis, mit dem Lieferanten aus anderen Staaten nicht konkurrieren können. Weil sie nicht mit dem billigen afrikanischen Coltan mithalten konnte, wurde Ende letzten Jahres die mit knapp 30 Prozent Weltmarktanteil größte Mine, Wodgina in Australien, geschlossen. Damit dürfte die Förderung im Kongo nun noch weiter steigen.

Pro Wildlife fordert, dass Elektronikproduzenten auf kongolesisches Coltan verzichten, solange es keine zuverlässigen Umweltstandards gibt, die Raubbau, Wilderei und Verstrickungen in den Bürgerkrieg ausschließen. [ms]

► [www.prowildlife.de](http://www.prowildlife.de)

Staudämme**Brasilien staut Xingu-Fluss**

■ Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat angekündigt, die Genehmigung für den Bau des umstrittenen Staudamms Belo Monte am Xingu in diesem Jahr zu erteilen. Umweltschützer und Indigenenverbände befürchten massive Umweltschäden und die Vertreibung der UreinwohnerInnen. Der Belo-Monte-Staudamm würde der drittgrößte Damm der Welt werden und 18.000 Quadratkilometer Wald überfluten. Brasilien will damit 11.000 Megawatt Strom erzeugen, was Energieminister Edison Lobão als unverzichtbar für die industrielle Entwicklung des Landes ansieht. Die Kosten haben sich mittlerweile mit fast 16 Milliarden Euro gegenüber den ursprünglichen Planungen vervierfacht.

Das Projekt sei aber nicht nur wegen der hohen Kosten unverantwortlich, meint die Organisation International Rivers Network. Sie kritisiert, dass auf 130 Kilometern Länge rund 14.000 indigene EinwohnerInnen vertrieben würden. Hinzu kämen massive Schäden an dem bisher unregulierten Fluss und der Landschaft sowie der Verlust von Tier- und Pflanzenarten. Auch bedeutete das Projekt eine enorme Klimaschädigung durch das Methan aus

den Verrottungsprozessen im Stausee. Europäische Unternehmen könnten dagegen von der Entscheidung des Präsidenten profitieren. Für die Lieferung der Turbinen und Antriebstechnik kämen etwa Siemens und die österreichische Firma Andritz infrage. [ms]

- [www.internationalrivers.org](http://www.internationalrivers.org) (Latin America – Brazilian Dams)

## KLIMA & ENERGIE

### Internationale Klimaverhandlungen

## Magere Ergebnisse in Kopenhagen

■ Nachdem der UN-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen nach Einschätzung von Klimaschützern und Beobachtern dramatisch gescheitert ist, suchen Politik und Zivilgesellschaft nach klimapolitischen Perspektiven. Die Resultate des Gipfels, der unter hohem Erwartungsdruck stand, sind nach Ansicht aller Beteiligten mager, dennoch gibt es ein Abkommen, das den weiteren Verhandlungsprozess ermöglicht. Offizielles Ergebnis ist der sogenannte Copenhagen Accord, ein Dokument, das von den Vertragsstaaten lediglich „zur Kenntnis genommen“ wurde. Darin halten diese zwar fest, dass die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll. Wie das realisiert werden soll, lässt das Papier allerdings zunächst offen.

Bis Ende Januar soll nun jedes Land seine nationalen Maßnahmen bei den UN hinterlegen. Nach den bei Redaktionsschluss bekannten Zusagen wären diese Maßnahmen allerdings nicht ehrgeizig genug und liefen eher auf eine globale Erwärmung von drei bis dreieinhalb Grad hinaus, wie die Organisation Germanwatch vorrechnete. Der Copenhagen Accord soll als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen und eventuell in ein oder zwei globale Klimaschutzabkommen münden.

## Klimaschutz ist mehr als ein Klimagipfel

**Wenn Nichtregierungsorganisationen sich zu einem Gipfelort bewegen, bewegt sich politisch noch nicht viel. Wenn diese NGOs aber gemeinsam gegen die fossile Lobby vor Ort angehen, kann sich wirklich etwas tun, meint Jürgen Maier.**

Wenn mehr als 100 Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, gibt es normalerweise ein Ergebnis, das man zumindest gesichtswahrend als Erfolg verkaufen kann, selbst wenn es kaum Substanz hat. So war es beispielsweise beim Rio+5-Gipfel 1997 in Rio de Janeiro und bei Rio+10 in Johannesburg. Damit verglichen ist der dramatische Fehlschlag des Kopenhagener Klimagipfels eine Neuheit, mit dem auch die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nicht gerechnet hatten.

Selten führen Regierungen und NGOs derart ratlos nach Hause: Die konträren Interessenlagen der Hauptakteure – allen voran der beiden Emissionsweltmeister USA und China – scheinen so festgefügt, dass eine Bewegung in nächster Zeit kaum vorstellbar ist.

Da die Vereinten Nationen nur im Konsens beschließen können, reichte es noch nicht einmal zur Annahme des sogenannten Copenhagen Accord im Plenum. Dabei sah dieses weitgehend substanzlose Dokument vor, dass jeder Staat im Wesentlichen selbst bekannt geben kann, welche „Verpflichtungen“ er übernimmt. Von Verhandlungen über gemeinsame Verpflichtungen bleibt so nichts mehr übrig, und die in diesem Text enthaltene Absichtserklärung, den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, ist wertlos, wenn nicht gesagt wird, wie das geschehen soll.

Die Nichtregierungsorganisationen haben für Kopenhagen mobilisiert wie noch nie zuvor zu einem UN-Klimagipfel, und auch sie stehen jetzt mit leeren Händen da. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als eine (selbst)kritische Strategiediskussion über den Stellenwert von UN-Verhandlungen zu führen, wenn wir unsere eigenen Erklärungen ernst nehmen, dass wirksamer Klimaschutz keinen Aufschub zulässt. Ist wirksamer nationaler Klimaschutz das Ergebnis eines halbwegs problemgerechten UN-Abkommens oder ist er vielmehr umgekehrt die Voraussetzung für so ein Abkommen? Kann wirksamer Klimaschutz wirklich im internationalen Konsens beschlossen werden, wenn er schon zu

Hause immer gegen starke Widerstände durchgesetzt werden muss? Brauchen wir wirklich 25.000 NGO-VertreterInnen bei einem UN-Klimagipfel oder reichen für wirksame Lobbyarbeit auch 1.000 oder 2.000, während sich die anderen 23.000 mit ihrer jeweiligen fossilen Lobby vor Ort anlegen?

In der ersten Kopenhagen-Woche wurden in Deutschland drei Kohlekraftwerksprojekte gestoppt, weil Investoren angesichts des anhaltenden Widerstands von Bürgerinitiativen und NGOs aufgaben. Die eingesparten Jahresemissionen entsprechen den Kyoto-Verpflichtungen der drei Beneluxstaaten zusammen. Aber während es in der Klima-Allianz eine gut funktionierende Zusammenarbeit gegen Kohlekraftwerksprojekte gibt, dümpelt die deutsche NGO-Szene vor sich hin, wenn es um so klimawirksame Bereiche geht wie den fortgesetzten Straßenbau, die immer mehr verrottende Bahn, das Kaputtsparen des öffentlichen Nahverkehrs, aberwitzige Auto-Neukaufprämien, klimaschädliche Steuersubventionen, viel zu langsame energetische Gebäudesanierung, den schleppenden Netzausbau für erneuerbare Energien und so weiter. Im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern hat Deutschland die Kyoto-Ziele schon erreicht – nicht zuletzt, weil öffentlicher Druck dafür gesorgt hat, dass Regierungen jedweder parteipolitischer Zusammensetzung am Klimaschutz nicht mehr vorbeikommen. Wollen wir aber über die für das Zwei-Grad-Ziel nicht ausreichenden Kyoto-Ziele hinaus, müssen wir mehr tun, als nur die Regierung zu kritisieren. Auch wir haben nur begrenzte Ressourcen, und am Ende zählt das Ergebnis, nicht die gute Absicht.

**Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung und Mitglied des SprecherInnenrates der Klima-Allianz mit Sitz in Berlin.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 / 6781775-88, Fax -80  
E-Mail: [chef@forumue.de](mailto:chef@forumue.de),  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

Kleine Fortschritte gab es bei der Frage, wie die Anpassung an den Klimawandel in den ärmsten Staaten finanziert werden soll. Bis 2012 wollen die Industriestaaten – unverbindlich – jährlich zehn Milliarden US-Dollar zahlen, bis 2020 soll die Summe auf 100 Milliarden steigen. Das Geld soll vor allem in Regenwaldschutz und technologische Anpassung fließen. Offen ist, wie die Gelder verteilt werden.

Die anderen wesentlichen Ziele erreichte die Kopenhagener Konferenz jedoch nicht. So gab es weder eine Einigung über die Reduktionsziele noch darüber, ob künftige Klimaabkommen völkerrechtlich verbindlich sein sollen.

Kopenhagen sorgte auch darüber hinaus für negative Schlagzeilen. So gilt die Konferenz als am schlechtesten organisierte UN-Veranstaltung aller Zeiten. TeilnehmerInnen mussten bis zu neun Stunden bei Minusgraden in der Eintrittsschlange stehen. In der Endphase erhielt überhaupt nur noch ein verschwindend geringer Teil der Konferenzbeobachter Zutritt zum Verhandlungsgebäude. Zudem hatte Dänemark das Demonstrationsrecht extrem verschärft und hielt Dutzende Demonstranten im Gefängnis fest. Einige Aktivisten wurden erst im Januar entlassen. [ms]

- ▶ UN-Klimasekretariat: [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)
- ▶ Climate Action Network: [www.climnet.org](http://www.climnet.org)
- ▶ Germanwatch: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) (Klima)

### Klimaanpassung

## EU zahlt Soforthilfe

■ Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf ihrem Ratsgipfel Mitte Dezember ein Sofortprogramm für Finanzhilfen beschlossen, mit dem sie Entwicklungsländern bei der Anpassung an den Klimawandel helfen wollen. Für den Zeitraum 2010 bis 2012 will die EU insgesamt 7,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Großbritannien sagte 1,33 Milliarden zu, Deutschland und Frankreich je 1,26 Milliarden Euro, Italien 600 Millionen.

Die Beiträge sind allerdings freiwillig. Zudem zeigte sich, dass einige Staaten of-

fenbar lediglich Mittel aus der laufenden Entwicklungszusammenarbeit umschichten werden. So will etwa Tschechien seine 12 Millionen Euro aus verschiedenen anderen Haushaltstöpfen, die „irgendwas mit Umweltschutz zu tun haben“, entnehmen, aber kein zusätzliches Geld aufbringen, wie Jiří Jeřábek vom tschechischen Zentrum für Verkehr und Energie bemängelte. Es handele sich um reines Greenwashing. Auch die schwedische Regierung kündigte an, ihren Beitrag aus neuem Geld und bestehenden Mitteln zu kombinieren. [ms]

- ▶ Beschluss des Europäischen Rates: [www.kurzlink.de/rat-12-09](http://www.kurzlink.de/rat-12-09)

### Emissionshandel

## EU will Versteigerung der Zertifikate verschieben

■ Die Europäische Kommission plant offenbar, die Versteigerung der Treibhausgasemissionszertifikate für die Verpflichtungsperiode 2013 bis 2020 zu verschieben. Das berichtet der Informationsdienst Euractiv. Danach sei die Kommission skeptisch, ob der bisher geplante Termin im Jahr 2011 zu halten sei. Die Auktionierung könne auch unmittelbar zu Beginn der Verpflichtungsperiode stattfinden. Die Stromerzeuger, die ihre Zertifikate diesmal vollständig ersteigern müssen, warnten daraufhin vor Knappheiten auf den Märkten und steigenden Strompreisen.

Hintergrund scheinen rechtliche Schwierigkeiten zu sein. So sind nach wie vor viele Mitgliedstaaten grundsätzlich gegen eine Vergabe der Zertifikate auf europäischer Ebene. Bisher waren die Mitgliedstaaten im Rahmen der für sie vorgesehenen Höchstgrenze selbst dafür verantwortlich. Hinzu kommt, dass einige osteuropäische Staaten kürzlich erfolgreich gegen das Vorgehen der Kommission bei der Festlegung der Emissionsobergrenzen geklagt hatten. Die letztinstanzliche Entscheidung steht allerdings noch aus. [ms]

- ▶ Hintergrund: [www.kurzlink.de/euractiv-12-09](http://www.kurzlink.de/euractiv-12-09)

### Erderwärmung

## Wärmstes Jahrzehnt seit 1880

■ Die Jahre 2000 bis 2009 waren das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Aufzeichnungen vor 130 Jahren. Laut dem Deutschen Wetterdienst lag die mittlere Temperatur in Deutschland in dieser Zeit bei 9,4 Grad Celsius, 1,2 Grad über dem langjährigen Mittel. Auch die beiden wärmsten Jahre fallen in diese Zeit: 2000 und 2007 betrug die Durchschnittstemperatur 9,9 Grad. Das abgelaufene Jahrzehnt brachte noch eine Reihe anderer Rekorde: die absolute Höchsttemperatur in Deutschland mit 40,2 Grad am 9. August 2003 im südbadischen Freiburg, den heißesten Sommer aller Zeiten (2003) sowie nacheinander den wärmsten Herbst, Winter und Frühling (2006/2007). Auch das vergangene Jahr war um ein Grad wärmer als das langjährige Mittel. [ms]

- ▶ Deutscher Wetterdienst: [www.dwd.de](http://www.dwd.de)

### Energieeffizienzgesetz

## Wirtschaft gegen Umwelt auch in neuer Regierung

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat den Vorschlag für ein Energieeffizienzgesetz erneut als unzureichend abgelehnt. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hatte dem BMU Mitte Dezember eine nur leicht abgeänderte Fassung des alten Entwurfs erneut vorgelegt. Das Vorhaben sorgte bereits in der vergangenen Legislaturperiode für Streit zwischen den Ressorts. Das BMU hatte beispielsweise ein Energiemanagementsystem für Unternehmen verlangt und gefordert, dass Deutschland seine Energieeffizienz um mehr als ein Prozent pro Jahr steigern. Das BMWi lehnte dies ab.

Nach Angaben des BMU soll dem Kabinett nun im Herbst ein Gesetzesvorschlag vorliegen. Das Vorhaben soll in ein energiepolitisches Gesamtkonzept einfließen, das die beiden Ministerien in den kommenden Monaten fertigstellen wollen.

Mit dem Energieeffizienzgesetz will die Regierung die EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (2006/32/EG) umsetzen. Da die Frist hierfür bereits Mitte 2008 abgelaufen ist, hat die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. [mv]

► Richtlinie: [www.euractiv.com/de/energie/134170](http://www.euractiv.com/de/energie/134170)

### Energieeffizienz

## Stromzähler werden schlau

■ Seit dem 1. Januar sind sogenannte intelligente Stromzähler für neue und sanierte Gebäude vorgeschrieben. Für andere Gebäude besteht die Möglichkeit, die alten Zähler durch neue zu ersetzen. Dafür verlangen die Messstellenbetreiber nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur Dena derzeit zwischen 45 und 79 Euro. Während die analogen Zähler nur den Gesamtverbrauch anzeigen, kann ein „Smart Meter“ den Stromverbrauch minutengenau dokumentieren. Zwar spart der Zähler selbst keine Energie, sorgt aber für einen besseren Überblick über den eigenen Stromverbrauch. Stromfresser können so aufgespürt und beseitigt werden. [mv]

► [www.de.wikipedia.org/wiki/Smart\\_Meter](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Smart_Meter)

### Energieverbrauch

## Krise ist bester Energiesparer

■ In Deutschland ist der Primärenergieverbrauch im letzten Jahr um 6,5 Prozent zurückgegangen. Damit erreicht er den niedrigsten Wert seit Beginn der 1970er-Jahre. Zu diesem vorläufigen Ergebnis kommt die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEV). Als Hauptursache für den drastischen Rückgang macht die AGEV die wirtschaftliche Rezession aus.

Bliebe der Energieverbrauch auch in den nächsten Jahren ähnlich niedrig, würde Deutschland sein Klimaziel aus dem Kyoto-Protokoll – 21 Prozent Treibhausgasminde- rung zwischen 1990 und 2013 –

ohne Schwierigkeiten erreichen und sogar auf etwa 27 Prozent Reduktion kommen.

Die unterschiedlichen Energieträger haben sich dabei im letzten Jahr sehr unterschiedlich entwickelt. Am stärksten ging die Energieproduktion im Steinkohlesektor (18,1 Prozent) und in der Atomkraft (9,6 Prozent) zurück. Der einzige wachsende Sektor waren die erneuerbaren Energien – vor allem Biomasse und Fotovoltaik – mit einem Plus von vier Prozent. [ms]

► AG Energiebilanz: [www.ag-energiebilanzen.de](http://www.ag-energiebilanzen.de)

### EU-Konjunkturförderung

## 1,5 Milliarden für CO<sub>2</sub>-Lager und Offshorewind

■ Die EU-Kommission stellt 1,5 Milliarden Euro für Offshore-Windanlagen und Projekte zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS) zur Verfügung. Das Geld stammt aus einem Sonderhaushalt zu Konjunkturbelebung, der im Mai 2009 verabschiedet wurde. Unter den insgesamt 15 Projekten in sechs EU-Staaten, die von den Mitteln profitieren, sind sechs CCS-Projekte, die mit knapp einer Milliarde Euro gefördert werden, sowie neun Windparks (556 Millionen Euro). Mit der Förderung der CCS-Technologie erkennt die EU-Kommission nach eigenen Worten „die anhaltende Bedeutung fossiler Brennstoffe für die Energiegewinnung und die Notwendigkeit des Übergangs zu einem CO<sub>2</sub>-armen Energiesystem“ an.

Deutschland erhält von der Summe insgesamt 380 Millionen Euro für das CCS-Demonstrationskraftwerk im brandenburgischen Jämschwalde (180 Millionen Euro) sowie die Windparks Borkum West II (43 Millionen), Bard I (53), Nordsee Ost (50) und Global Tech I (59 Millionen Euro). Zudem ist Deutschland gemeinsam mit Dänemark, Schweden und Polen an dem Windkraftprojekt Kriegers Flak vor der Ostseeinsel Rügen beteiligt, das 150 Millionen Euro erhält. [ms]

► EU-Kommission: [www.kurzlink.de/eu-12-09](http://www.kurzlink.de/eu-12-09)

### Solarthermie

## Weltbank plant Großprojekt

■ Die Weltbank hat im Dezember Plana- nungen für ein milliardenschweres Solar- projekt in Nordafrika und im Nahen Osten bekannt gegeben. In Algerien, Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien will sie zusammen mit privaten Investoren 5,5 Milliarden US-Dollar für die Errich- tung von elf solarthermischen Kraftwer- ken ausgeben. Aus dem Fonds für saubere Energien will die Bank 750 Millionen US- Dollar Anfangsfinanzierung bereitstellen. Ab 2020 sollen die Anlagen etwa ein Gi- gawatt Strom für die Region erzeugen und die derzeitige Leistung thermischer Solar- kraftwerke damit weltweit verdreifachen.

Nach dem Wüstenstromprojekt Deser- tec, das elf Unternehmen im Sommer ge- startet hatten (umwelt aktuell 08/09.2009, S. 13), ist dies das zweite Solar-Großvor- haben in der Region. Während der SPD- Energieexperte Hermann Scheer beide Projekte ablehnt, begrüßte Stefan Opitz, Fachmann der deutschen Entwicklungs- agentur GTZ, das Weltbankvorhaben. Opitz bemängelte aber, dass Länder und Bevölkerung vor Ort nicht einbezogen werden: „Noch wird zu oft über deren Köpfe hinweg entschieden.“ [mv]

► [www.kurzlink.de/weltbank-01-10](http://www.kurzlink.de/weltbank-01-10)

### Regenerativstrom

## Hightechnetz in der Nordsee

■ Die Anrainerstaaten der Nordsee wol- len ein mehrere tausend Kilometer langes Hochspannungsnetz auf dem Grund des Meeres verlegen. Das Netz soll wetterbe- dingte Schwankungen der Stromerzeu- gung vor allem aus Offshorewindkraft- anlagen ausgleichen und damit das größte Hindernis beim Ausbau erneuerbarer Energien beseitigen.

Noch steht die Realisierung allerdings in den Sternen. Erst gegen Jahresende wol- len Deutschland, Frankreich, Großbritan- nien, Irland, Dänemark, Norwegen sowie die Beneluxstaaten eine Absichtserklärung ►

für das weitere Vorgehen unterschreiben. In Deutschland liegt die Zuständigkeit beim Bundeswirtschaftsministerium. Viel Zeit bleibt den Anrainerstaaten nicht, denn die Offshorewindkraft soll in der Nordsee massiv ausgebaut werden. Derzeit sind Windparks mit mehr als 100.000 Megawatt Leistung geplant, was rechnerisch etwa 100 Kohlekraftwerke ersetzen würde.

Kritik kam von der Solarlobby. Milliardenvorhaben bekämen stets viel Aufmerksamkeit unabhängig von ihrer Qualität, sagte der Präsident der Organisation Eurosolar, Hermann Scheer. Schon das Wüstenstromprojekt Desertec sei weit überschätzt worden. Netzinvestitionen müssten vor allem auf regionale Erzeuger zielen, die einen intelligenten Mix aus erneuerbaren Energien anbieten. Nach Ansicht von Scheer setzen die Stromkonzerne nur auf die teure Offshorewindkraft, um damit ihr Oligopol zu erhalten, das sie mit Kohle- und Atomstrom und mit Preisdiktionen erreicht hätten. [mv, mb]

- [www.bmwi.de\(Energie-Meldungen-05.01.2010\)](http://www.bmwi.de(Energie-Meldungen-05.01.2010))
- [www.solarserver.de/news/news-11992.html](http://www.solarserver.de/news/news-11992.html)

#### Kohlekraftwerke I

### Drei, zwei, eins, keins

■ Im Dezember sind drei weitere Neubaupläne für Kohlekraftwerke in Deutschland geplatzt. Im niedersächsischen Dörpen gab EnBW seine Pläne auf. Der dänische Staatskonzern Dong Energy legte sein Vorhaben, in Lubmin bei Greifswald eine Anlage zu errichten, auf Eis und beklagte die fehlende Rückendeckung durch die Landesregierung in Schwerin. In Mainz schließlich versperre der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP im Dezember die letzte Hintertür für ein geplantes Kohlekraftwerk. Der Investor hatte das Projekt schon Ende September wegen der ungeklärten Finanzierung eingefroren.

„Der Trend ist klar: Weder ökologisch noch wirtschaftlich sind solche Milliarden-Fehlinvestitionen noch vertretbar. Immer mehr Investoren erkennen dies“, sagte Jürgen Maier vom Sprecherrat der Klima-

Allianz, einem Bündnis aus über hundert Organisationen und Initiativen. „Es wird jetzt Zeit, dass auch NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers dies erkennt und seine verzweifelten Versuche zur Rettung des Eon-Kohlekraftwerkprojekts in Datteln aufgibt.“ Nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster den Bau des Dattelner Werkes in wesentlichen Teilen vorerst gestoppt hat, versucht die Landesregierung nun die Energieerzeugung mit Kohle per Gesetzesänderung durchzusetzen. Hierfür strich sie im Dezember den Klimaschutz aus dem Landesentwicklungsgesetz. [mv]

- [www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

#### Kohlekraftwerke II

### Beschwerde bei der EU

■ Die Umweltstiftung WWF hat Mitte Januar eine formelle Beschwerde bei der EU-Kommission gegen Deutschland eingereicht, um auf rechtliche Mängel bei der Bewilligung eines neuen Kohlekraftwerkes in Mannheim hinzuweisen. Nach Einschätzung des WWF verstößt die Genehmigung gegen die europäische Großfeuerungsanlagenverordnung. Diese bestimmt, dass EU-Mitgliedstaaten vor einer Bewilligung großer Kraftwerksneubauten dafür sorgen müssen, dass die Betreiber Auflagen zu Abscheidung, Transport und Speicherung des von ihnen produzierten Kohlendioxids einzuhalten haben. Der scheidende baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger hatte in der Vergangenheit auf die Umsetzung des Mannheimer Kraftwerksprojekts gedrängt. [mv]

- [www.panda.org/eu](http://www.panda.org/eu)

#### Atomausstieg

### Litauen schaltet AKW ab

■ Das litauische Atomkraftwerk Ignalina wurde zum Jahreswechsel endgültig abgeschaltet. Das AKW hat 1.500 Megawatt Strom produziert und war damit das

größte weltweit. Litauen verliert mit ihm seine wichtigste Stromquelle.

Das Aus für Ignalina war eine der Voraussetzungen für den Beitritt Litauens zur Europäischen Union im Jahr 2004. Das Werk ist von demselben Bautyp wie der Reaktor in Tschernobyl und galt als besonders unfallgefährdet. Zwar war es der litauischen Regierung gelungen, das Ende des AKW noch fünf Jahre zu verzögern, letztlich setzte sich die EU-Kommission aber durch. Allerdings nutzte die Regierung in Vilnius die Zeit nicht wie vorgesehen zur Erschließung alternativer Energiequellen, sodass das Land nun von Importen vor allem aus Russland abhängig ist. [ms]

#### Atomanlagenexport

### Siemens testet Staat als Bürge für Atomexporte

■ Areva Nuclear Power, ein deutsch-französischer Konzern unter Beteiligung von Siemens, hat für den Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra III eine Bürgschaft in Milliardenhöhe beim deutschen Staat beantragt. Mit dieser sogenannten Hermesbürgschaft will sich das Unternehmen gegen mögliche Risiken bei dem Projekt absichern.

Sollte die Bundesregierung dem Antrag stattgeben, wäre dies der Wiedereinstieg in die finanzielle Förderung von Atomexporten. Im Jahr 2001 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung im Zuge des Atomausstiegs ein Verbot von Hermesbürgschaften für Neubau und Umrüstung von Atomkraftwerken im Ausland festgeschrieben.

Die derzeitige schwarz-gelbe Koalition hat bereits angekündigt, dass sie von dieser Praxis abweichen will. Im Koalitionsvertrag spricht sie etwas verklausuliert davon, sich in Zukunft nur noch an den Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu orientieren. Darin ist von Atomexporten keine Rede. [ms]

- [www.urgewald.de\(Strahlende Exporte\)](http://www.urgewald.de(Strahlende Exporte))

## Atom Müll

### Asse II soll geräumt werden

■ Das vom Einsturz bedrohte Atom Müll-lager Asse II bei Wolfenbüttel soll geräumt werden. Das empfiehlt das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in einem Gutachten. Insgesamt lagern in der Asse 126.000 Fässer mit radioaktivem Müll. Die Räumung würde etwa zehn Jahre dauern und nach Schätzungen des BfS mehrere Milliarden Euro kosten.

Da es keine systematische Erfassung des eingelagerten Mülls gegeben hat, erwartet das BfS weitere Überraschungen bei der Räumung. Erst kürzlich waren einige Kilogramm hochradioaktives Plutonium gefunden worden, das für die dortige Lagerung nicht zugelassen ist. Auch wohin der Müll anschließend gebracht werden soll, ist offenbar noch ungeklärt. Den Vorschlag, das in der Nähe gelegene Endlager Schacht Konrad zu nutzen, halten Experten für nicht realisierbar, da dort nicht genügend Kapazitäten vorhanden seien. [ms]

► [www.asse2.de](http://www.asse2.de)

## KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

### EU-Umweltzeichen

#### Kriterien für Teppich & Co.

■ Die Europäische Kommission hat Ende vergangenen Jahres Umweltkriterien für die Vergabe des gemeinschaftlichen Umweltzeichens für textile Bodenbeläge festgelegt. Damit sollen der Einsatz gefährlicher Stoffe in den Werkstoffen und im Endprodukt zurückgedrängt und eine umweltfreundliche und energiesparende Produktion gefördert werden. Unter anderem ist ein Grenzwert für den Schwermetallgehalt von 100 Milligramm je Kilogramm vorgesehen. Die Mitgliedstaaten hatten bereits im vergangenen September zugestimmt. [mbu]

► Kriterien: [www.kurzlink.de/oekobodenbelag.pdf](http://www.kurzlink.de/oekobodenbelag.pdf)

## Gesundheitsschutz

### EU überprüft Grenzwerte für Gift im Spielzeug

■ Nach einer Initiative der Grünen im Europaparlament kommt nun die EU-Spielzeugrichtlinie auf den Prüfstand. Vor allem die Grenzwerte für Schwermetalle und Weichmacher wolle die EU-Kommission unter die Lupe nehmen, kündigte Industriekommissar Günter Verheugen im Dezember vor dem Parlament an. Den Anlass gab eine Studie des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), die vor Gesundheitsrisiken durch krebserregende Substanzen in Kinderspielzeug warnt. Danach schützt die 2008 verabschiedete Spielzeugrichtlinie Kinder nicht ausreichend. Laut BfR ist es technisch möglich, Spielzeug ohne krebserregende Weichmacher und Ruße herzustellen.

Die Grünen hatten im Dezember 2008 gegen die Richtlinie gestimmt, weil sie nicht genügend vor krebserzeugenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsschädlichen Stoffen und vor Schwermetallen schütze. Die Fraktion fordert, dass die Sicherheit von Kinderspielzeug durch eine unabhängige Stelle zertifiziert wird. Zurzeit bescheinigen sich die Hersteller dies selbst. [mbu]

- EU-Richtlinie: [www.kurzlink.de/spielzeug-rl.pdf](http://www.kurzlink.de/spielzeug-rl.pdf)
- BfR-Studie: [www.kurzlink.de/spielzeuggift.pdf](http://www.kurzlink.de/spielzeuggift.pdf)
- Grüne/EFA: [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### Ökolandbau und Klimawandel

#### Runder Tisch für Bionahrung und Klimaschutz

■ Bei der UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen ist ein runder Tisch zu ökologischer Landwirtschaft und Klimawandel gegründet worden. Zu den Initiatoren des Round Table on Organic Agricul-

ture and Climate Change gehört auch das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) für die Schweiz, Deutschland und Österreich. Die Gründungsmitglieder wollen vor allem das Klimaschutzpotenzial des Ökolandbaus publik machen. Außerdem sollen die Forschung zum Einfluss der biologischen Landwirtschaft auf den Klimawandel vertieft und Ökolebensmittel noch schonender produziert werden.

Dazu hat sich der runde Tisch auf einen Aktionsplan bis 2011 geeinigt. Der Schwerpunkt für 2010 liegt auf der Entwicklung einer Methode, um die Klimaleistungen der biologischen Lebensmittelproduktion messbar zu machen. Damit wird nach Auffassung der Beteiligten am runden Tisch der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten aus der biologischen Landwirtschaft möglich. Ob ein solcher Handel stattfinden soll und wie er auch für Produzenten in Entwicklungsländern vorteilhaft gestaltet werden kann, soll im Rahmen des Aktionsplans geklärt werden. Die Aktivitäten werden vom FiBL koordiniert und von der Welternährungsorganisation FAO finanziert.

Zur Rolle der Landwirtschaft im Klimawandel erschien Ende 2009 ein Positionspapier von 20 Landbau-, Umwelt- und Entwicklungsverbänden. Sie plädieren darin für den Erhalt landwirtschaftlicher Vielfalt, weil dadurch die Ernährung auf der Erde gesichert werden könne. [mbu]

- FiBL, Frick (CH), Tel. +41 (0)62 / 8657272, E-Mail: [urs.niggli@fibl.org](mailto:urs.niggli@fibl.org), [www.fibl.org](http://www.fibl.org)
- Positionspapier: [www.kurzlink.de/agrobiodiv.pdf](http://www.kurzlink.de/agrobiodiv.pdf)

### Gentechnikzulassung

#### Amflora bald auf dem Acker?

■ Die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora der Firma BASF wird voraussichtlich im Frühjahr auf deutschen Feldern angepflanzt. Die Entscheidung darüber trifft die EU-Kommission in Brüssel. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) will sich nicht dagegenstellen, zumal die Unterstützung für den Anbau der Genknolle, mit der Stärke für industrielle Anwendungen gewonnen werden

soll, ausdrücklich im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung steht.

Aigner hatte den Anbau von Amflora zu Versuchszwecken in Deutschland im April 2009 erlaubt. Der kommerzielle Anbau kann erst nach der EU-Zulassung genehmigt werden. Die Auswirkungen von Amflora auf die Umwelt sind umstritten. Laut Informationsdienst Gentechnik enthält sie ein Markergen für eine Antibiotikaresistenz. Auch der Nutzen der Kartoffel sei fraglich. Inzwischen gebe es eine konventionelle Sorte, die einen ebenso hohen Stärkegehalt aufweise wie Amflora.

Die Aussaat von Genmais MON810, der bislang einzigen in der EU für den regulären Anbau zugelassenen Genpflanze, ist noch unklar. 2009 hatte Aigner den Mais nach Erkenntnissen über mögliche Schäden für die Tierwelt verboten. Die Ministerin will ein Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig zum deutschen Anbauverbot abwarten. Vom Zeitpunkt und Ausgang dieses Verfahrens hänge ab, ob es 2010 einen kommerziellen Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Deutschland geben werde, sagte Aigner.

Gegen den gentechnikfreundlichen Kurs der Bundesregierung startete das Aktionsnetzwerk Campact im Januar einen Online-Appell an die Landwirtschaftsministerin. [mbu]

- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ Informationsdienst Gentechnik: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)
- ▶ Appell: [www.campact.de/gentec/sn7/signer](http://www.campact.de/gentec/sn7/signer)

Genpflanzen und Gewässer

## Gift aus Genmais in Flüssen und Seen

■ Das Insektengift Bt-Toxin aus gentechnisch verändertem Mais gelangt durch die Pollen der Maisblüte und nach der Ernte durch Maisstreu in Bäche, Flüsse und Seen. Das fanden US-amerikanische Wissenschaftlerinnen heraus, deren Forschungsergebnisse im Dezember bei einer

Tagung des Naturschutzbundes der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Laut NABU-Expertin Steffi Ober werden die Gewässer in der biologischen Sicherheitsforschung bisher ausgeklammert. Dabei lägen sie oft direkt in der Agrarlandschaft.

Emma Rosi-Marshall vom Institut für Ökosystemstudien in Millbrook im US-Bundesstaat New York und Jennifer Tank von der Universität Notre Dame in Indiana sind bislang weltweit die einzigen Forscherinnen, die den Eintrag von Bt-Toxin in Gewässer untersucht haben. Sie nahmen zwölf typische Gewässerströme im Mittleren Westen der USA unter die Lupe. Unter anderem fanden sie heraus, dass Köcherfliegenlarven durch das Bt-Toxin geschädigt werden.

In Deutschland will das Bundesamt für Naturschutz nun untersuchen, wie viel Pollen im Sommer und wie viel Maisstreu im Herbst in die Gewässer gelangen kann. Welche Rolle der Gifteintrag für das Ökosystem spielen kann, ist noch nicht einschätzbar, weil es kaum Daten gibt. NABU-Expertin Ober forderte, dass die Biosicherheitsforschung Praxisforschung betreiben müsse, um die Natur und die VerbraucherInnen zu schützen. [mbu]

- ▶ NABU, Gentechnikreferentin Dr. Steffi Ober, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1612, E-Mail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de), [www.nabu.de/gentechnik](http://www.nabu.de/gentechnik)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

FFH-Richtlinie

## Barroso lehnt Wünsche nach Aufweichung ab

■ Der Versuch, die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) durch eine Revision aufzuweichen, bleibt auch unter der neuen EU-Kommission chancenlos. Der designierte Umweltkommissar Janez Potočnik machte in seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament im Januar deutlich,

dass er nicht vorhabe, die europäischen Naturschutzrichtlinien zu überarbeiten.

Der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende hatte sich im Juli 2009 in einem Brief an Kommissionspräsident José Manuel Barroso für eine Überarbeitung der FFH- und auch der Vogelschutzrichtlinie eingesetzt. In dem Antwortschreiben vom Oktober 2009, das aber erst Mitte Januar durch niederländische Medienberichte bekannt wurde, machte Barroso sehr deutlich, dass eine Revision und ein Aufweichen der europäischen Naturschutzrichtlinien nicht gerechtfertigt seien. Er wies die Kritikpunkte Balkenendes detailliert zurück. Die Richtlinien garantierten eine ausgewogene Balance zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen und seien auch flexibel genug, um Anpassungen an den Klimawandel zu ermöglichen. Vielmehr gehöre es zu den vorrangigen Aufgaben der Europäischen Kommission, dafür zu sorgen, dass das an Land mittlerweile nahezu vollständige Natura-2000-Schutzgebietsnetz gut und effektiv gemanagt und beaufsichtigt werde.

Der Vorstoß trug dem christdemokratischen Premier massive Kritik von niederländischen Medien und den Oppositionsparteien ein. Mit seinem Angriff auf die Richtlinien gefährde Balkenende den endlich abgeschlossenen Prozess der Schutzgebietsmeldung und die damit verbundene Rechts- und Planungssicherheit.

Nach Ansicht von Claus Mayr, europapolitischer Experte beim Naturschutzbund, dürften die klaren Stellungnahmen von Barroso und Potočnik auch den jüngst erhobenen Forderungen einzelner deutscher Bundesländer nach einer Revision der Richtlinien ein Ende setzen. „Die Mythen über angebliche Probleme mit den Richtlinien wurden bereits vor Jahren entkräftet und werden durch stereotype Wiederholung nicht wahrer“, sagte Mayr. Gerade im Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt sei nicht weniger, sondern deutlich mehr Engagement im Naturschutz erforderlich. [bv]

- ▶ NABU, Claus Mayr, Direktor Europapolitik, Brüssel, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: [claus.mayr@nabu.de](mailto:claus.mayr@nabu.de), [www.nabu.de/europa](http://www.nabu.de/europa)



Jahr der biologischen Vielfalt

## Biodiversität soll genauso geschützt werden wie Klima

■ Zur Eröffnung des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt im Januar hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zu weltweiten Anstrengungen beim Artenschutz aufgerufen. Der Schutz der Biodiversität habe dieselbe Dimension wie die Frage des Klimaschutzes, sagte die Kanzlerin. Die Verlustrate an Arten sei schon jetzt bedrohlich und beschleunige sich weiter.

Merkel bekräftigte ihre 2008 auf der UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn gegebene Zusage, ab 2013 jährlich 500 Millionen Euro für den Waldschutz bereitzustellen. Bereits heute seien die Mittel auf rund 250 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt worden, unter anderem für Projekte der Lifeweb-Initiative zur Finanzierung weltweiter Schutzgebiete. Merkel forderte den Aufbau einer eigenständigen

UN-Umweltorganisation, um die Kompetenzen für Arten- und Klimaschutz zusammenzuführen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) kündigte an, zur Umsetzung der in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt ein Bundesprogramm Biologische Vielfalt aufzulegen.

Der WWF begrüßt die Ankündigung, den Kampf gegen das Artensterben zu verstärken, und forderte Deutschland auf, seine Verantwortung als Vorsitz über die UN-Verhandlungen im Rahmen des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt (CBD) wahrzunehmen. Der NABU betonte, dass die Gefährdungsursachen stärker bekämpft werden müssten, um den Artenverlust zu stoppen. Die Grünen forderten, den Biodiversitätsschutz strategisch neu auszurichten, unter anderem durch die Einrichtung eines Monitoringzentrums.

Das Bundesumweltministerium richtet derzeit einen interaktiven Kalender mit Veranstaltungen in Deutschland zum

Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 ein. Er soll bundesweit vielfältige Aktivitäten diverser Veranstalter präsentieren. [bv]

- ▶ [www.wwf.de/presse/details/news/-aafba39bb7](http://www.wwf.de/presse/details/news/-aafba39bb7)
- ▶ [www.kurzlink.de/nabu-jahrderbidi2010](http://www.kurzlink.de/nabu-jahrderbidi2010)
- ▶ [www.kurzlink.de/gruene-biodiv-neu](http://www.kurzlink.de/gruene-biodiv-neu)
- ▶ [www.kalender.biologischevielfalt.de](http://www.kalender.biologischevielfalt.de)

EU-Biodiversitätspolitik

## Umweltminister legen Fahrplan ab 2010 vor

■ Die EU-UmweltministerInnen haben auf ihrem Ratstreffen im Dezember Schlussfolgerungen für die internationale Biodiversitätspolitik nach 2010 verabschiedet. In dem Dokument begrüßt der Umweltrat die für Januar (nach Redaktionsschluss) angekündigte Mitteilung der EU-Kommission zur Biodiversitätspolitik



Neu: Mittwoch bis Samstag!

Nürnberg, Germany  
17. – 20.2.2010

**BioFach 2010**

Weltleitmesse für Bio-Produkte  
Hier trifft sich die Bio-Welt

[www.biofach.de](http://www.biofach.de)

### 100 % Bio! Für ein rundes Sortiment und gesunde Umsätze.

- **Bequem auswählen:** Rund 2.500 Aussteller\* mit dem Weltangebot zertifizierter Bio-Produkte
- **Absatz steigern:** Die Nachfrage nach Produkten aus ökologischem und fairem Handel wächst. „Organic + Fair“: Thema des Jahres auf der BioFach 2010
- **Verkosten:** Die wichtigste Bio-Weinfachmesse – mit Weinen aus aller Welt
- **Vorplanen:** Entwicklungen, Erfahrungen, Aussichten – auf dem begleitenden Kongress mit seinen Fachforen

\*(Messeverbund BioFach und Vivaness)



Veranstalter  
NürnbergMesse  
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 09  
Fax +49 (0) 9 11. 86 06-49 08  
[besucherservice@nuernbergmesse.de](mailto:besucherservice@nuernbergmesse.de)  
Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach  
**IFOAM**  
International Federation of Organic  
Agriculture Movements

Gesucht? Gefunden!  
[www.ask-BioFach.de](http://www.ask-BioFach.de)

NÜRNBERG MESSE

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## W wie Waldumbau

Seit den 1990er Jahren werden im nordost-deutschen Tiefland Kiefern-Reinbestände in naturnahe Eichen-Kiefer-Bestände umgewandelt. Welche Chancen und Risiken gehen damit einher? Wie beeinflusst der Waldumbau den Standort, wie die Holzqualität, welche waldbaulichen Verfahren sind sinnvoll? Das Buch zeigt, wie sich die Partner entlang der gesamten Forst-Holz-Kette bei Planungs- und Entscheidungsprozessen effektiver vernetzen können und welche Handlungsoptionen sie haben.

M. Elmer, R. Kätzel, O. Bens, C.-T. Bues, H. Sonntag, R. F. Hüttl (Hrsg.)

### Nachhaltige Bewirtschaftung von Eichen-Kiefern-Mischbeständen

im Spannungsfeld von Klimawandel, Waldumbau und internationalem Holzmarkt  
oekom verlag, München 2009, 160 Seiten,  
39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-196-7

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
kontakt@oekom.de  
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

**oekom**  
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

nach 2010. Zudem betont er die Rolle der Landwirtschaft für Ernährungssicherheit und Klimaschutz. Die Mitgliedstaaten sollen mehr für die Agrobiodiversität tun. Für einen anspruchsvollen Artenschutz seien weltweit Finanzierungsmöglichkeiten zu sichern. Hier hoffen die MinisterInnen auf ein positives Ergebnis der Verhandlungen zur Globalen Umweltfazilität (GEF) sowie auf die Erschließung privater Geldquellen. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssten auch den Biodiversitätsschutz berücksichtigen. 2012 müsse es ein weltweites Netzwerk von Meeresumweltschutzgebieten geben. Die EU-Position für die internationalen Verhandlungen im Oktober im japanischen Nagoya solle Schlüsselprinzipien wie mittel- und langfristige Ziele (bis 2020 und 2050), Sektorziele sowie eindeutige, messbare Indikatoren enthalten. [jg]

► [www.kurzlink.de/envi-post2010.pdf](http://www.kurzlink.de/envi-post2010.pdf)

### Illegales Holz

## EU will Holzhändler zur Sorgfalt verpflichten

Die für die Forstwirtschaft zuständigen EU-Agrarminister haben sich im Dezember darauf geeinigt, eine Sorgfaltspflicht für den Handel mit Holz einzuführen. Wer künftig in der EU mit Holz handelt, muss belegen, wer sein Lieferant ist, ob dieser eine Lizenz zum Holzfällen hat und welche Holzart vertrieben wird. Verstöße gegen diese Sorgfaltspflicht sollen nach nationalen Gesetzen geahndet werden. Auf diese Weise soll die Vermarktung von illegal geschlagenem Holz eingedämmt werden.

Mehrere Mitgliedstaaten wie Großbritannien wollen allerdings lieber ein grundsätzliches Einfuhrverbot. Frankreich forderte einheitliche Regeln, effiziente Sanktionen und abschreckende Strafen. Auch Spanien, Dänemark und Belgien sind für eine strengere Regelung. Das deutsche Landwirtschaftsministerium äußerte dagegen Zweifel, ob ein Totalverbot rechtlich möglich sei.

Die Organisation Pro Regenwald kritisierte, die Ministerrat hätten den deutlich schärferen Verordnungsentwurf des EU-Parlaments vom April 2009 bis zur Unwirksamkeit verwässert. Das werde in der Praxis zu großen Problemen führen. Genau dies hatte der nun aufgehobene Entwurf des Parlaments aus erster Lesung vermeiden wollen. Danach sollten Holzhändler und Importeure verpflichtet werden, nur Produkte aus legal geschlagenem Holz auf den Markt zu bringen. Nun müssen die EU-Abgeordneten in zweiter Lesung über die Verordnung abstimmen.

Illegaler Holzeinschlag ist in hohem Maße für die Entwaldung und damit für ein Fünftel der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Nach EU-Angaben stammen 40 Prozent der Weltproduktion an Industrieholz aus illegalen Quellen. [mbu, bv]

- Pro Regenwald, Martin Glöckle, München, Tel. +49 (0)89 / 3598650, E-Mail: raubbau@wald.org, www.pro-regenwald.de
- [www.kurzlink.de/agri-12-2009.pdf](http://www.kurzlink.de/agri-12-2009.pdf)
- [www.kurzlink.de/vo-entwurf-holz.pdf](http://www.kurzlink.de/vo-entwurf-holz.pdf)
- EU-Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/eu-gesetzgebungsverf](http://www.kurzlink.de/eu-gesetzgebungsverf)

### Naturbeobachtung

## Aufruf zu Onlineschlüsseln

Das Projekt Key to Nature will im Jahr der Biodiversität mit 14 Projektpartnern aus elf europäischen Ländern einen Grundstock kostenlos zugänglicher und frei anpassbarer Materialien zur Naturbeobachtung zur Verfügung stellen. Auf der Internetplattform des Projekts sollen Bestimmungsschlüssel und andere Materialien zur Naturkunde für verschiedene Nutzergruppen und -niveaus gesammelt, erstellt, illustriert, diskutiert und interaktiv genutzt werden. Offene Lizenzen erlauben es, das Copyright beim Urheber zu belassen und dennoch die Schlüssel und Daten zu überarbeiten und zu nutzen. Mitarbeit ist gewünscht und willkommen. [bv]

- [www.keytonature.eu/wiki/deutschland](http://www.keytonature.eu/wiki/deutschland)
- [www.offene-naturfuehrer.de](http://www.offene-naturfuehrer.de)

Nutzartenvielfalt**Dachverband gegründet**

■ Zehn Organisationen haben sich Ende November zum Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt zusammenschlossen, um die biologische Vielfalt in der Landbewirtschaftung zu erhalten, zu nutzen und weiterzuentwickeln. Reichtum an Kulturpflanzen und Nutztieren sei Grundlage der Ernährung und Garant für das Gleichgewicht der Kulturlandschaften, hieß es zur Begründung.

Der Dachverband ist auf naturgemäße Pflanzenzüchtung, Saatgutgewinnung und -anbau ausgerichtet und setzt sich für artgerechte Tierhaltung und -züchtung ein. Er steht Initiativen und Organisationen offen, die Aktivitäten zur Förderung der Biodiversität sowie den Austausch und die Kooperation mit wissenschaftlichen, züchterischen und ökologischen Einrichtungen sowie politischen Interessenvertretungen abstimmen und bündeln wollen. [ans]

- Susanne Gura, Tel. +49 (0)228 / 9480670, E-Mail: gura@dinse.net, www.pomologen-verein.de (Dachverband)

Naturschutzfonds**Geld für lebendige Wälder**

■ Der im November von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und von T-Mobile eingerichtete Naturschutzfonds Lebendige Wälder unterstützt Waldschutzprojekte in Deutschland. In den nächsten zwei Jahren werden herausragende Projekte im Artenschutz finanziell gefördert, die zum Erhalt der biologischen Vielfalt in heimischen Wäldern beitragen. In diesem Jahr unterstützt der Fonds fünf Naturschutzorganisationen: Zwei sorgen am Bodensee und an der Weser für die Wiederentstehung und Erhaltung von Auwäldern, drei unterstützen den Lebensraum der bedrohten Waldbewohner Haselhuhn, Haselmaus, Alpenbock und Hirschkäfer. [bv]

- DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -77, www.duh.de/naturschutzfonds.html

## STADT &amp; REGION

Klimaschutz**Kommunen und Regionen im Wettbewerb**

■ Das Bundesumweltministerium und die Servicestelle Kommunaler Umweltschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik haben einen Wettbewerb für Kommunen und Regionen gestartet. Ausgezeichnet werden vorbildliche Klimaschutzprojekte in drei Kategorien: Innovative technische und bauliche Maßnahmen, vorbildliche Strategien sowie partizipative Aktionen auf kommunaler Ebene. In jeder Kategorie werden drei Preisträger ausgewählt. Die drei Gewinner der ersten Kategorie erhalten je 40.000 Euro Preisgeld, alle anderen jeweils 20.000 Euro. Das Geld muss in Klimaschutzaktivitäten reinvestiert werden. Bewerbungsschluss ist der 31. März. [jg]

- [www.kommunaler-klimaschutz.de/wettbewerb](http://www.kommunaler-klimaschutz.de/wettbewerb)

EU urban**Städte im Umweltcheck**

■ 30 europäische Hauptstädte sind nach umweltfreundlichen Kriterien im Green City Index miteinander verglichen worden. Kopenhagen ist demnach die umweltfreundlichste Stadt. Platz zwei ging an Stockholm, dann folgen Oslo, Wien und Amsterdam. Je reicher eine Stadt ist, so das Ergebnis, desto mehr kann sie auch in Umweltschutzaktivitäten investieren. Allerdings können auch ärmere Städte mit kleinem Pro-Kopf-Einkommen vorbildlich sein. So bekommt Vilnius gute Noten für seine Luftqualität, Berlin für den Gebäudesektor. Die deutsche Hauptstadt steht insgesamt auf Rang acht. Auffällig ist, dass Städte mit einer aktiven Zivilgesellschaft auch im Umweltschutz besser abschneiden. [jg]

- [www.kurzlink.de/green-city-index-09](http://www.kurzlink.de/green-city-index-09)

## TIERSCHUTZ &amp; ETHIK

Versuchstierrichtlinie**Bürokratische Hürden für Alternativmethoden**

■ Während sich die Überarbeitung der EU-Gesetzgebung zum Schutz von Versuchstieren in der Endphase befindet, spricht sich das Bundesforschungsministerium (BMBF) gegen strengere Reglementierungen aus Tierschutzgründen aus. Im Dezember wurde ein Schreiben des Ministeriums an das bei den EU-Verhandlungen federführende Bundesverbrauchermministerium bekannt, in dem das BMBF Vorrang für die Forschungsfreiheit fordert. Das teilte der Deutsche Tierschutzbund mit, dem das Papier zugespielt wurde. Dem Verband zufolge ist das Forschungsministerium sogar gegen eine besondere Schutzwürdigkeit für Menschenaffen und gegen ein Verbot schwerstbelastender Versuche.

In langwierigen Verhandlungen hatten im Dezember Vertreter von EU-Kommission, Ministerrat und Parlament einen Kompromisstext zur neuen Versuchstierrichtlinie erarbeitet. Danach sollen auch Versuche an Menschenaffen erlaubt bleiben. Vorhandene Alternativmethoden sollen nur dann verpflichtend sein, wenn sie von EU-Behörden anerkannt sind. Das würde die Anwendung existierender Methoden „jahrelang hinauszögern“, kritisierte der Tierschutzbund. Es sei „erschütternd“, dass selbst Versuche an Menschenaffen nicht verboten werden sollen.

Aus Tierschutzsicht droht noch ein weiterer Rückschritt: Künftig sollen die EU-Mitgliedstaaten keine strengeren Vorschriften zum Versuchstierschutz umsetzen dürfen als in der neuen Richtlinie festgelegt. Das wäre ein Bruch mit der Regel, dass die EU Mindeststandards setzt, die nationale Umsetzung aber darüber hinausgehen kann. [mb]

- Gesetzestext: [www.kurzlink.de/KOM/2008/543](http://www.kurzlink.de/KOM/2008/543)
- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## B wie Bürgerbeteiligung

Beteiligung ist in der Stadtentwicklung ein allgegenwärtiger Begriff und eine selbstverständliche Forderung – doch scheitert sie oft an Abgrenzungen und Hindernissen in Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. Am Beispiel dreier Problemquartiere in Berlin beleuchtet die Autorin die verschiedenen Perspektiven der Akteurinnen und Akteure und entwickelt ein Bild, wie bedarfsgerechte Bürgerbeteiligung aussehen muss.

C. Schröder  
**Akteure der Stadtteilentwicklung**  
 Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft  
 Beteiligung definieren  
 Reihe Blickwechsel Band 8  
 oekom verlag, München 2010, 208 Seiten,  
 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-139-4

Erhältlich bei  
 www.oekom.de  
 kontakt@oekom.de  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

**oekom**  
 verlag  
 Die guten Seiten der Zukunft

### Chemikaliensicherheit

## Tierversuchsfreie Tests für REACH abgelehnt

■ Die Europäische Chemikalienbehörde ECHA hat von einem Chemieunternehmen die Durchführung von Tierversuchen gefordert, obwohl der Antragsteller dargelegt hatte, dass die Risikoabschätzung seiner Chemikalie ohne Tierversuche möglich sei. Die für die Durchführung der Chemikalienrichtlinie REACH zuständige Behörde in Helsinki bestand auf zwei 90-Tage-Versuchen, bei denen rund 1.000 Tiere, zumeist Ratten, getötet werden. Die Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche nannte die Forderung der ECHA unverantwortlich. Die Chemikalienbehörde halte an alten Denkmustern fest, während sich tierversuchsfreie Testmethoden enorm fortentwickelt hätten. Nach Ansicht der Ärztereinigung sind Giftigkeitsprüfungen am Tier „nicht nur äußerst grausam, sondern auch vollkommen ungeeignet, um Mensch und Umwelt vor schädlichen Stoffen zu schützen“. [mb]

► Ärzte gegen Tierversuche, München, Tel. +49 (0)89 / 3599349, Fax 35652127, www.aerzte-gegen-tierversuche.de (Infos – EU – REACH)

### EU-Hühnerhaltung

## Legehennen weiter im Käfig

■ Seit diesem Jahr dürfen Hühner in Deutschland endgültig nicht mehr in den alten, engen Legebatterien gehalten werden. Eine wirkliche Verbesserung ist dies jedoch aus Sicht des Deutschen Tierschutzbundes nicht. Die früheren Käfige würden nur durch neue ersetzt, kritisierte der Verband. Diese sogenannte Kleingruppenhaltung biete den Tieren nur geringfügig mehr Bewegungsspielraum. Statt bisher 550 sind es nun 800 Quadratzentimeter, etwas mehr als eine A4-Seite pro Huhn.

Der Tierschutzbund bezeichnete die neue Haltungsform als Mogelpackung, die den Verbrauchern als tierfreundliches System angepriesen werde. Immerhin müssen

Eier aus der Kleingruppenhaltung weiterhin mit der Ziffer 3 als Käfigeier gekennzeichnet werden.

In der übrigen EU sind die Legebatterien noch bis 2012 erlaubt. Nach Angaben der EU-Kommission sitzen nach wie vor 75 Prozent der Legehennen im Käfig. [mbu]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, www.tierschutzbund.de

### UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Ratspräsidentschaft: Vorschau

## Spanische Umweltprioritäten

■ Am 1. Januar hat die spanische Regierung die Präsidentschaft über den EU-Ministerrat von Schweden übernommen. In der Umweltpolitik will sie dabei den Schwerpunkt ihrer Arbeit in den kommenden sechs Monaten auf Klimapolitik, Biodiversität und Energieeffizienz legen. Das kündigte die spanische Umweltministerin Cristina Narbona an.

Zudem wird sich die spanische Präsidentschaft um die Themen kümmern müssen, die ohnehin auf der Agenda stehen. Dazu zählen Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen, Biozide, die Überarbeitung der IVU-Richtlinie gegen industrielle Verschmutzung sowie der beiden Richtlinien über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) und bestimmte gefährliche Stoffe (RoHS). Interessant dürfte die Frage werden, ob Spanien das umstrittene Thema Bodenschutz erneut aufgreift. Der Versuch, eine entsprechende Richtlinie zu verabschieden, war zuletzt im Jahr 2007 maßgeblich am Widerstand Deutschlands gescheitert.

Traditionell hat das Europäische Umweltbüro (EEB) der spanischen Ratspräsidentschaft Ende letzten Jahres zehn „grüne Prüfsteine“ für die nächsten sechs Monate Amtszeit vorgelegt. Die spanische Regierung soll aus Sicht des Dachverbandes von rund 150 Umweltorganisationen folgende Aufgaben im Auge behalten:

- ▶ in der geplanten EU-2020-Strategie die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung durchsetzen;
- ▶ ein rechtlich bindendes Abkommen für den globalen Klimaschutz erreichen;
- ▶ die Führungsrolle im weltweiten Biodiversitätsschutz einnehmen;
- ▶ einen einheitlichen Rahmen für den Schutz vor industrieller Verschmutzung schaffen;
- ▶ einen Energieeffizienzplan mit bindenden Zielen und Erfolg versprechenden Instrumenten verabschieden;
- ▶ die Böden schützen und verbessern;
- ▶ die Gesetze für Elektroaltgeräte und -schrott umweltfreundlicher machen;
- ▶ gefährliche Chemikalien schrittweise verbieten;
- ▶ die Durchsetzung von Emissionszielen der Mitgliedstaaten anmahnen und Grenzwerte verschärfen;
- ▶ für eine verantwortungsvolle Nanotechnologiepolitik streiten.

Im Juni wird das EEB wie üblich den Erfolg der Präsidentschaft an den unter diesen zehn Punkten zusammengefassten Forderungen messen. Die vollständigen Prüfsteine stehen im Internet. [ms, jg]

- ▶ Spanische Präsidentschaft: [www.eu2010.es](http://www.eu2010.es)
- ▶ 10 grüne Prüfsteine der Umweltverbände: [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (Press Releases – 23/12/09)

EU-Ratspräsidentschaft: Rückschau

## Schweden erfüllt hohe Erwartungen nur zum Teil

■ Das Fazit des Europäischen Umweltbüros (EEB) zu den umweltpolitischen Fortschritten am Ende der schwedischen Ratspräsidentschaft ist gemischt. Enttäuscht äußerte sich der europäische Umweltdachverband über die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen. Schweden habe keine Führungsrolle übernommen und die Mängel am EU-Klima- und Energiepaket nicht in den Griff bekommen.

Die ehrgeizige Initiative für eine öko-effiziente Wirtschaft habe zwar zu einem „interessanten Beschluss“ im Umweltrat

geführt, aber das Politikziel sei nicht in der neuen EU-2020-Strategie (siehe nebenstehenden Beitrag) angekommen. Auch von der Überprüfung der Strategie für nachhaltige Entwicklung war das EEB enttäuscht. Zwar habe es Ergebnisse gegeben, doch seien die Umsetzung nicht konkretisiert und etwaige Maßnahmen den Mitgliedstaaten überlassen worden. Dabei sei Schweden mit sehr anspruchsvollen Zielen in seine Ratspräsidentschaft gestartet und habe durchaus den Ruf eines progressiven Akteurs im Umweltbereich.

Lob fand das EEB für das schwedische Engagement beim Neustart in der Biodiversitätspolitik, bei der Quecksilberreduktion und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Nachhaltigkeitspolitik. Für Gebäudeenergieeffizienz, Abfallpolitik, Industrieemissionen und die Ostseestrategie gab es nur durchschnittliche Noten. [jg]

- ▶ [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (Press Releases – 23/12/09)

EU-Kommission

## Kandidaten gut vorbereitet

■ Abgesehen von dem Rückzug der bulgarischen Kandidatin Rumjana Schelewa ist die Befragung der designierten EU-KommissarInnen im EU-Parlament bis zum Redaktionsschluss unproblematisch verlaufen. Die meisten KandidatInnen konnten die Abgeordneten überzeugen.

Der designierte Umweltkommissar Janez Potočnik aus Slowenien betonte, er wolle ökologische Aspekte und wirtschaftliches Wachstum miteinander verbinden. Als Prioritäten nannte Potočnik Ressourceneffizienz, Biodiversität und „bessere Rechtsetzung“. Zudem deutete er an, dass er an der seit Langem diskutierten Bodenschutzrichtlinie festhalten wolle, eine Überarbeitung der Natura-2000-Gesetze ablehne und im Jahr 2011 ein siebtes Umweltaktionsprogramm anstrebe.

Auch Günther Oettinger, der das Energieressort leiten soll, fand breite Zustimmung. Fragen an ihn bezogen sich vor allem auf den Energiebinnenmarkt, Energieaußenpolitik und Technologieent-

wicklung. Oettinger bezeichnete Energieeffizienz als eine Priorität. Er halte an dem Ziel fest, bis zum Jahr 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent gegenüber dem Prognoseszenario zu steigern. Allerdings wolle er zunächst bereits beschlossene Maßnahmen überprüfen, bevor er neue Gesetze vorschlage. Der Atomenergie räumte er zur Erreichung der Klimaschutzziele eine „Brückenfunktion“ ein. [ms]

- ▶ Europäisches Parlament: [www.europarl.eu](http://www.europarl.eu)

EU-2020-Strategie

## EU wird schlau und ökosozial

■ Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine EU-weite Gesamtstrategie bis zum Jahr 2020 vorgelegt. „EU 2020“ soll eine Nachfolgerin für die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahr 2000 sein. Verabschiedet werden soll das Dokument von den EU-Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Frühjahrgipfel im März. Bis Mitte Januar fand eine öffentliche Konsultation statt.

Der Kommissionsvorschlag behandelt eine Strategie, um aus der EU einen intelligenteren und ökologischeren sozialen Markt zu machen. Dazu müssen nach Ansicht der Kommission drei Voraussetzungen erfüllt werden: Erstens müsse Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum erzielt werden, zweitens sollen die BürgerInnen zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften befähigt werden und drittens sei eine wettbewerbsfähige, vernetzte und ökologischere Wirtschaft zu schaffen.

Ihre Gedanken führt die Kommission auf nur zwölf Seiten aus, entsprechend vage bleibt sie, wenn es um konkrete Vorschläge geht. Im Unterschied zur Lissabon-Strategie schlagen die KommissarInnen jedoch deutlich andere Töne an, indem sie mehrfach auf einen effizienteren Umgang mit Ressourcen drängen, Ökoinnovationen fordern oder die Umgestaltung des Energiesystems anmahnen. [ms]

- ▶ Konsultation: [www.ec.europa.eu/eu2020](http://www.ec.europa.eu/eu2020)

## Staatliche Beihilfen

### EU-Länder helfen der Umwelt

■ 12,7 Milliarden Euro haben die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2008 für den Umweltschutz ausgegeben. Das hat die EU-Kommission errechnet und in einem Bericht über die von den Mitgliedstaaten gewährten staatlichen Beihilfen zusammengefasst. Insgesamt geht der Trend zu weniger staatlichen Beihilfen, aber der Anteil der für Umweltschutz ausgegebenen Mittel hat sich im Dreijahreszeitraum 2006 bis 2008 im Vergleich zur vorhergehenden Periode 2003 bis 2005 von 23 auf 26 Prozent erhöht.

Die Kategorie Umweltschutz und Energieeinsparung umfasst zwei Gruppen von Beihilfen: Bei der ersten Gruppe liegt ein direkter Umweltnutzen vor, hierzu gehören Unterstützungsmaßnahmen für erneuerbare Energien, Energieeinsparung, Abfallmanagement, Sanierung industriell verschmutzter Gebiete oder Verbesserung von Produktionsprozessen. Dafür wurden 4,9 Milliarden Euro ausgegeben.

Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Umweltsteuerermäßigungen oder -befreiungen. Dabei können die Beihilfeausgaben nicht als Maßstab für den Umweltnutzen gelten, weil dieser Nutzen durch die Steuerbefreiung. Hierunter fallen zum Beispiel Subventionen für Biokraftstoffe. In diesen Bereich flossen etwa 7,8 Milliarden Euro.

Bestimmte Ausgaben für den Umweltschutz fallen allerdings auch in die Sektoren Verkehr sowie Agrar- und Regionalentwicklung. [jg]

► [www.kurzlink.de/KOM-2009-661.pdf](http://www.kurzlink.de/KOM-2009-661.pdf)

## EU-Haushalt 2010

### Alle Ressorts aufgestockt

■ Das Europäische Parlament hat im Dezember den Haushaltsplan für 2010 verabschiedet. Alle Ressorts wurden aufgestockt, der Löwenanteil der Gelder soll für die Wiederankurbelung des Wirtschaftswach-

tums ausgegeben werden. Der Gesamthaushalt der EU beträgt knapp 123 Milliarden Euro sogenannter Zahlungsermächtigungen. Das entspricht etwas über einem Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Europäischen Union. Außerdem darf die EU 2010 Verpflichtungen in Höhe von 141,5 Milliarden Euro eingehen („Verpflichtungsermächtigungen“). Für die „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ – das schließt die EU-Agrarpolitik mit ein – sind mehr als 59 Milliarden Euro vorgesehen.

Auch andere Ausgabenbereiche haben Einfluss auf die Umwelt. So sind im Programm zur Konjunkturbelebung auch 200 Millionen Euro für den Bau der Nabucco-Gaspipeline, 565 Millionen für Offshorewindkraft und 180 Millionen Euro für CO<sub>2</sub>-Speicherung vorgesehen. [jg]

► [www.ec.europa.eu/budget](http://www.ec.europa.eu/budget)

## Bundeshaushalt 2010

### Rekordverschuldung

■ Der im Dezember vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf 2010 stellt einen neuen Rekord auf: Statt der ursprünglich geplanten Neuverschuldung von sechs Milliarden Euro soll die Nettokreditaufnahme nun auf fast 86 Milliarden steigen. Das ist die höchste Verschuldung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Entscheidung über den Haushalt hat sich zudem verspätet. Dies führt unter anderem zu Problemen bei der Kreditvergabe der KfW-Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau) für energiesparende Sanierung, wie der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber kritisierte. Auch die Fördermittelvergabe für Verbände wird sich wahrscheinlich erheblich verzögern.

Für den Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind in dem Entwurf Ausgaben in Höhe von rund 5,9 Milliarden Euro eingeplant. 1,5 Milliarden Euro sind im Einzelplan des Bundesumweltministeriums (BMU) veranschlagt. Insgesamt ste-

hen dem BMU im Programmhaushalt für die Bereiche Umweltschutz, Naturschutz, erneuerbare Energien und internationale Organisationen 914 Millionen Euro zur Verfügung. Die darin enthaltene Erhöhung um 224 Millionen relativiert sich, da viele Ausgaben dem direkten Umweltschutz entzogen werden. Zum Beispiel sind für die Atommülllager Asse und Schacht Konrad 75 beziehungsweise 99 Millionen und für die Offenhaltung von Gorleben 21 Millionen Euro veranschlagt. Demonstrationsanlagen in der Stahlerzeugung erhalten 15 Millionen Euro aus dem aufgestockten Umweltinnovationsprogramm. Die zwar verringerte, aber dennoch weiterlaufende Förderung für Rußpartikelfilter wird voraussichtlich 36 Millionen Euro kosten.

Bundestag und Bundesrat müssen dem Entwurf noch zustimmen. [jg]

► [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

## Flächenverbrauch

### Zwei Vorschläge gegen den Flächenfraß

■ Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) hat nach dem Vorbild des Emissionshandels ein System zum Handel mit Flächenkontingenten vorgeschlagen. Das Ziel der Bundesregierung, den Verbrauch von Flächen für Siedlungen und Verkehr bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, sei sonst kaum zu erreichen.

Für Länder, Regionen und Gemeinden sollten Obergrenzen für die künftige jährliche Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr eingeführt werden, so das UBA. Zusätzlich sollte es die Möglichkeit zum Handel mit Flächenkontingenten geben. So könnte neben dem 30-Hektar-Ziel auch erreicht werden, dass Fläche genau dort neu in Anspruch genommen wird, wo sie den meisten Nutzen stiftet. Ärmere Kommunen könnten zudem von dem Verkauf von Kontingenten profitieren, rechnete das Amt vor.

Der NABU forderte zu Beginn des UN-Jahres der biologischen Vielfalt, alles zu ►

## „Wir dürfen unsere Zukunft nicht durch die Erderwärmung vergeigen“

Im Umweltausschuss kann mehrheitlich nur das beschlossen werden, was auch Ministerien und Kanzleramt befürworten. Deshalb setzt die neue Vorsitzende dieses Bundestagsremiums auch auf den Druck von außen, etwa beim Thema Atom. Eva Bulling-Schröter von der Partei Die Linke über das „Fiasco von Kopenhagen“, Tierschutz und Arbeitsplatzsicherung.

**umwelt aktuell: Frau Bulling-Schröter, seit einigen Wochen sind Sie Vorsitzende des Umweltausschusses – offenbar nicht nur dank der Stimmen der Opposition. Worauf führen Sie diesen parteiübergreifenden Konsens zurück?**

Eva Bulling-Schröter: Zunächst ist es parlamentarische Praxis, dass die Fraktionen die Vorsitze der Ausschüsse nach Proporz unter sich aufteilen. Die von den Fraktionen dafür vorgeschlagenen Personen werden dann freundlich gewählt. Mir wurde jedoch von UmweltspezialistInnen aller Parteien signalisiert, sie seien ganz zufrieden mit mir als Vorsitzende. Erfahrung im Parlamentsbetrieb und ein unkompliziertes Herangehen an die Dinge haben vielleicht dazu beigetragen. Inhaltliche Differenzen bleiben natürlich.

**Ihre Partei fordert, alle Atomanlagen sofort stillzulegen und den Export von Atomtechnik zu verbieten. Atommülltransporte sollen bis zu einer verlässlichen Lösung der Endlagerung ausgesetzt werden. Welche Macht hat der Umweltausschuss überhaupt in dieser Frage?**

In den Ausschüssen entstehen auf Grundlage von Vorlagen der verschiedenen Gesetzgebungsorgane Beschlussempfehlungen für die abschließenden Abstimmungen im Bundestag. Dabei werden in der Regel auch Änderungen vorgenommen. Somit fällt dem für Atompolitik federführenden Umweltausschuss eine gewisse Bedeutung zu. Auch durch die dort durchgeführten Sachverständigenanhörungen, die meist gute Argumente für eine fortschrittliche Energiepolitik liefern. Natürlich wird am Ende im Gremium mehrheitlich nichts von Belang beschlossen, was nicht zugleich mit Ministerien und Kanzleramt abgestimmt ist. Die besten Mittel für die Anti-Atom-Bewegung bleiben also der Druck der Öffentlichkeit und Wahlergebnisse, die parlamentarische Mehrheiten für einen unverzüglichen Atomausstieg ermöglichen.

**Sie waren in Ihrer Partei lange auch für den Tierschutz zuständig, obwohl das Thema sich nicht gerade zur Profilierung eignet.**

Tierschutz wird manchmal noch belächelt. Sogenannte „härtere“ Themen werden ernster und mehr wahrgenommen. Im Umweltbereich sind dies etwa die

Klima- und die Energiepolitik. Dort sind die Medien, werden Zukunftsdebatten geführt. Allerdings wird die Frage der Massentierhaltung und des Fleischverbrauchs auch im Hinblick auf den Treibhausgasausstoß immer wichtiger. Überhaupt sollte sich in Zukunft keine Regierung mehr an einem konsequenten Tierschutz vorbeimogeln können.

**Sie sagen, dass Agrogentechnik nur den Interessen von Großkonzernen dient. Was wollen Sie konkret für die ökologische Landwirtschaft tun?**

Fördermaßnahmen in Bund und Ländern dürfen nicht runtergefahren, sondern müssen ausgebaut werden. Zudem nutzt der Kampf gegen die Gentechnik auch dem Ökolandbau. Denn der muss sich am meisten vor gentechnischen Verunreinigungen fürchten.

**Wie ist das, wenn man in Bayern groß wird, für den Sozialismus und für Umweltschutz ist?**

Sozialistin in Bayern zu sein war logischerweise nie ein Zuckerschlecken. Die Anerkennung linker, systemkritischer Politik wächst aber auch hier stetig, nicht zuletzt durch den Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linken. Und natürlich durch die asozialen und zerstörerischen Folgen von Hartz IV, Bankenkrise und Erderwärmung. Mit Umweltfragen habe ich mich schon als Betriebsrätin beschäftigt: Ich war für Arbeitssicherheit und Umweltschutz zuständig.

**Was sagen Sie zum Klimagipfel in Kopenhagen?**

Es gibt weder ein ratifizierungsfähiges Abkommen noch – das war die Minimalforderung – einen verbindlichen Beschluss mit Kernforderungen der Konferenz, auf dessen Grundlage etwa bis zum Sommer ein solches Abkommen hätte ausgearbeitet werden können. Der „Copenhagen Accord“, der vom Plenum lediglich „zur Kenntnis“ genommen wurde, hat keinerlei Verbindlichkeit. Er nennt ohnehin keine Zahlen zur Minderung des globalen Treibhausgasausstoßes. Kopenhagen war ein Fiasco.

**PolitikerInnen der Linken machen sich in Brandenburg, Sachsen und im Saarland für die Kohle stark oder kritisieren in Großstädten die energetische Gebäudesanierung als unsozial. Hört**

**Umweltschutz dort auf, wo vorhandene Arbeitsplätze verloren gehen oder er Geld kostet?**

Die Beschlüsse der Partei auf Bundesebene sind klar: Wir müssen schnell aus der Kohle raus, Erneuerbaren gehört die Zukunft. Das gefällt nicht jedem Landes- oder Lokalpolitiker, in betroffenen Regionen geht es immer auch um Arbeitsplätze. Denn neue, etwa im regenerativen Bereich, entstehen nur selten zeitgleich und am selben Ort, wo „alte“ wegfallen. In einer Partei mit starker Gewerkschaftsanbindung gibt es da natürlich mehr Konflikte und Debatten als bei den Grünen, die eher den gut situierten Mittelstand bedienen. Dennoch muss am Ende konsequenter Klimaschutz rauskommen. Der darf allerdings nicht elitär zur weiteren sozialen Spaltung führen. Vergeigen wir durch die Erderwärmung unsere Zukunft, wäre das nicht nur eine ökologische Katastrophe, sondern auch unsozial, unsolidarisch und am Ende sogar unwirtschaftlich und arbeitsplatzvernichtend. Das Ganze wäre nicht links, sondern rechts. Was die Gebäudesanierung betrifft, ist sie eines der Kernelemente der Klimapolitik. Sollten im Einzelfall die Heizkosteneinsparungen deutlich geringer sein als die Mehrkosten, die durch die energetische Sanierung auf Mieter zukommen, müssen für sozial Schwache intelligente Lösungen gefunden werden.

**Was wünschen Sie sich von Umweltverbänden?**

Stets einen fruchtbaren fachlichen Austausch, manchmal kritische Solidarität und gelegentlich auch einen Tritt – Sie wissen schon wohin ...

[Interview: Juliane Grüning]

**Die ehemalige Schlosserin und Betriebsrätin Eva Bulling-Schröter ist umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion und Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 / 2272485,  
E-Mail:  
eva.bulling-schroeter@  
bundestag.de, www.  
bulling-schroeter.de



tun, damit die natürlichen Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschützt werden. Dazu gehöre auch, den Flächenfraß durch Verkehrs- und Bauprojekte endlich zu stoppen. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP werde das 30-Hektar-Ziel infrage gestellt und die Flächeninanspruchnahme verharmlost. Der NABU fordert unter anderem eine umfassende Grundsteuerreform, eine Reform der Bauförderung und der Grunderwerbsteuer, die Abschaffung der Entfernungspauschale und andere finanzielle Anreize zu einem flächensparenden, die Innenentwicklung fördernden Verhalten der Städte und Gemeinden wie auch der einzelnen Haushalte und Unternehmen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba-flaeche-3839](http://www.kurzlink.de/uba-flaeche-3839)
- ▶ [www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung](http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung)

#### Umweltrecht

### Föderales Chaos befürchtet

■ Anstelle des vor einem Jahr gescheiterten Umweltgesetzbuches tritt am 1. März ein Paket mit vier neuen Umweltgesetzen des Bundes in Kraft: das Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege, das Gesetz zur

Neuregelung des Wasserrechts, das Gesetz zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung und das Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt.

Umweltverbände in Nordrhein-Westfalen warnten unterdessen vor rechtlichem Chaos. Die Landesregierung wolle offenbar darauf verzichten, das Landesrecht sinnvoll an die neuen Bundesvorgaben anzupassen. Bei zahlreichen Regelungen sei künftig unklar, ob Bundesrecht oder Landesrecht gelte. Vor allem werde die Chance vertan, neue rechtliche Spielräume des Landes zur Weiterentwicklung des Naturschutzrechts zu nutzen, bemängelten NABU, BUND und Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU).

Kritik kam auch aus Niedersachsen. Das Land werde mit seinem Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz „Spitzenreiter im Abbau von Naturschutzstandards“, so der dortige Landesverband des BUND. Der vorliegende Entwurf wecke an einer ganzen Reihe von Stellen rechtliche Zweifel und führe zu erheblichen Rechtsunsicherheiten. Der Verband kritisiert unter anderem die vorgesehenen Regelungen zum Abbau der Landschaftsplanung und die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung. Besonders empörend sei der radikale Abbau der Beteiligungs- und Klagerechte der anerkannten Naturschutzverbände.

Das Bundesnaturschutzgesetz und das Wasserhaushaltsgesetz gelten künftig bundesweit „unmittelbar“. Vorschriften in den Landesnaturschutz- und -wassergesetzen treten außer Kraft, wenn das Bundesrecht keine Fortgeltung ermöglicht. Allerdings dürfen die Länder – innerhalb bestimmter Grenzen – vom neuen Bundesrecht abweichen. Niedersachsen mache „exzessiven Gebrauch“ von den neuen Abweichungsrechten, kritisiert die LNU. [jg]

- ▶ [www.lnu-nrw.de](http://www.lnu-nrw.de)
- ▶ [www.nrw.nabu.de](http://www.nrw.nabu.de)
- ▶ [www.bund-niedersachsen.de](http://www.bund-niedersachsen.de)

#### Asbestopfer

### Europas größter Umweltfall

■ Mitte Dezember hat im italienischen Turin die europaweit größte Gerichtsverhandlung zu Umwelt und Gesundheit begonnen. Fast 3.000 Asbestopfer klagen gegen die früheren Besitzer mehrerer Asbestfabriken, den Schweizer Stephan Schmidheiny und den Belgier Jean-Louis de Cartier. Beide werden beschuldigt, keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz getroffen zu haben. In den 1970er- und 1980er-Jahren sollen 2.600

newsletter  
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:  
[www.oekom.de/aktuelles/nachhaltigkeitsnewsletter.html](http://www.oekom.de/aktuelles/nachhaltigkeitsnewsletter.html)

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**  
verlag



ArbeiterInnen und 260 Angehörige durch asbestbedingte Krankheiten ums Leben gekommen sein. Noch heute erkranken oder sterben EinwohnerInnen der ehemaligen Produktionsstandorte von asbesthaltigen Baustoffen an Krebs und anderen asbestbedingten Krankheiten.

Der Prozess könnte mehrere Jahre dauern. Die Angeklagten müssen mit Haftstrafen zwischen drei und 13 Jahren rechnen, falls sie verurteilt werden. [jg]

► [www.asbestosinthedock.ning.com](http://www.asbestosinthedock.ning.com)

## VERKEHR & TOURISMUS

### Verkehrsverlagerung

## Mehr Güter auf die Schiene?

■ Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat sich dafür ausgesprochen, den wachsenden Güterverkehr „möglichst vollständig auf die Schiene zu bringen“, weil das Straßennetz den erwarteten Zuwachs nicht auffangen könne. Dies sagte der Minister nach dem Treffen des EU-Verkehrsmministerrats im Dezember. Die Minister hatten über eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur Zukunft des Verkehrs beraten, die als Grundlage für das in diesem Jahr erscheinende Weißbuch Verkehr erschien. Das Weißbuch soll einen Ausblick auf die EU-Verkehrspolitik für die Dekade von 2011 bis 2020 geben. Dazu will der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments im Februar einen Initiativbericht vorlegen. Der Ausschuss zeigte wiederum großes Interesse an einem Bundesratsbeschluss zur Zukunft des Verkehrs vom September, der deutlich die unfairen Wettbewerbsbedingungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern benennt. Ob dies politische Konsequenzen haben wird, ist jedoch offen.

Die Allianz pro Schiene will deshalb genau beobachten, ob der Bundesverkehrsminister seiner Absichtserklärung zur Verkehrsverlagerung auch Taten folgen lässt. Der Lobbyverband für den

Schieneverkehr lobte die Ankündigung Ramsauers, zeigte sich aber skeptisch, wie der Schienennetz ausgebaut werden soll. Hier bleibe der Minister vage, sagte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege. Nach Berechnungen des Schienenbündnisses müsste jährlich mindestens eine Milliarde Euro mehr als bisher in den Neu- und Ausbau der Schienenwege investiert werden. Ohne Erhöhung der Lkw-Maut und nur mit öffentlich-privaten Partnerschaften sei dies schwierig. [mbu]

- Mitteilung der EU-Kommission zur „Zukunft des Verkehrs“: [www.kurzlink.de/zukunft-verkehr.pdf](http://www.kurzlink.de/zukunft-verkehr.pdf)
- Bundesratsbeschluss zur „Zukunft des Verkehrs“: [www.kurzlink.de/bundesratverkehr.pdf](http://www.kurzlink.de/bundesratverkehr.pdf)
- Allianz pro Schiene, Dirk Flege, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, Fax -29, [www.allianz-pro-schiene.de](http://www.allianz-pro-schiene.de)

### EU-Haushalt 2010

## Mehr Geld für Ökotourismus

■ Das EU-Parlament will nachhaltige Tourismusprojekte stärker fördern. Die Mehrheit der Abgeordneten hat sich Ende vergangenen Jahres eindeutig dafür ausgesprochen und dies bei der Verabschiedung des EU-Budgets für 2010 berücksichtigt. So wurde auf Initiative der Grünen der Haushaltstitel Nachhaltiger Tourismus von 300.000 auf 600.000 Euro erhöht.

Das Geld soll ausschließlich zur Finanzierung grenzüberschreitender Fahrrad- und Bahnstrecken eingesetzt werden, vor allem für die sogenannten EuroVelo-Routen und für die Fahrradmitnahme in Zügen. Zudem wird der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) explizit Mittel zur Förderung grenzüberschreitender Fahrradrouten zur Verfügung stellen. Für viele Regionen in Grenzgebieten sei der Fahrradtourismus eine wichtige Einnahmequelle und garantiere den Erhalt kleiner und mittlerer Unternehmen, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Parlament, Michael Cramer. [mbu]

- EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2845779, [www.michael-cramer.de](http://www.michael-cramer.de)

### Umweltzonen

## Einfahrt nur mit Grün

■ Seit Januar gibt es in Deutschland mehr Umweltzonen. Für einige bestehende Umweltzonen wurden die Regeln für die Einfahrerlaubnis verschärft. In diese Zonen in der Innenstadt dürfen nur Autos mit einem geringen Schadstoffausstoß fahren. Wer die Bedingungen erfüllt, erhält eine entsprechende Plakette.

Hinzu gekommen sind die Städte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Münster, Bonn, Osnabrück und Pfinztal bei Karlsruhe. Damit stieg die Zahl der Umweltzonen seit ihrer Einführung vor zwei Jahren auf 40. In Berlin, Hannover, Frankfurt am Main und Bremen gelten seit Jahresbeginn strengere Regeln. Dort dürfen nur noch Autos mit einer grünen Plakette in die City. Verstöße werden mit 40 Euro Bußgeld und einem Punkt in der Flensburger Verkehrssünderkartei geahndet.

Allerdings gibt es auch diverse Ausnahmen von den Fahrverboten. Umweltverbänden gehen diese zu weit. Daher hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine Musterklage gegen die Umweltzone in München eingereicht. Die Zahl der Ausnahmegenehmigungen sei zu hoch, so die DUH. Auch sei die Zone zu klein und spare besonders belastete Straßen aus.

Messungen in den bereits bestehenden Umweltzonen ergaben laut DUH, dass durch die Einfahrverbote für veraltete Fahrzeuge die Luft in den Innenstädten sauberer geworden ist. Das bestätigte auch die Berliner Senatsumweltverwaltung. In der Bundeshauptstadt seien seit Einführung der Umweltzone die Stickoxidbelastung um zehn und der Rußgehalt um 14 bis 22 Prozent gesunken.

Das sieht der ADAC anders. Ihm zufolge ist der Rückgang von Feinstaub und Ruß keine Folge der Umweltzonen, sondern auf eine ohnehin stattfindende Modernisierung der Fahrzeugflotte zurückzuführen. Bisher ist der ADAC allerdings mit allen von ihm unterstützten Klagen gegen Umweltzonen gescheitert. [mbu]

- DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: [berlin@duh.de](mailto:berlin@duh.de), [www.duh.de](http://www.duh.de)

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## N wie Naturgefahren

Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft gegenüber Naturgefahren ist. Die Autoren analysieren im vorliegenden Buch Folgen und wichtige Einflussfaktoren von Hochwasser und entwickeln bundesweit einsetzbare Modelle zur Abschätzung und Minderung von Schäden für Privathaushalte, Unternehmen und Landwirtschaft.

A. H. Thieken, I. Seifert, B. Merz (Hrsg.)  
**Hochwasserschäden**  
 Erfassung, Abschätzung und Vermeidung  
 oekom verlag, München 2010,  
 304 Seiten, 39,90 EUR,  
 ISBN 978-3-86581-186-8

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

  
 Die guten Seiten der Zukunft

## Statistik

## Verkehr und Umwelt 2009

■ Im Dezember sind die Verkehrsdaten des Umweltbundesamts (UBA) für 2009 erschienen. Auf 72 Seiten zeigt die Broschüre die Entwicklungen im Güter- und Personenverkehr und die damit verbundenen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt anhand von Tabellen, Grafiken und anschaulichen Beispielen. Umweltbelastungen durch Emissionen von CO<sub>2</sub> und Luftschadstoffen sowie die Flächeninanspruchnahme und -zerschneidung der Landschaft durch Verkehrswege würden häufig erst durch ihre Folgewirkungen wahrgenommen, begründet das UBA seine Auswahl. Die Publikation informiert über den Kfz-Bestand und Motorisierungsgrad in Deutschland und Europa, den Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr, das Verkehrsaufkommen und den Energieverbrauch. Dem Verkehrslärm ist ein eigenes Kapitel gewidmet. [mbu]

- ▶ Daten zum Verkehr – Ausgabe 2009 (PDF, 72 S., 2 MB): [www.kurzlink.de/uba-verkehr-2009](http://www.kurzlink.de/uba-verkehr-2009)
- ▶ [www.umweltbundesamt.de/daten](http://www.umweltbundesamt.de/daten)

## EU-Produktkennzeichnung

## Reifenlabel kommt 2012

■ Mit einer neuen Kennzeichnungsverordnung für Reifen sollen Kunden erfahren, wie viel Treibstoff durch diese verbraucht wird, wie sicher und wie laut sie sind. Ende 2009 beschloss das EU-Parlament die entsprechende Verordnung. Danach müssen ab November 2012 die Kraftstoffeffizienz, die Haftung bei Nässe und die Rollgeräusche an allen neuen Reifen, die in der EU verkauft werden, angegeben werden. Die EU will so den Anteil umweltfreundlicherer Reifen steigern und den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen Schadstoffen durch den Autoverkehr senken. Die Kennzeichnungspflicht ist Teil des Aktionsplans für Energieeffizienz, mit dem die EU den Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent senken will. Die Kennzeichnung soll sich an dem bekann-

ten EU-Energielabel für Haushaltsgeräte orientieren.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) lobte die neue Verordnung. Mit spritsparenden Reifen lasse sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Autos um bis zu fünf Prozent senken. Kritisch sieht der ökologische Verkehrsclub, dass die Autohändler sich aussuchen können, ob sie den Aufkleber mit den entsprechenden Werten auf jeden einzelnen Reifen kleben oder nur einen Musterreifen im Verkaufsraum mit einem Etikett versehen. Auch die Kontrolle der Einhaltung der Standards müsse noch geklärt werden. [mbu]

- ▶ EU-Kennzeichnungsverordnung für Reifen: [www.kurzlink.de/eu-reifenlabel.pdf](http://www.kurzlink.de/eu-reifenlabel.pdf)
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: [mail@vcd.org](mailto:mail@vcd.org), [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

## Kampagne

## Städte werben für null CO<sub>2</sub> auf Kurzstrecken

■ Im Frühjahr startet das Bundesumweltministerium (BMU) eine Kampagne für den Klimaschutz. Mit dem Slogan „Kopf an: Motor aus. Für null CO<sub>2</sub> auf Kurzstrecken“ soll für die Fortbewegung per Fuß und Rad geworben werden. Broschüren und die Webseite [www.kopf-an.de](http://www.kopf-an.de) informieren über lokale Hintergründe. Die Hälfte aller Autofahrten ist kürzer als sechs Kilometer und gilt wegen des überproportional hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes als besonders klimaschädlich.

55 Städte hatten sich beim BMU um die Teilnahme an der Kampagne beworben. Der Zuschlag ging an Berlin, Braunschweig, Freiburg im Breisgau, Herzogenaurach in Mittelfranken und Kiel. Durchgeführt wird die Kampagne von der Projektagentur Fairkehr. [mbu]

- ▶ BMU, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, Fax -2016, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- ▶ fairkehr GmbH, Kathrin Voskuhl, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 98585-44, E-Mail: [kathrin.voskuhl@fairkehr.de](mailto:kathrin.voskuhl@fairkehr.de), [www.fairkehr.de](http://www.fairkehr.de)

## WASSER &amp; MEERE

## Ems

**EU-Naturschutzrecht siegt**

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Januar entschieden, dass die Ems als FFH-Gebiet Unter- und Außenems geschützt wird. Damit müssen die Arbeiten am Fluss künftig nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durch Umweltverträglichkeitsprüfungen genehmigt werden. Die Stadt Papenburg hatte sich gerichtlich dagegen gewehrt, die Ems als Natura-2000-Gebiet zu melden. Der EuGH urteilte jedoch, Deutschland dürfe die Aufnahme der Ems in die Liste der Natura-2000-Gebiete nur aus Naturschutzgründen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen verweigern. Damit große Schiffe der Papenburger Meyer-Werft über die Ems in die Nordsee gelangen können, müssen die dafür notwendigen Baggerarbeiten nun künftig einer vorherigen Verträglichkeitsprüfung nach Artikel 6 der FFH-Richtlinie unterzogen werden.

Der NABU begrüßte das EuGH-Urteil zum Schutzstatus der Tide-Ems und des Emsästuars. Der EuGH habe klargestellt, dass die früheren Genehmigungen zur Ausbaggerung der Ems mit deren Meldung als Schutzgebiet nichtig seien. „Daher müssen die aktuellen Arbeiten sofort eingestellt und einer Prüfung nach Recht und Gesetz unterzogen werden“, forderte NABU-Experte Claus Mayr.

Die Meyer-Werft beschäftigt über 2.500 MitarbeiterInnen in einer wirtschaftsarmen Region und hat volle Auftragsbücher für immer größere Kreuzfahrtschiffe. Um diese in die Nordsee zu überführen, wird die von Natur aus flache und schmale Unterems seit zwei Jahrzehnten immer stärker ausgebagert und aufgestaut. Daher streiten sich seit über 25 Jahren Umweltverbände und die regionale Wirtschaft um den Ausbau des Flusses.

2008 schlugen die Umweltorganisationen WWF und BUND vor, einen Kanal neben der Ems vom Werftgelände bis nach Leer nahe der Nordsee zu bauen. Danach

könnte die Ems renaturiert werden und vom Schiffsverkehr verschont bleiben. Eine Machbarkeitsstudie wird derzeit geprüft. Während das Land den Kanal will, haben sich die Anwohner der möglichen Trasse zu einer Initiative gegen den Kanalbau zusammengeschlossen. Diese fordert den Umzug der Werft an die Nordsee. [bv]

- ▶ NABU, Claus Mayr, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de, www.nabu.de/europa
- ▶ www.kurzlink.de/Urteil-C-226-08
- ▶ www.rettet-die-ems.de

Grundwasserverordnung**Verbändeanhörung**

■ Umweltverbände können noch bis zum 5. Februar Stellung zum Entwurf der Grundwasserverordnung des Bundesumweltministeriums nehmen. Die Verordnung setzt die europäische Grundwasser-Tochtrichtlinie zur Wasserrahmenrichtlinie (2006/118/EG) in Bundesrecht um und beinhaltet Regelungen zum chemischen Zustand des Grundwassers. Es werden bundeseinheitliche Schwellenwerte für grundwasserrelevante Schadstoffe festgelegt. Die Konzentrationsgrenzwerte orientieren sich an den 2004 verabschiedeten Geringfügigkeitsschwellen der Bundesländer-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA). [bv]

- ▶ Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, Tel. +49 (0)30 / 443391-44, Fax -33, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrml-info.de
- ▶ www.kurzlink.de/entwurfgrundwasservo
- ▶ www.kurzlink.de/verbaendeanhoerunggw

Wasserrahmenrichtlinie**Bewirtschaftungspläne online**

■ Neun Jahre nach Inkrafttreten der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) haben die Bundesländer und Flussgebietsbehörden Bewirtschaftungspläne, Maßnahmen- und Hintergrundprogramme ins Internet gestellt. Auf der

Bund-Länder-Plattform wasserblick.net sind die WRRL-Bewirtschaftungspläne von Donau, Oder, Eider, Rhein, Elbe, Schlei-Trave, Ems, Warnow-Peene, Maas und Weser zusammengefasst.

Deutschland gehört zu den acht Mitgliedstaaten, die wie gefordert bis Dezember ihre Gewässerbewirtschaftungspläne an die EU-Kommission übermittelt haben. Die meisten anderen Mitgliedstaaten sind gerade in der Konsultationsphase, während in Dänemark, Griechenland und Portugal diese noch nicht einmal begonnen hat. Im März will die EU-Kommission einen Bericht zu den Plänen vorlegen. [bv]

- ▶ www.wasserblick.net
- ▶ Gewässerbewirtschaftungspläne in der EU: www.kurzlink.de/riverbasinmanagement

Wasserumweltmanagement**Umweltrat rät zur Tat**

■ Die EU-UmweltministerInnen haben im Dezember auf ihrem Treffen Beschlüsse zum regionalen Wasser- und Meeresumweltmanagement einschließlich der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum verabschiedet. Darin betont der Umweltministerrat, dass für einen „guten Umweltzustand“ die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie auf dem Meer besser umgesetzt werden müssten. In Bereichen, in denen der Zustand der Umwelt besonders kritisch ist, soll die EU-Kommission Pilotprojekte finanzieren. Generell begrüßen die MinisterInnen länderübergreifende Regionalstrategien. 2011 soll die Kommission einen Fortschrittsbericht über die Ostseeraumstrategie vorlegen. Gleichzeitig forderte der Ministerrat die Ostseeanrainerstaaten auf, die Strategie zügig umzusetzen, da der Zustand der Ostsee kritisch sei. Die Mitgliedstaaten sollen Maßnahmen gegen die Überdüngung der Meere und Flüsse ergreifen, unter anderem durch ein Phosphatverbot in Waschmitteln. [jg]

- ▶ Umweltrat zum Wasserumweltmanagement: www.kurzlink.de/wasserumweltmanage

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## H wie Herausforderungen

Um die Zukunftsfähigkeit des Forst-Holz-Sektors zu sichern, sind angesichts der ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen nicht nur technische Innovationen nötig. Ausgehend von der Projektregion Allgäu analysieren die Autoren im vorliegenden Buch die organisatorischen Innovationshemmnisse und ermitteln die Bildung von Netzwerken innerhalb der Forst-Holz-Kette als zentralen Erfolgsfaktor.

M. Birke, D. Scheer, A. Schlüter,  
F. Ebinger (Hrsg.)

**Innovationen in der Holz-Forst-Kette**  
Entwicklungstrends und Handlungsoptionen  
oekom verlag, München 2010,  
191 Seiten, 34,90 EUR,  
ISBN 978-3-86581-125-7

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
kontakt@oekom.de  
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

**oekom**  
verlag  
Die guten Seiten der Zukunft

### CO<sub>2</sub>-Speicherung

## Weg frei für CO<sub>2</sub> unter Atlantik

■ Die EU hat die rechtlichen Voraussetzungen für die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid in geologischen Formationen unter dem Nordostatlantik geschaffen. Im November stimmte der EU-Ministerrat einer entsprechenden Erweiterung des Oskar-Übereinkommens zu, nachdem zuvor schon das EU-Parlament eine Stellungnahme abgegeben hatte.

Einige Mitgliedstaaten überlegen, CO<sub>2</sub> unter dem Meeresgrund einzulagern. Um die rechtlichen Voraussetzungen für die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen unter dem Nordostatlantik zu schaffen, waren Änderungen der Anlagen II und III des Oskar-Übereinkommens notwendig. Die Ergänzungen sollen dafür sorgen, dass das eingeleitete Kohlendioxid dauerhaft in der Lagerstätte verbleibt und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit und das marine Ökosystem darstellt. Das Oskar-Übereinkommen untersagt das Einbringen von CO<sub>2</sub> in die Wassersäule und auf dem Meeresboden, enthält jedoch bisher keine Regelung zur unterirdischen Lagerung.

Das Oskar-Übereinkommen von 1998 soll die Meeresverschmutzung im Nordostatlantik vermeiden und beseitigen helfen und die Meeresumwelt vor anthropogenen Schäden schützen. Als Vertragspartei des Übereinkommens musste die EU den Änderungen zustimmen. [bv]

► EU-Ministerrat: [www.kurzlink.de/rat-2009-11-25](http://www.kurzlink.de/rat-2009-11-25)

### Ostseepipeline

## Genehmigt und angefochten

■ Zwei estnische Umweltorganisationen haben im Januar Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht, da Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland bei der Lizenzvergabe für die Ostseepipeline an die Unternehmensholding Nord Stream die europäische Umweltgesetzgebung missachtet hätten. Die Beschwerdeführer begründen dies mit der Verletzung

der EU-Richtlinien zum Vogelschutz und zur Umweltverträglichkeitsprüfung sowie der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durch diese Staaten bei der Vorbereitung zum Bau der 1.220 Kilometer langen Pipeline.

Im Dezember hatte Deutschland grünes Licht für die umstrittene Gasleitung von Russland nach Deutschland gegeben. Zuvor hatten bereits Dänemark, Schweden, Russland und Finnland den Bau der Trasse genehmigt (umwelt aktuell 12.2009/01.2010, S. 29). Noch fehlen Nord Stream eine zweite Genehmigung aus Finnland und eine naturschutzrechtliche Genehmigung des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie für die 31 Kilometer lange Strecke durch die deutsche Wirtschaftszone. Im April will Nord Stream im Greifswalder Bodden die ersten Rohre verlegen. Nach der Fertigstellung der Leitung im Jahr 2012 sollen pro Jahr 55 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas durch die Ostsee gepumpt werden.

Der WWF forderte von Nord Stream eine volle Kompensation der Umweltschäden und kündigte eine Prüfung der Genehmigungsbescheide an. Für den deutschen Küstenbereich seien Ausgleichsmaßnahmen bisher nur für 40 Prozent der Eingriffe in die Meeresumwelt vorgesehen. [bv]

► [www.bankwatch.org/item/NordStreamComplaint](http://www.bankwatch.org/item/NordStreamComplaint)

► [www.kurzlink.de/wwf-ostseepipeline](http://www.kurzlink.de/wwf-ostseepipeline)

### Illegale Fischerei

## Jetzt strengere Kontrollen

■ Seit Jahresanfang sind strengere Bestimmungen zur Kontrolle der EU-Fischereipolitik in Kraft. Sie umfassen Instrumente zum Schutz der Meeresressourcen und für den Kampf gegen illegale Fischerei, die ab jetzt einheitlich geahndet wird. Durch illegale Fischerei werden weltweit schätzungsweise zehn Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaftet.

Drei einander ergänzende europäische Verordnungen sind nun wirksam. Die Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 zur Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Ver-

ordnung) soll durch die Zertifizierung und Rückverfolgbarkeit der Erzeugnisse der Seefischerei dafür sorgen, dass illegal gefangene Fische nicht mehr vermarktet werden können. Mit der Verordnung wird außerdem ein harmonisiertes Sanktionssystem eingeführt. Auch können EU-Bürger nun künftig unabhängig davon, wo sie Fischfang betreiben, in ihrem Heimatland strafrechtlich verfolgt werden. Mit der Verordnung (EG) Nr. 1010/2009) hat die Kommission zudem im Oktober ausführliche Durchführungsbestimmungen zur Umstellung auf dieses System vorgelegt.

Bereits seit 2008 in Kraft ist die ergänzende Verordnung (EG) Nr. 1006/2008 über Fanggenehmigungen für EU-Fischereifahrzeuge, die außerhalb der EU-Gewässer fischen. Komplettiert wird das Paket durch eine Kontrollverordnung, die für die Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik sorgen soll. [bv]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/09/2002)

#### Nordseefischerei

### Fangquoten für 2010

■ Der EU-Fischereiministerrat hat sich im Dezember auf die Fangquoten für Nordsee und Nordatlantik im Jahr 2010 geeinigt. Einen totalen Fangstopp gibt es für Dornhai und Heringshai. Die Fangmöglichkeiten für Kabeljau, Schellfisch und Seezunge wurden für 2010 um 15 bis 35 Prozent reduziert. Zur Stärkung der Fischereiwirtschaft erhöhten die Fischereiminister jedoch gleichzeitig die Quoten für einige andere Fischarten, darunter für Seehechte um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Zudem einigten sich Deutschland, Großbritannien und Dänemark auf ein Pilotprojekt zur Beifangvermeidung. Fischer, die ihren gesamten Fang anlanden und Überwachungskameras an Bord installieren, bekommen eine fünf Prozent höhere Quote. Der WWF kritisierte diese Regelung, da sie die Quote unterlaufe. Die Umweltstiftung übte auch generelle Kri-

tik am System der jährlichen Fangquoten. Nur durch Mehrjahrespläne für alle Fischbestände bekämen Fisch und Fischer die langfristige Perspektive, die beide verdienen.

Acht von zehn Beständen gelten in EU-Gewässern als überfischt. Die diesjährigen Fangquoten für die Ostsee stehen bereits seit Oktober fest. [bv]

► [www.kurzlink.de/fischereirat-2009-12](http://www.kurzlink.de/fischereirat-2009-12)

► [www.kurzlink.de/wwf-quote2010](http://www.kurzlink.de/wwf-quote2010)

#### WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

#### Grüne Elektronik

### Nokia top, Microsoft flop

■ In der jüngsten Ausgabe seines Grünen Leitfadens zur Verbraucherelektronik hat Greenpeace gute Noten lediglich an Nokia und Sony Ericsson vergeben. Den anderen Anbietern bescheinigt Greenpeace noch großes Verbesserungspotenzial. Microsoft und Nintendo nehmen die letzten beiden Plätze ein. Untersucht wurden die Produkte von 18 Weltfirmen auf ihren Energieverbrauch, giftige Inhaltsstoffe und das Abfallmanagement. [ms]

► [www.greenpeace.org/electronics](http://www.greenpeace.org/electronics)

#### Bruttoinlandsprodukt

### Machen Geld, Leistung und eigenes Haus glücklich?

■ Weil das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nichts über die Zufriedenheit der Menschen aussagt, bemühen sich in jüngster Zeit viele Initiativen darum, den BIP-Indikator um die Lebenszufriedenheit zu erweitern. Kurz vor Weihnachten hat auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ein wirtschaftsliberaler Lobbyverband, ein „Glücks-BIP“ vorgelegt.

Ulrich van Suntum, Professor an der

Universität Münster, führte die Studie für die INSM durch. Die Zufriedenheit der Bevölkerung in Deutschland ist demnach seit Anfang der 1990er-Jahre nicht mehr gewachsen. Man müsse daher andere Faktoren in die Berechnung des BIP einbeziehen beziehungsweise dieses ergänzen, so van Suntum. Glücksrelevant seien etwa Arbeitsplatzsicherheit, Einkommensverteilung, Gesundheit oder Familienstatus. Während dies andere Glücksforscher ähnlich sehen, erinnern die Details der INSM-Studie stark an das wirtschaftsliberale Programm der Lobbyvereinigung. So fand van Suntum keine Anzeichen dafür, dass die zunehmende Einkommensungleichheit unglücklich macht. Auch spreche das Bedürfnis nach materieller und sozialer Sicherheit nicht unbedingt für einen Ausbau der Sozialversicherungen, denn private Vorsorge leiste ebenso einen wichtigen Beitrag und privates Wohneigentum sei ein „Glücksfaktor“.

Andere Versuche, die Zufriedenheit der Menschen mittels ökonomischer Indikatoren zu erfassen, kommen zu deutlich anderen Ergebnissen. So gilt etwa beim Happy Planet Index Costa Rica als glücklichstes Land der Welt – unter anderem, weil die Qualität der Natur eingerechnet wurde. Von den Industriestaaten kommt dagegen keines unter die Top Ten.

In einem weiteren Projekt im Auftrag der französischen Regierung fordern die beiden Nobelpreisträger für Ökonomie Joseph Stiglitz und Amartya Sen, das BIP als Indikator vollständig abzuschaffen. Stattdessen seien viel bessere Messmethoden und Statistiken zu entwickeln, die auch soziale und ökologische Kriterien einbeziehen müssten. Dazu gehörten etwa auch Kinderbetreuung oder Beteiligung am politischen Leben.

Am weitesten gingen Staaten wie das Königreich Bhutan und zuletzt Ecuador und Bolivien, die ein „gutes Leben“ ihrer BürgerInnen in der Verfassung festgeschrieben haben. [ms]

► [www.insm.de](http://www.insm.de)

► [www.happyplanetindex.org](http://www.happyplanetindex.org)

► [www.kurzlink.de/bruttosozialglueck](http://www.kurzlink.de/bruttosozialglueck)

► [www.de.wikipedia.org/wiki/Buen\\_vivir](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Buen_vivir)

## 30. Deutscher Naturschutztag

„Frischer Wind und weite Horizonte“ – unter diesem Motto findet vom 27. September bis 1. Oktober der Deutsche Naturschutztag 2010 statt. In der Hansestadt Stralsund, dem Tor zur Insel Rügen, wird ein breit gefächertes Themenspektrum geboten. Die Veranstalter – der Bundesverband Beruflicher Naturschutz, das Bundesamt für Naturschutz, der Deutsche Naturschutzring und das in diesem Jahr gastgebende Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch sein Umweltministerium – berücksichtigen in ihrer Planung gleich mehrere besondere Ereignisse: den 30. Deutschen Naturschutztag, 20 Jahre Deutsche Einheit und das Erreichen des Countdown 2010, der Zielmarke der EU für den Stopp des Biodiversitätsverlusts.

Angesichts der geografischen Lage des Tagungsortes steht das Thema Wasser in seiner Vielfältigkeit im Vordergrund – vom Meeres- und Küstennaturschutz bis zum Management von Flussgebieten und Mooren. Bewährte Bestandteile des Deutschen Naturschutztages sind die Darstellung aktueller Entwicklungen in Naturschutz und Umweltrecht, Kommunikations- und Bildungsfragen sowie ökonomische Aspekte. In der sehr schönen Landschaft um Stralsund werden vielfältige halb-, ein- und zweitägige Exkursionen sowie ein Besuch des Ozeaneums im Hafen angeboten.

Als lebendige Plattform dient der Deutsche Naturschutztag der Vermittlung von aktuellem Fachwissen und dem Erfahrungsaustausch. Er ist ein wichtiger Impulsgeber in einer Zeit, die auch im Naturschutz neue Herangehensweisen und Fähigkeiten verlangt. Nutzen Sie die Gelegenheit, besuchen Sie die größte Fachveranstaltung des Naturschutzes in Deutschland, informieren Sie sich umfassend, knüpfen Sie Kontakte im vielfältigen Netzwerk. Ein ausführliches Programm erscheint in Kürze. [hjh]

### Programmanfrage:

**Bundesverband Beruflicher Naturschutz,  
Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244,  
Fax -9999, E-Mail: mail@bvn-online.de,  
www.deutscher-naturschutztag.de**

## DNR INTERN

### DNR-Mitgliederversammlung

## Start für Leitbilddiskussion

■ Am 28. November fand in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin die Mitgliederversammlung 2009 des Deutschen Naturschutzrings statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Beginn einer Leitbilddiskussion im DNR zu den Themen:

- ▶ Was ist unser Verständnis von Natur – Mitwelt oder Umwelt?
- ▶ Was bedeutet für uns Nachhaltigkeit – Klarheit statt Beliebigkeit?
- ▶ Wie halten wir es mit dem Wachstum – Entwicklung statt Sackgasse?

Hierzu sollen in Arbeitskreisen Grundsätze und Vorstellungen erarbeitet, in den Mitgliedsverbänden diskutiert und auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Zur neuen Schatzmeisterin des DNR wurde mit großer Mehrheit Kornelie Blumenschein gewählt. Sie ist Geschäftsführerin bei dem in Dresden beheimateten Bundesverband von Gäa – Vereinigung ökologischer Landbau. Ein Portrait folgt in der nächsten Ausgabe. Als neues DNR-Mitglied wurde der Verband Deutscher Naturparke (VDN) aufgenommen.

Die Delegierten verabschiedeten einstimmig eine Resolution zum Klimagipfel in Kopenhagen mit Forderungen an die deutsche Bundesregierung:

- ▶ Rückkehr zu einer aktiven Führungsrolle Deutschlands in den Klimaverhandlungen,
- ▶ Reduzierung der Treibhausgase in Deutschland um mehr als 40 Prozent,
- ▶ finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer.

An die internationale Staatengemeinschaft gingen die Forderungen:

- ▶ Einigung auf ein rechtlich verbindliches, ausreichend ambitioniertes und global gerechtes Klimaschutzabkommen mit allen dafür nötigen Elementen,
- ▶ Festlegung der Industrieländer auf rechtsverbindliche Reduktionsziele für Treibhausgase,

- ▶ Realisierung der Reduktionsziele von Treibhausgasen im eigenen Land,
- ▶ Erhöhung der Reduktionsziele der EU,
- ▶ Bereitstellung von Finanzmitteln und
- ▶ Stabilisierung der Kohlenstoffsenken, wie sie Wälder, Moore, Meere, Auen und andere Ökosysteme darstellen.

[hjh]

- ▶ DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

## EHRENAMT

### Engagement

## Beratung auch im Internet

■ Der Caritasverband hat ein neues Onlineportal eingerichtet, um Menschen zu beraten, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Unabhängig von Öffnungszeiten oder vom eigenen Wohnort können Informationen zu Ehrenamt und Freiwilligendiensten im In- und Ausland abgefragt werden. BeraterInnen von Freiwilligenzentren stehen dafür zur Verfügung. Die Webseite will einen niedrigschwelligen Zugang zum Engagement bieten und auf die Kontaktaufnahme mit einem Freiwilligenzentrum oder einer Beratungsstelle vorbereiten. [mb]

- ▶ [www.beratung-caritas.de](http://www.beratung-caritas.de) (Engagementberatung)

### Tag der Artenvielfalt

## Den Wert der Natur ermessen

■ Zum zwölften Mal lädt das Reportagemagazin Geo bundesweit zu einer Expedition in die heimische Natur ein, um auf die Bedeutung von Artenvielfalt und intakten Ökosystemen aufmerksam zu machen. In diesem Jahr heißt das Motto: „Der Wert der Natur: Warum sich Vielfalt rechnet.“ Mit Blick auf lange erwartete internationale und nationale Studien (umwelt aktuell

12.2009/01.2010, S. 19) sollen der Nutzen der Biodiversität und die Dienstleistungen der Natur für den Menschen herausgestellt werden. Der Geo-Tag ist mittlerweile mit bis zu 25.000 TeilnehmerInnen im Jahr die größte Feldforschungsaktion in Europa.

Dabei bitten die Organisatoren um Unterstützung, um „möglichst viele – ob Kinder oder Erwachsene, Laien oder Experten – für die Artenvielfalt vor der eigenen Haustür zu begeistern. Nutzen Sie Ihre Medien – E-Mail-Verteiler, Internetauftritt, Newsletter –, um zum Mitmachen aufzurufen“, heißt es in der Einladung.

Für die diesjährige Hauptaktion am 12. Juni wurde das Netzwerk Artenvielfalt der südbadischen Region Freiburg gewonnen. Dazu soll es europaweit Begleitaktionen geben. Die schönsten und interessantesten Ideen dafür werden in einer Geo-Sonderbeilage veröffentlicht. [mb]

- ▶ Geo-Tag der Artenvielfalt, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, [www.geo.de/artenvielfalt](http://www.geo.de/artenvielfalt)

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### Umweltengagement

## Bürgerpreise an Ökoaktive

■ Die Initiative „Für mich, für uns, für alle“ hat im November in Berlin die Bürgerpreise 2009 überreicht. Der Preis wird in vier Kategorien vergeben. Themenschwerpunkt war diesmal Umweltengagement.

Bundestagspräsident Norbert Lammert, Schirmherr der Initiative, überreichte den Bürgerpreis in der Kategorie Lebenswerk an Gert Oetken von der Schutzstation Wattenmeer. Oetken engagiert sich schon seit fast 50 Jahren für das Wattenmeer und hat maßgeblich zu dessen Anerkennung als Unesco-Weltnaturerbe beigetragen.

Der Bürgerpreis in der Kategorie Junior ging an die BUNDSpechte aus der nordrhein-westfälischen Gemeinde Jüchen, das Kinderregenwald-Team aus dem schwäbischen Ravensburg und an die Braunschweiger ökoscouts.

Den Preis für die Alltagshelden erhielt die Sektion Karlsruhe der Europäischen Brunnengesellschaft, die in Asien und Afrika für den Schutz des Wassers tätig ist. Weitere Bürgerpreise erhielten der Walderlebnispfad für Sehende und Blinde im oberbayerischen Gerolsbach und die Initiative für Naturschutz mit Kindern im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund.

Preisträger in der Kategorie Aktiver Mittelstand sind die Pomona-Baumschulen im thüringischen Gotha, die sich seit Langem ehrenamtlich für Bäume und anderes Grün in ihrer Stadt engagieren.

Im siebten Jahr seines Bestehens hatten sich mehr als 1.000 Engagierte um den größten bundesweiten Ehrenamtspreis beworben. 70 regionale und lokale Initiativen verliehen in den vorangegangenen Monaten insgesamt rund 180 Bürgerpreise. [mb]

- ▶ Für mich, für uns, für alle, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 20225-5133, [www.buerger-engagement.de](http://www.buerger-engagement.de)

### Ehrenamtliches Engagement

## Deutscher Engagementpreis erstmals verliehen

■ Am Tag des Ehrenamts, dem 5. Dezember, ist in Berlin erstmals der Deutsche Engagementpreis verliehen worden. Auf einer Festveranstaltung wurden die Bürgerkommune Nürtingen und die vier Initiativen Arbeiterkind.de, Grüne Damen, Sozialhelden sowie Fußball baut Brücken für ihren freiwilligen gesellschaftlichen Einsatz ausgezeichnet, die alle im sozialen Bereich tätig sind. Die Preisverleihung war Teil der Kampagne „Geben gibt“. Deren Initiator und Träger ist das Bündnis für Engagement, zu dem auch der Deutsche Naturschutzring gehört. Mehr als 2.200 Menschen und Projekte waren für den Preis nominiert worden. Eine Jury wählte in vier Kategorien die Preisträger. Im Internet stimmten 38.000 BürgerInnen über einen Publikumspreis ab. [mb]

- ▶ Geben gibt., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 897947-62, Fax -11, [www.geben-gibt.de](http://www.geben-gibt.de) (Wettbewerb)

### B.A.U.M.-Umweltpreis

## Hubert Weinzierl geehrt

■ Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, ist Ende November in Hamburg mit dem B.A.U.M.-Umweltpreis 2009 in der Kategorie Verbände ausgezeichnet worden. Begründet wurde die Ehrung mit Weinzierls „jahrzehntelangem Einsatz für den Erhalt der Natur und seiner unermüdlichen Arbeit in einer Vielzahl von Naturschutzverbänden und -organisationen“ sowie mit seiner Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sein Engagement und Fachwissen seien in vielen Organisationen und Umweltgremien gefragt.

Zu Weinzierls Erfolgen zählen die Schaffung des Nationalparks Bayerischer Wald, die Einrichtung des Umweltministeriums in Bayern und das Europäische Naturschutzjahr. 1992 nahm er als Mitglied der deutschen Delegation am „Erdgipfel von Rio“ und 2002 am Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg teil. Weinzierl ist Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung und Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. [cmm]

- ▶ DNR, Präsident Hubert Weinzierl, Wiesenfelden/Niederbayern, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 490, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Bayerischer Naturschutzpreis

## An Christine von Weizsäcker

■ Bei einer Festveranstaltung im Bayerischen Landtag hat der Bund Naturschutz (BN) die Biologin Christine von Weizsäcker, die sich weltweit erfolgreich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und gegen die gentechnische Manipulation von Pflanzen, Tieren und Lebensmitteln einsetzt, mit dem Bayerischen Naturschutzpreis geehrt. Der Preis ist die bedeutendste Naturschutzauszeichnung Bayerns. [mb]

- ▶ Bund Naturschutz in Bayern, Nürnberg, Tel. +49 (0)911 / 81878-0, Fax 869568, E-Mail: [lf@bund-naturschutz.de](mailto:lf@bund-naturschutz.de), [www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

## REZENSIONEN

## Es ist ein Verbrechen, die Krise nicht zu nutzen

Welche Zukunftsaussichten hat eine von Krisen geschüttelte Welt? Diese Frage richtet Geseko von Lüpke an 21 Persönlichkeiten. So unterschiedlich die Ideen sind – eine Ansicht eint die AutorInnen: Krisen sind immer auch Wendepunkte für etwas ganz Neues, Besseres.



■ Pünktlich zum Ende des vergangenen Jahres hat der Riemann-Verlag noch ein voluminöses Werk vorgelegt. Über 500 Seiten sind es geworden, genau das Richtige für lange dunkle Winter-

abende. Dass es trotzdem kein „klassischer Schmöcker“ geworden ist, ergibt sich aus der Konzeption des Buches als Sammelband im Interviewstil. Herausgeber und Fragensteller ist Geseko von Lüpke, einer der bekanntesten Journalisten und Publizisten im Bereich Nachhaltigkeit. Er hat die multiplen Krisen unserer Zeit zum Anlass genommen, das Who's who der Szene zusammenzutrommeln, um sie zu ihrer Einschätzung der Zukunftsaussichten dieser Welt zu befragen.

Alles schon mal da gewesen? Nun, in der Tat, das Buch erinnert ein wenig an die „Politik des Herzens“. Schon 2003 hatte von Lüpke „Gespräche mit den Weisen unserer Zeit“ geführt. Einige der Gesprächspartner von einst finden wir hier wieder, etwa Hans-Peter Dürr, Joanna Macy oder Vandana Shiva. Doch seither ist viel passiert und viele Interviewpartner sind neu hinzugekommen: Joseph Stiglitz, Wolfgang Sachs, Bernard Lietaer – diese kurze Aufzählung soll genügen, um die Qualität der hier versammelten Autorinnen und Autoren zu belegen. Insgesamt sind es 21 Zukunftsweiser, Männer und Frauen, Natur- und GeisteswissenschaftlerInnen, die meisten von ihnen Aktivisten aus dem Bereich der Zivilgesellschaft. Sie alle erforschen und propagieren einen anderen, alternativen Umgang mit der Krise. Was sie bei aller Verschiedenheit ihrer Ansätze eint, ist der feste Glaube daran, dass aus

Krisen Zukunft entsteht. Sie können der Beginn einer anderen Welt sein.

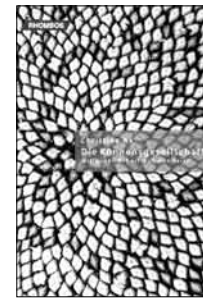
Niemand bringt das besser auf den Punkt als die britische Ökonomin und Zukunftsforscherin Hazel Henderson: „It is a crime to waste a crisis“, ist sie überzeugt. Und auch für die Physikerin und Ökoaktivistin Vandana Shiva ist die jetzige Situation einer Finanz- und Kreditkrise „eine Riesenchance, die teuren chemischen Zugaben zurückzufahren und auf eine Landwirtschaft umzusteigen, die nur wenig Geldmittel braucht – und das ist die ökologische Landwirtschaft“. Die Krise als Chance – davon ist auch Elisabeth Sahtouris überzeugt. Für die Evolutionsbiologin und Zukunftsforscherin kann unsere Zukunft nur aus „kooperativer Nachhaltigkeit“ bestehen; sie werde das herrschende Modell der Konkurrenz schon bald beerben.

Insgesamt handelt es sich hier um ein positives, Mut machendes Buch – trotz aller Probleme, vor denen die Welt des 21. Jahrhunderts steht. Alle hier versammelten AutorInnen begreifen unsere Zeit als eine Zeit des schmerzhaften, aber längst fälligen Übergangs, in der wir zugleich „Sterbebegleiter für das Alte und Hebammen für das Neue“ sind. Sie sind überzeugt, dass die Komplexität der Welt eine Abkehr von „zentralistischen, transnationalen, generellen und große Lösungen“ fordert, und dass zivilgesellschaftliche Initiativen und lokale Gemeinschaften daher immer größere Bedeutung erhalten werden. Wer der „stickigen Luft lähmender Realpolitik“ entkommen möchte, dem sei das anregende Buch für kalte Winterabende daher wärmstens empfohlen. **[Christoph Hirsch]**

► Lüpke, G. v. (Hrsg.): Zukunft entsteht aus Krise. Antworten von Joseph Stiglitz, Vandana Shiva, Wolfgang Sachs, Joanna Macy, Bernard Lietaer u. a. Riemann, München 2009, 575 S., 22,95 €, ISBN 978-3-570-50112-2

## Die Könnensgesellschaft

Alle wollen die wissensbasierte Gesellschaft. Doch beim effizienten Lernen und Produzieren bleibt das Wichtigste auf der Strecke: Erfahrung, Können und Wertschätzung.



■ Der Titel ist bewusst gewählt. Während alle von der Wissensgesellschaft reden, geht Christine Ax einen Schritt weiter. Sie hinterfragt die vor-schnelle Euphorie über die neue wis-

sensbasierte Gesellschaft und stellt dieser eine Gesellschaft der Fähigkeiten und der Befähigung entgegen – also die Könnensgesellschaft. Dabei lehnt die Autorin selbstredend Wissen nicht ab, sondern geht über dieses hinaus: „Könnerschaft erwächst aus dem Handeln. Wissen ist ein Teil und Voraussetzung von Können. Können ist eine praktische Form des Wissens.“ Könnerschaft erfordere sehr viel Wissen, jedoch „ein an Erfahrung gesättigtes, auf Erfahrung beruhendes Wissen“. Und anders als für Wissen gebe es für Können immer einen Beweis: das Handeln.

Ax kritisiert die Beliebigkeit der modernen Informationsgesellschaft: „Wirklich wichtiges Wissen, das für unser Handeln relevant ist, können wir nicht beliebig vermehren.“ Jeder rein mengenmäßige Zugang zu Wissen gehe an der Sache vorbei und erzeuge eine „dumme Hektik, einen gefährlichen Stress, der uns unfähig macht, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden und die richtigen Entscheidungen zu treffen“. Die Autorin problematisiert das noch immer an Wissensvermittlung orientierte Schulsystem und fordert mit dem Pädagogen Peter Struck („Die 15 Gebote des Lernens“) einen ganzheitlichen, alle Sinne und auch das Tun einschließenden Unterricht. Und sie wendet sich entschieden gegen die fragmentierte, in monotone Einzelschritte zerlegte, für viele immer sinnloser erscheinende industrielle Produktionsweise, die mittlerweile auch zahl-



reiche Dienstleistungsberufe erfasst habe, etwa in den Callcentern.

Die Autorin erinnert an Philosophien des Tätigseins von Aristoteles bis Hannah Arendt, würdigt aber auch frühe Kritiker des Industrialismus wie den Verteidiger handwerklichen Produzierens gegen die Einführung der ersten Fabriken im 19. Jahrhundert, John Ruskin, den utopischen Sozialisten William Morris oder den gegen die Verzweckung des Lebens anschreibenden Schriftsteller Oscar Wilde. Damit plädiert Ax für ein Tun, das Selbstverwirklichung ermöglicht und den Sinn in sich selbst findet. Sie wird dabei etwa auch fündig im buddhistischen Denken, das Vervollkommnung „in der Arbeit“ als „Arbeit an sich selbst“ sucht.

Diese Ansprüche an Arbeit sieht die Autorin am stärksten im Handwerk verwirklicht, das geprägt sei von Selbstbestimmung, Arbeit an der eigenen Könnerschaft, ethischen Prinzipien, Dauerhaftigkeit des Werkes sowie vom Respekt für die eigene Arbeit und die Arbeit der anderen. Ein radikales, wichtiges Buch. **[Hans Holzinger]**

- ▶ Ax, C.: Die Könnengesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise. Rhombos, Berlin 2009, 276 S., 29,60 €, ISBN 978-3-938807-96-5. [www.koennengesellschaft.de](http://www.koennengesellschaft.de)

## Müllvermeidung für alle



„Die Hälfte des Hausmüllvolumens ist Verpackungsabfall.“ Solche klaren Sätze stehen in dem Buch „Weniger Abfall, mehr Wert“ von Konrad Soyez und Dieter Baier.

Die Autoren schildern anschaulich, wie weniger Müll produziert und gleichzeitig Geld gespart werden kann – vom Kauf über die Verwertung bis zur Entsorgung eines Produkts.

Beide sind Verfahrenstechniker: Soyez ist Biotechnologe an den Universitäten Weimar und Potsdam, Baier ist Chef der Gesellschaft für ökologische Technolo-

gie mit Erfahrungen in der Umwelt- und Abfallwirtschaft. Zum Einstieg zeigen sie, wie sich das Kaufen von Müll bei Waren des täglichen Bedarfs vermeiden lässt. Es folgen Einkaufstipps, unter anderem zum Verzicht auf Einwegmaterial, zum bewussten Kauf von Qualitätsware und zum Einkauf auf lokalen Märkten. Langlebige Produkte statt Wegwerfware erwerben, Recyclingprodukte und Gebrauchsgüter statt neuer Produkte kaufen – mit solchen Strategien können Ressourcen geschont und Energie gespart werden. Nicht nur ökologischer, sondern auch finanzieller Schaden entsteht, wenn das richtige Maß beim Einkaufen fehlt und deshalb Lebensmittel unverzehrt entsorgt werden. Die Autoren geben daher Tipps zur Vorratshaltung und zum Kompostieren, für Büro, Schule, Reise und Sport. Müll vermeiden und Geld sparen lasse sich darüber hinaus durch Reparatur, Verkauf, Tausch oder das Verschenken von Produkten.

„Ohne Recycling keine Kreislaufwirtschaft“, betonen Soyez und Baier. „Aber auch mit Recycling ist kein vollständiger Kreislauf zu erzielen.“ Daher bleibe am Ende immer auch die Müllentsorgung, die jedoch umweltgerecht erfolgen müsse. Hierfür beschreiben die Autoren die richtige Sammlung, Trennung und Entsorgung der unterschiedlichen Abfallarten. Abfall wird als Wertstoff gesehen, der vielfach gute Preise erzielen kann.

Jedes Kapitel enthält Tipps zu einzelnen Themenbereichen und schließt mit einer Checkliste zum eigenen Verhalten. Ein Infoteil gibt Aufschluss zu DIN-Normen, wichtigen Begriffen und häufig gestellten Fragen und enthält Hinweise zum Weiterlesen. Zusätzliche Informationen gibt es zum Ökologischen Fußabdruck, zum Abfallrecht, zu Down- und Upcycling und zum Grünen Punkt. Das Buch bietet NeueinsteigerInnen einen umfassenden Einblick, lässt jedoch auch bei schon Wissenden die eine oder andere neue Erkenntnis aufblitzen. **[Ann-Katrin Sporkmann]**

- ▶ Soyez, K.; Baier, D.: Weniger Abfall, mehr Wert. Müllvermeidung, Recycling, Second Hand und Co. Beuth, Berlin 2009, 144 S., 14,80 €, ISBN 978-3-410-17468-4

## Die Marktlogik im Alltag unterlaufen



Die Klima-, Hunger- oder Wirtschaftskrise können verzweifelt und hoffnungslos stimmen. Denn was können Einzelne schon gegen die globalen Katastrophen unternehmen?

Verschiedene AutorInnen versuchen sich in dem im Helmer-Verlag erschienenen Buch „Halbinseln gegen den Strom“ der Antwort zu nähern, indem sie alternative Wirtschaftskonzepte und Veränderungsmöglichkeiten des Alltags vorstellen. Herausgeberin Friederike Habermann, Volkswirtin und Historikerin und seit den 1980ern in der sozialen Bewegung engagiert, setzt auf die Präsentation von Gemeinschaftsprojekten in Deutschland, die in kleinem Umfang abseits der kapitalistischen Marktlogik agieren. Die LeserInnen bekommen einen lebendigen Eindruck vom Leben in Kommunen, sie begleiten die Autorin in Umsonstläden oder vollziehen die Verlockungen von öffentlichen Bücherschränken nach.

Unter zehn großen Überschriften wie Wohnen, Kleidung, Mobilität, Finanzen, Gesundheit oder Kommunikation werden alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen vorgestellt. Die Berichte der InitiatorInnen dieser Projekte zeigen, dass es nicht immer einfach ist, gegen den Strom zu schwimmen. Einerseits wird deutlich, dass mit Brotaufstrich-Kooperativen und Trampen kaum die Welt zu retten ist. Andererseits schafft das Buch Respekt für Menschen, die sich engagieren und mutig neue Wege beschreiten. Dabei ist der praxisorientierte Band durch seinen szenischen und dokumentarischen Charakter abwechslungsreich und angenehm zu lesen.

**[Nina Behrendt]**

- ▶ Habermann, F. (Hrsg.): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Helmer, Sulzbach 2009, 228 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89741-284-2

## Lückenlose Ökobilanzen



■ Daniel Goleman zufolge lässt sich viel verändern, wenn Menschen ihre Macht als KonsumentInnen wahrnehmen und ihre Intelligenz richtig einsetzen würden. Der Autor des Best-

sellers „Emotionale Intelligenz“ plädiert in seinem neuen Buch für mehr Konsequenz im Handeln. Nicht alles, was nach außen den Anschein erweckt „öko“ zu sein, ist auch tatsächlich umweltfreundlich. Produktionsweisen, Inhaltsstoffe oder Verpackungsmaterialien – es kommt auf deutlich mehr an als auf grüne Werbekampagnen. Goleman schlägt daher die Veröffentlichung lückenloser Ökobilanzen aller Güter vor.

Die Idee, durch den Konsum umweltfreundlicher Produkte die Welt zu retten, ist indessen nicht neu. Golemans Botschaft, wonach ein wirklich nachhaltiger Konsum ein hohes Maß an Weitsicht beim Kauf erfordert, ist daher eine recht dünne Quintessenz. Die ökologisch sensibilisierte europäische LeserIn ist daher geneigt, das Buch nach einigen Seiten zuzuschlagen.

[Nina Behrendt]

- ▶ Goleman, D.: Ökologische Intelligenz. Wer umdenkt, lebt besser. Droemer, München 2009, 272 S., 19,90 €, ISBN 978-3-426-27514-6

## Neue Landnahme

■ Immer mehr fruchtbarer Boden wird bebaut oder degradiert. Nicht nur das Maximum der Ölförderung (Peak Oil), auch das der Bodenvernutzung ist erreicht: „Peak Soil“. Während sich die Flächenkonkurrenz verschärft, wollen einige Investoren das Geschäft ihres Lebens machen. Übrig bleiben hungernde Menschen. [mb]

- ▶ Fritz, T.: Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. FDCL, Berlin 2009, 164 S., 12,- €, ISBN 978-3-923020-46-1

### INTERNET

#### Argumente gegen Klimaskeptiker

■ Selbst die USA haben sich bewegt und halten den Klimawandel nicht mehr für das Hirngespinnst einiger verrückter Wissenschaftler. Aber die sogenannten Klimaskeptiker sind immer noch – und seit Kopenhagen sogar wieder stärker – zu hören. Sie meinen, der Mensch könne das Klima weder beeinflussen noch verstehen, wie es eigentlich zustande kommt. Explizit mit den Argumenten der Klimaskeptiker auseinandergesetzt haben sich das Umweltbundesamt sowie der führend an den IPPC-Berichten beteiligte Klimaforscher Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut. Auf ihren Webseiten findet man Antworten auf die Fragen und Behauptungen der Skeptiker und insbesondere bei Rahmstorf auch eine Auseinandersetzung mit dem Umgang der Medien zu diesem Thema. [rq]

- ▶ [www.uba.de/klimaschutz/klimaaenderungen/fa](http://www.uba.de/klimaschutz/klimaaenderungen/fa)
- ▶ [www.pik-potsdam.de/~stefan/klimaskeptiker](http://www.pik-potsdam.de/~stefan/klimaskeptiker)
- ▶ [www.wissenslogs.de/wblogs/blog/klimalounge](http://www.wissenslogs.de/wblogs/blog/klimalounge)

#### Umweltdaten – Umweltzustand

■ Das Umweltbundesamt veröffentlicht regelmäßig Daten über den aktuellen Umweltzustand in Deutschland. Von der Luftqualität bis zur Abfallwirtschaft werden alle Umweltthemen dargestellt und auch eine Gesamtschau auf die Ursachen und Wirkungen von Umweltbelastungen ist vorhanden. Bei den Treibhausgasemissionen zieht das Umweltbundesamt eine positive Bilanz: Diese sanken von 1990 bis 2007 um 22,4 Prozent. Bis 2020 müssen allerdings 40 Prozent erreicht sein. Auch von anderen Umweltzielen ist Deutschland noch weit entfernt, zum Beispiel von einer Reduzierung des Siedlungs- und Verkehrsflächenzuwachses auf 30 Hektar pro Tag. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist ebenfalls noch nicht gelungen. [aks]

- ▶ [www.umweltbundesamt.de/daten-zur-umwelt](http://www.umweltbundesamt.de/daten-zur-umwelt)

#### Kohle-Protest vor Ort

■ Die Klima-Allianz hat im Januar eine neue Internetseite geschaltet, die Hintergrundinformationen rund um den Neubau von Kohlekraftwerken in Deutschland enthält. Unter anderem wird dokumentiert, wer in Deutschland neue Kohlekraftwerke bauen will, wer vor Ort gegen die geplanten Kohlemeiler aktiv ist, welche Aktionen gegen Kohlekraftwerke geplant sind und wie man sich beteiligen kann. Außerdem gibt es Argumentshilfen gegen neue Kohlekraftwerke. [jg]

- ▶ [www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de)

#### Rechtliches zu Erneuerbaren – EU-weit

■ Die EU-Datenbank zum Recht der Erneuerbaren Energien ist komplett und bietet deutsch- und englischsprachige Informationen über die rechtlichen Voraussetzungen für Alternativenergien in allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Zu den zentralen gesetzlichen Regelungen für die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien kommen Informationen rund um Förder- und Netzzugangsprofile, eine telefonische Hotline für Rechtsfragen sowie ein Newsletter. Initiiert wurde das Projekt vom Bundesumweltministerium. [jg]

- ▶ [www.res-legal.de](http://www.res-legal.de)
- ▶ Hotline: Tel. +49 (0)30 / 24628693

#### Blockiergetier

■ Humorvoll präsentiert die Firma FHV, der „kompetente Serviceanbieter in Sachen Blockade durch Naturschutz“, ihr Anliegen im Internet: den Feldhamsterverleih. Hier erfahren Interessierte mehr über verschiedene Tierarten und wie diese helfen können, unerwünschte Bauprojekte zu blockieren und naturverträglichere Lösungen zu finden. Unter dem wochenweise mietbaren Blockiergetier befinden sich neben Feldhamstern auch Fischotter, Biber, das Mausohr oder Rotbauchunken. Zumindest virtuell beträgt die Erfolgsrate über 92,3 Prozent. Achtung, Sati(e)re! [jg]

- ▶ [www.feldhamsterverleih.de](http://www.feldhamsterverleih.de)

## NEU ERSCHIENEN

- ▶ Attac (Hrsg.): **Wir bauen Europa neu. Wer baut mit? Alternativen für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa.** Residenz, Salzburg 2009, 224 S., 17,90 €, ISBN 978-3-7017-3129-9
- ▶ Bauhardt, C. u. a.: **Ökologie in der Krise? Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 159 S., 12,- €, ISBN 978-3-89691-356-2**
- ▶ Brunn, F. u. a.: **Weltreise. Von weitgereisten Waren und Widersprüchen im Einkaufskorb.** SeitenHieb, Reiskirchen 2009, 184 S., 5,- €, ISBN 978-3-86747-027-8
- ▶ Bucher, G. (Hrsg.): **Alphabet der Möglichkeiten. 99 Handlungsanweisungen für eine bessere Welt.** oekom, München 2009, 196 S., 16,90 €, ISBN 978-3-86581-170-7
- ▶ BUNDjugend u. a. (Hrsg.): **Das Klimakochbuch. Klimafreundlich einkaufen, kochen und genießen.** Kosmos, Stuttgart 2009, 128 S., 12,95 €, ISBN 978-3-440-11926-6
- ▶ Christen, O.; Hövelmann, L. u. a. (Hrsg.): **Nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in der Wertschöpfungskette Lebensmittel.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 187 S., 32,80 €, ISBN 978-3-503-12044-4
- ▶ Goertsches, D.: **Imkere und Gentechnik im Konflikt. Ist die Imkere existenziell durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gefährdet?** Universität Kassel, Witzenhausen 2009, 98 S., [www.kurzlink.de/goertsches.pdf](http://www.kurzlink.de/goertsches.pdf)
- ▶ Helfrich, S. u. a.: **Bergbau in Lateinamerika.** ILA, Bonn 2009, 60 S., 4,50 €, ISSN 0946-5057
- ▶ Herzke, K.; Schmoll, F.: **Abgeschmeckt und aufgedeckt. Alles übers Essen.** Fackelträger, Köln 2009, 196 S., 14,95 €, ISBN 978-3-7716-4423-9
- ▶ Hoering, U.; Pye, O.; Schaffar, W.; Wicherich, C. (Hrsg.): **Globalisierung bringt Bewegung. Lokale Kämpfe und transnationale Vernetzungen in Asien.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 200 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-773-7
- ▶ Jensch, M.: **Eine glücklichere Welt ist möglich. Globaler Kapitalismus um jeden Preis – wie lange noch und was danach?** AG SPAK, Neu-Ulm 2009, 182 S., 16,- €, ISBN 978-3-930830-39-8. [www.beyond-capitalism.de.vu](http://www.beyond-capitalism.de.vu)
- ▶ Kleiber, T.; Russau, C.; Budi, J. u. a.: **Amazonien. Stadt – Land – Fluss. Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde zwischen Schutz und Nutzung.** FDCL, Berlin 2009, 138 S., 9,- €, ISBN 978-3-923020-45-4
- ▶ Kosch, S. u. a.: **Wir steigern das Bruttosozialglück. Gute Nachrichten und erfolgreiche Klimaschutzmodelle aus der ganzen Welt.** Taz, Berlin 2009, 40 S., 2,30 €, ISSN 0931-9085. [www.kurzlink.de/bruttosozialglueck](http://www.kurzlink.de/bruttosozialglueck)
- ▶ Möller, M.; Eberle, U.; Hermann, A. u. a.: **Nanotechnologie im Bereich der Lebensmittel.** VDF, Zürich 2009, 228 S., 34,- €, ISBN 978-3-7281-3234-5
- ▶ NABU (Hrsg.): **Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der GVO-Debatte. Sozioökonomie als neues Zulassungskriterium für GVO.** Tagungsband. NABU, Berlin 2009, 101 S., [www.kurzlink.de/gvo](http://www.kurzlink.de/gvo)
- ▶ OECD (Hrsg.): **Review of Fisheries in OECD Countries: Policies and Summary Statistics 2008.** OECD, Paris 2009, 336 S., 60,- €, ISBN 978-9264030381
- ▶ OECD (Hrsg.): **Die OECD in Zahlen und Fakten 2009. Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft.** OECD, Paris 2009, 35,- €, ISBN 978-92-64-06091-3. Kostenloser Download: [www.oecd.org/de/factbook](http://www.oecd.org/de/factbook)
- ▶ Piller, B. u. a.: **Grenzen des Wachstums. SES,** Zürich 2009, 24 S. Kostenloser Download: [www.kurzlink.de/wachstum](http://www.kurzlink.de/wachstum)
- ▶ Poddig, H.: **Radikal mutig. Meine Anleitung zum Anderssein.** Rotbuch, Berlin 2009, 224 S., 14,90 €, ISBN 978-3-86789-085-4
- ▶ Schummer, J.: **Nanotechnologie. Spiele mit Grenzen.** Suhrkamp, Frankfurt/M. 2009, 172 S., 10,- €, ISBN 978-3-518-26023-4
- ▶ Wieland, J. (Hrsg.): **Behavioural Business Ethics. Psychologie, Neuroökonomik und Governanceethik.** Metropolis, Marburg 2009, 240 S., 24,80 €, ISBN 978-3-89518-774-2

## Impressum

umwelt aktuell Februar 2010  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de). **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maïke Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Christoph Markl-Meider [cmm], Roland Quester [rq], Anne Schweitzer [ans], Zoë Thio [zt]

**Kontakt:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg  
**Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: [oekom@rhenus.de](mailto:oekom@rhenus.de)  
**Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## TERMINE

## FEBRUAR

03.–04.02., Brüssel (B)  
**Dritte internationale Konferenz zur gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung**

► EU, Ausschuss der

Regionen, Azucena Salazar, Vitoria-Gasteiz (ES),  
 Tel. +34 945 / 016314, E-Mail: azu-salazar@ej-gv.es,  
 www.gmofree-euregions.net

05.–07.02., Tutzing (D)

**Wald Macht Geld. Tagung zu Wald, Forst, Holz**

► Ev. Akademie, Maria Wolff, Tel. +49 (0)8158 /  
 251-123, Fax 996423, E-Mail: wolff@ev-akademie-  
 tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

06.02., Hannover (D)

**NAJU- und NABU-Zukunftsinitiative zur Stärkung der lokalen Kinder- und Jugendgruppenarbeit im Natur- und Umweltschutz. Workshop**

► Naturschutzjugend, Berlin, Tel. +49 (0)30 /  
 2849841921, www.naju.de/projekte/verbandsprojekt

09.–10.02., Berlin (D)

**Bioenergie aus der Landschaftspflege. Fachtagung**

► DVL, Christof Thoss, Ansbach, Tel. +49 (0)981 /  
 46533546, E-Mail: thoss@lpv.de, www.lpv.de/?342

10.02., Magdeburg (D)

**Das EU-Chemikalienrecht. Umgang, Entsorgung und Transport gefährlicher Stoffe. Seminar**

► IWU, Dagmar Heyer, Tel. +49 (0)391 / 7447894,  
 E-Mail: heyer@iwu-ev.de, www.iwu-ev.de

10.02., Berlin (D)

**Care-Ökonomie als zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell. Politische Ansätze und Perspektiven für nachhaltiges geschlechtergerechtes Wirtschaften. Fachgespräch**

► HBS, Susanne Diehr, Tel. +49 (0)30 / 28534-123,  
 E-Mail: diehr@boell.de, www.boell.de/calendar

11.–14.02., Basel (CH)

**5. NATUR. Kongress, Messe, Festival**

► NATUR, Daniel Wiener, Tel. +41 (0)61 / 2051010,  
 E-Mail: daniel.wiener@natur.ch, www.natur.ch

13.–14.02., Kassel (D)

**Ökologie & Sozialismus. Konferenz**

► SALZ, Dr. Michael Rieger, Hamm, E-Mail:  
 salzkreis@yahoo.de, www.oekosozialismus.net

17.02., Berlin (D)

**NanoDialog 2009–11 Zwischenstand. Fachtagung**

► Bundesumweltministerium, NanoKommission  
 www.oekopol.de/de/aktuell/nano/Dialogforum.php

17.–18.02., Göttingen (D)

**Grünes Band. Naturschutzförderprojekte und Nachhaltigkeit. Abschlussstagung**

► HAWK, Susanne Schlagbauer, Tel. +49 (0)551 /  
 5032166, E-Mail: gruenesband@hawk-hhg.de,  
 www.gruenes-band.hawk-hhg.de

17.–20.02., Nürnberg (D)

**BioFach. Messe**

► NürnbergMesse, Tel. +49 (0)911 / 8606-0,  
 Fax -8228, www.biofach.de

23.–24.02., Fulda (D)

**Naturschutz in der Regionalentwicklung. Stand, Erfordernisse, Perspektiven. Fachtagung**

► DVL, Liselotte Unseld, Ansbach, Tel. +49 (0)981 /  
 4653-3540, Fax -3550, E-Mail: unseld@lpv.de,  
 www.lpv.de

24.02., Bonn (D)

**Kommunen aktiv für den Klimaschutz. Konferenz**

► DStGB. Congress und Presse, Tel. +49 (0)228 /  
 347498, Fax 349815, E-Mail: congressundpresse@t-  
 online.de, www.dstgb.de (Veranstaltungen)

24.–25.02., Stockholm (S)

**GreenPort 2010. The 5th International Ports and the Environment Conference and Exhibition**

► EcoPorts, ESPO, Reigate (GB), Tel. +44 (0)1737 /  
 226153, www.green-port.net

24.–26.02., Muhr am See/Mittelfranken (D)

**Regionale Baukultur in Deutschland als Beitrag zur Erhaltung von Kulturlandschaften. Tagung**

► BHU, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 224091,  
 Fax 215503, E-Mail: bhu@bhu.de, www.bhu.de

26.02., Luzern (CH)

**1. Ethik-Forum Luzern. Tagung**

► Ethik-Forum, Emmen, Tel. +41 (0)41 /  
 2403960, E-Mail: info@ethik-forum-luzern.ch,  
 www.ethik-forum-luzern.ch

26.–27.02., Berlin (D)

**Die Praxis der Beteiligungs- und Klagerechte im Umweltschutz. Workshop**

► UfU, Martin Jänsch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 428-  
 499331, E-Mail: martin.jaensch@ufu.de, www.ufu.de

## MÄRZ

03.–05.03., Wels/Oberösterreich (A)

**World Sustainable Energy Days 2010. Kongress**

► ESV, Linz, Tel. +43 (0)732 / 7720-14380,  
 Fax -14383, E-Mail: office@esv.or.at, www.wsed.at

05.03., Bonn (D)

**Künftig kreativ kompensieren? Tagung zur Zukunft der Eingriffsregelung**

► BDLA, Mario Kahl, Berlin, Tel. +49 (0)30 /  
 27871512, E-Mail: mario.kahl@bdla.de, www.bdla.de

11.–12.03., Hamburg (D)

**Das Wasserforum für die EMA-Region. Marokko, Syrien, Jordanien. Tagung**

► EMA, Clara Gruitrooy, Tel. +49 (0)40 / 52014889,  
 www.ema-hamburg.org

16.–17.03., Berlin (D)

**Europäische Energiepolitik: Ein Europa der Erneuerbaren Energien. Tagung**

► HBS, Christine Pütz, Tel. +49 (0)30 / 28534-380,  
 E-Mail: puetz@boell.de, www.boell.de/calendar

18.03., Berlin (D)

**Bericht zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil**

► HBS, Eike Botta-Venhorst, Tel. +49 (0)30 / 28534-  
 235, E-Mail: botta@boell.de, www.boell.de/calendar

18.–19.03., Freiburg/Br. (D)

**Energie ohne Übersee-Biomasse. Für eine andere Energiepolitik, die nicht auf Biomasseimporte angewiesen ist. Fachtagung**

► Caritas, Wolfgang Hees, Tel. +49 (0)761 /  
 200-583, -731, E-Mail: wolfgang.hees@caritas.de,  
 www.kurzlink.de/caritas-biomasse.pdf

22.03., Berlin (D)

**Finanzierungsbedarf & Finanzierungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Mobilität in Städten**

► Stiftung Heureka, Manfred Garben, Tel. +49  
 (0)30 / 201883-42, Fax -33, www.stiftung-heureka.de

25.–26.03., Bremen (D)

**GMLS 2010. Implications of GM-Crop Cultivation at Large Spatial Scales. Konferenz**

► GMLS, Richard Verhoeven, +49 (0)421 / 592238,  
 E-Mail: verhoeven@uni-bremen.de, www.gmls.eu

**Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40**

**Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks**

## Nachhaltiger Konsum

## Die Lohas lieben lernen

Lohas sind Menschen, die beim Konsum nicht nur an den Preis, sondern auch an die Nachhaltigkeit denken. Ob man dafür mit dem richtigen Marketing auch andere Menschen gewinnen kann, untersuchte die Beratungsagentur Stratum. Das Ergebnis: Produkte können durch Marketing zwar nicht nachhaltiger oder besser werden, aber ohne Marketing lassen sich auch nachhaltige Produkte nicht verkaufen.

□ Der Biokonsum boomt und die Nachfrage nach Produkten aus dem fairen Handel hat deutlich zugenommen – allein in den letzten beiden Jahren um 40 Prozent. Die von Trendguru Matthias Horx 2007 beschriebene Verbindung von Konsumlust und ökosozialem Gewissen ist unter der Chiffre Lohas – die Abkürzung für Lifestyle of Health and Sustainability – heute allgegenwärtig. Zwischen 20 und 40 Prozent der VerbraucherInnen werden diesem Lebensstilmuster bereits zugerechnet.

Entsteht hier nicht eine enorme Zielgruppe für die Protagonisten der Ökoauflärung? Hätte die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) damit nicht eine neue Aufgabe – nämlich statt der abstrakten Vermittlung des richtigen Bewusstseins die Förderung des korrekten Konsums?

### Am Anfang war die Marktforschung

Mit dieser Fragestellung startete vor einem guten Jahr ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördertes Projekt. In zwei Schritten wollte die Beratungsagentur Stratum Lösungen für ein verbessertes Nachhaltigkeitsmarketing zum Lohas-Trend finden. Zunächst sollte eine tiefer gehende Marktforschung die nötigen Einblicke in die Mentalität und Psyche der Lohas-Konsumenten geben. In einem zweiten Schritt sollten dann ausgewählte Praxispartner mit einem Lohas-adäquaten Marketing neue Kunden gewinnen.

Schon die Ergebnisse des ersten Schritts waren überraschend. Die Studie, die Stratum bei den Markenstrategen der Firma &Equity in Auftrag gegeben hatte, zeigt das Bild einer breiten neuen Zielgruppe: die Lohas-Affinen. Sie stehen zwar den Lohas nahe, doch wollen sie weder etwas mit der Selbstinszenierung der „bekennen-

den“ Lohas-Szene zu tun haben noch mit den hohen Erwartungen, die häufig mit dem neuen grünen Lebensstil verknüpft werden.

Insgesamt scheint das Ökothema durch die Lohas zwar an gesellschaftlicher Breite gewonnen, aber zugleich an inhaltlicher Tiefe verloren zu haben. Denn Lohas-Menschen sind erstaunlich unpolitisch, harmonieorientiert und durch Greenwashing zu beeindrucken, so die Studie.

### Schlechtes Greenwashing – gutes Greenwashing?

Der erste Reflex auf dieses Ergebnis waren vielerorts Enttäuschung und Ablehnung. Sollten die Hoffnungen auf den sanften, aber stetigen Wandel der Gesellschaft durch nachhaltigen Konsum getrogen haben? War das „Ende der Märchenstunde“ gekommen, wie es Kathrin Hartmann in ihrem kürzlich erschienenem Buch mit dem Untertitel „Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt“ behauptete?

Doch in den Studienergebnissen steckten viele praktisch verwertbare Hinweise für erfolgreiches Nachhaltigkeitsmarketing. Auch „nachhaltige“ Produkte brauchen ein entsprechendes Marketing. „Gutes“ verkauft sich eben nicht von selbst. Deshalb sprechen die Stratum-Berater inzwischen etwas provokant vom „guten Greenwashing“. Damit wollen sie verdeutlichen, dass man durch Marketing natürlich Produkte nicht wirklich nachhaltiger oder besser machen, aber ohne Marketing auch nachhaltige Produkte eben nicht verkaufen kann: „Aus diesem Grund haben wir dann doch gelernt, die Lohas zu lieben.“

Die Formel für gutes Nachhaltigkeitsmarketing umfasst nach den Erkenntnis-

sen von Stratum drei grundlegende Aussagen:

- ▷ „Einklang mit der Natur“ – das Motiv wird durch entsprechende Bild- und Farbwelten evoziert und kann durch den Aspekt der „Sauberkeit“ gesteigert werden.
- ▷ „Regionalität“ in der Aussage bietet einen hohen Vertrauenseffekt für Lohas-affine Konsumenten, besonders wirksam sind „Nähe“ und „Heimat“, oder gerne auch einfach „deutsch“.
- ▷ „Wir“ als gemeinsame Verantwortung von Produzenten, Handel und Konsumenten für die Sicherung der Zukunft; Lohas-Affine verstehen dies nicht als Vereinnahmung, sondern als Form einer Partnerschaft mit der Wirtschaft, als Win-win-Situation.

### Großes Betätigungsfeld für die Bildung

Im zweiten Teil des Projekts bauten die Praxispartner aus dem Bildungsbereich diese Erkenntnisse in ihre Marketingstrategie ein. So bot etwa das Ökologische Schullandheim Spohns Haus im saarländischen Gersheim mit Unterstützung durch Stratum erstmals ein Kochwochenende an, um Lohas-affine Familien als neue Zielgruppe anzulocken. Für den Verein Flower Label Program (FLP), eine bekannte Organisation im fairen und ökologischen Blumenhandel, brachte Stratum alle Akteure der gesamten Produktions- und Vermarktungskette an einen Tisch, um auch die einheimische Produktion einzubeziehen.

Ein weiteres Beispiel ist das Umweltbildungsnetzwerk Stettiner Haff mit seinen zahlreichen Einrichtungen und Initiativen in der Ostseeregion. Fünf Einrichtungen konnten durch Stratum motiviert werden, neue Angebotsformen der Umwelt- und Naturschutzbildung zu entwickeln. So können in einem Outdoor-Krimi künftig Touristen und Schulklassen spielerisch selbst aktiv werden, um einen mysteriösen Fall aufzuklären. Ganz nebenbei werden Natur- und Umweltwissen, aber auch Motivationspsychologie und deutsch-deutsche Zeitgeschichte vermittelt.

Nachhaltiger Konsum sogar als Entwicklungschance ländlicher Räume? Gemeinsam entwickelten die Akademie für

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## D wie Debatten

Wie lassen sich aktuelle politische Debatten in die Erwachsenenbildung tragen? Wie gelangt man zu einem ethisch fundierten Urteil? Das hier vorgestellte Konzept veranschaulicht mithilfe eines konkreten Beispiels die Konfliktlinien großer gesellschaftlicher Debatten und zeigt, wie sich Bürger(innen) an der Meinungsfindung beteiligen können. Tipps zur Planung und Umsetzung konkreter Diskurse runden das Bild ab.

A. Müller, S. Röhl, M. Röhl  
**Bilden Sie sich ein Urteil!**  
 Konkrete Diskurse in der Erwachsenenbildung  
 oekom verlag, München 2010,  
 122 Seiten, 24,50 EUR,  
 ISBN 978-3-86581-201-8

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

  
 Die guten Seiten der Zukunft

Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern und Stratum eine Idee: Unter dem Titel „Garten der Metropolen“ sollen sich ländliche Räume modellhaft mit ihren Erholungs-, Entschleunigungs- und Versorgungsfunktionen gestressten Lohas-Kunden aus der Großstadt anbieten.

Auch wenn das Förderprojekt jetzt abgeschlossen ist, will Stratum Einrichtungen der Umweltbildung, Regionalentwicklungsprojekte und naturtouristische Akteure weiterhin bei der Erschließung des Lohas-Marktes beraten.

[Richard Häusler, Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Stratum GmbH, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22325270, E-Mail: [info@stratum-consult.de](mailto:info@stratum-consult.de), [www.stratum-consult.de](http://www.stratum-consult.de)
- ▷ Häusler, R.; Kerns, C.; Parlow, K.: Nachhaltigkeit ist Veränderung. Akteure der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung im Interview zu Entwicklung, Veränderung und Strategie. Erich Schmidt, Berlin 2009, 176 S., 32,80 €, ISBN 978 3-503-12071-0

### AUS ANU UND UMWELTZENTREN

#### Bundes-ANU wählt Vorstand neu

□ Auf der Mitgliederversammlung des ANU-Bundesverbandes im November letzten Jahres wurde Annette Dieckmann als Erste Vorsitzende mit großer Mehrheit bestätigt. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Thorsten Ludwig. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören außerdem Birgitt Fitschen als Schriftführerin und Susanne Stahl Schmidt als Schatzmeisterin an. Daneben gibt es aber auch einige neue Gesichter im Sprecherrat: Claudia Leibrock, Vorsitzende der ANU Rheinland-Pfalz, Ralf Thielebein-Pohl, stellvertretender ANU-Vorstand aus Hamburg, und (in Abwesenheit) Heidi Kunis aus Sachsen.

Die ANU hat derzeit bundesweit 838 Mitglieder, darunter 322 Umweltzentren und -institutionen. Größter Landesverband ist Bayern, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen und Hamburg.

- ▷ [www.umweltbildung.de/bundessprecherrat.html](http://www.umweltbildung.de/bundessprecherrat.html)

#### Unesco erkennt Leuchtpol als wichtige nationale Bildungsmaßnahme an

□ Im November 2009 ist das ANU-Projekt Leuchtpol als neue Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung aufgenommen und damit von der Unesco als strategischer Beitrag zur Umsetzung von BNE in Deutschland anerkannt worden.

Im selben Monat luden Leuchtpol und der ANU-Bundesverband zur Fachtagung „Kindergärten als Bildungsorte für nachhaltige Entwicklung“ nach Bonn ein. Vor den rund 200 PädagogInnen und MultiplikatorInnen erläuterte die ANU-Bundesvorsitzende Annette Dieckmann zusammen mit Christoph Dänzer-Vanotti vom Vorstand der Eon AG die Motive und Ziele des Projekts. Neben einem Kurzfilm über das Projekt gibt es auch einen Leuchtpol-Newsletter sowie eine Projektzeitung, die in Kindergärten und Kitas für Eltern und ErzieherInnen ausliegen wird.

- ▷ [www.leuchtpol.de](http://www.leuchtpol.de)

#### ANU Bayern startet Wettbewerb in Schulen

□ Die Kampagne „WertvollerLeben“ von der ANU Bayern soll zum Nachdenken über Geld und Werte anregen. Im Dezember startete in Kooperation mit dem oekom verlag der Schülerwettbewerb „Was ist dir wirklich was wert?“ Hier können bayerische Jugendliche ab 14 Jahren noch bis Ende Februar Reportagen, Fotos, Zeichnungen oder Kurzgeschichten einreichen. Es winken Geldpreise, ein Workshop und die Veröffentlichung in einem neuen Jugendmagazin, das ab Mai erscheint. Geplant ist außerdem zur Fußball-WM 2010 eine bayernweite FairKick-Aktion mit Projekten rund um das Globale Lernen.

Die ANU hat außerdem die Recherche „Geld – Werte – Lebensstile“ erstellt, die vorhandene Projekte, Materialien und AnsprechpartnerInnen aufführt und kostenlos im Internet zur Verfügung steht.

- ▷ [www.wertvollerleben.bayern.de](http://www.wertvollerleben.bayern.de)
- ▷ [www.was-ist-dir-wirklich-was-wert.de](http://www.was-ist-dir-wirklich-was-wert.de)
- ▷ Recherche: [www.umweltbildung-bayern.de/un-dekade-aktivitaeten.html](http://www.umweltbildung-bayern.de/un-dekade-aktivitaeten.html) (unten)

### Umweltakademien warnen: Deutsche werden Natur-Analphabeten

□ Die Deutschen lieben zwar die Natur, wissen aber über Tiere und Pflanzen und die verschiedenen Landschaften immer weniger Bescheid. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten (BANU) machte deren Vorsitzender Claus-Peter Hutter deutlich, dass Deutschland allmählich zu einem „Volk der Natur-Analphabeten“ werde. So würden Kinder heute mehr Handyklingeltöne als Vogelstimmen und mehr Automarken als Wildblumen kennen. Die mit Fragen der breiten Umweltbildung in Sachen Naturschutz, Ökologie und nachhaltige Entwicklung befassten Akademien der Bundesländer sehen darin eine ernsthafte Gefahr für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

▷ [www.banu-akademien.de](http://www.banu-akademien.de)

### 25 Jahre Wissenschaftsladen Bonn

□ Mehr als 100 Science-Shops wurden allein in den letzten drei Jahren an den Hochschulen der chinesischen Metropole Shanghai gegründet. Länder wie die Niederlande oder Kanada investieren Millionen in ihre Science-Shops. In Deutschland dagegen gibt es nur noch sieben Wissenschaftsläden, von denen sich die meisten unabhängig von der örtlichen Hochschule über Projekte finanzieren. Dennoch ist der Wissenschaftsladen Bonn der größte der Welt mit 30 festen MitarbeiterInnen und einem Umsatz von rund 2,6 Millionen Euro. Im Dezember feierte der gemeinnützige Verein sein 25-jähriges Bestehen. Neben Beratung und Wissensvermittlung für Bürgerinnen und Bürger werden auch pädagogische Materialien entwickelt und die bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien organisiert. Der Verein gibt außerdem wöchentlich zwei Informationsdienste über Stellenangebote zu verschiedenen Berufsfeldern im Umweltbereich heraus.

▷ [www.wilabonn.de](http://www.wilabonn.de) (Publikationen – WILAinform – Ausgabe 61)

### SCHWERPUNKT: UMWELTBILDUNG BEI JUGENDLICHEN

#### Umweltbildung im Wandel?

□ Kindheit und Jugend finden heute unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt als früher: Hoher Medienkonsum und weniger Aufenthalt im Freien prägen und verändern das Verhalten einer ganzen Generation. Wie Bildungsverantwortliche darauf reagieren, diskutierten rund 250 Fachleute auf der 14. Internationalen Sommerakademie im sächsischen St. Marienthal. Die Ergebnisse wurden nun als Buch veröffentlicht: „Kindheit und Jugend im Wandel! Umweltbildung im Wandel?“ Das Schwergewicht mit rund 500 Seiten stellt aktuelle Beispiele von der Schule über die berufliche Bildung und außerschulische Einrichtungen bis zum informellen Lernen vor. Grundtenor: Zu langes Verweilen in virtuellen Welten macht dumm, aber Umweltbildung kann virtuelle und reale Welten ganz hervorragend miteinander verbinden, wenn sie sich wandelt.

▷ Brickwedde, F.; Bittner, A. (Hrsg.): Kindheit und Jugend im Wandel! Umweltbildung im Wandel? Erich Schmidt, Berlin 2009, 498 S., 49,- €, ISBN 978-3-503-11628-7

#### Umweltschutz? Nein, danke!

□ Viele Jugendliche sind nicht bereit, für die Umwelt aktiv zu werden. Das Thema sei zwar wichtig, aber Einzelpersonen könnten nur wenig ausrichten. Vielmehr müssten Konzerne und die Politik zuerst handeln. Erst dann sind die meisten bereit, auch selbst einen Beitrag beispielsweise zum Klimaschutz leisten. Oft sind junge Leute einfach zu resigniert oder wollen sich nicht einschränken und auf Luxus verzichten. Diese Ergebnisse brachte die aktuelle Studie „Wie wollen Kinder und Jugendliche das Klima schützen?“ der Umweltstiftung WWF. Sie basiert auf zweistündigen Gruppengesprächen mit insgesamt 60 Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 20 Jahren.

▷ Download: [www.wwf.de/klima](http://www.wwf.de/klima) (Publikationen)

#### Vom Außenseiter zum Umweltschützer

□ Kinder und Jugendliche können sich über den Hunger in der Welt oder über Tiersterben sehr real empören. Da aber wichtige Institutionen wie Elternhaus, Schule, Werbung oder Kirche sehr unterschiedliche Sichtweisen vermitteln, verzichten sie lieber auf eigene Positionen – auch, um sich nicht einem Gruppen- oder Konsumzwang beugen zu müssen. In der Schulzeit wegen ihrer Einstellungen oft als Außenseiter abgestempelt, sind junge Menschen froh, wenn sie später im Verein engagierte Mitstreiter finden. Dies berichtet die schwedische Forscherin Ellen Almers von der Universität Jönköping. In Interviews hatte sie junge Erwachsene, die sich für die Umwelt einsetzen, nach der Grundlage ihres Tuns befragt. Als Schlussfolgerung empfiehlt Almers den Schulen, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern umweltfreundliches Verhalten selbst zu praktizieren und zum Beispiel engagierte Menschen aus Nichtregierungsorganisationen einzuladen, die authentische Beispiele bieten und eine Identifikation ermöglichen.

▷ [www.hlk.hj.se/doc/6876](http://www.hlk.hj.se/doc/6876)

#### Nachhaltigkeit ist weiblich

□ Mädchen hantieren vorwiegend mit Technik oder präsentieren Projektarbeiten. Im Unterricht steht häufig gesunde Ernährung oder soziales Miteinander auf dem Lehrplan. Mädchen stellen mit 58 Prozent die Mehrheit in der Schülerschaft und selbst beim Lehrpersonal sind satte 70 Prozent und bei den Direktoren immer noch 61 Prozent weiblich. Dennoch stehen laut einer aktuellen Studie Genderthemen bei Frauen selten im Vordergrund, sondern eher der Wunsch nach Öffentlichkeit. „Nachhaltigkeit liegt in Frauenhänden“ heißt ein Beitrag in Heft 3/2009 der Zeitschrift umwelt & bildung über die österreichischen Ökolog-(Umwelt-)Schulen. Weitere Themen befassen sich mit Naturerfahrung, Grönland, Musik und Shoppingcentern.

▷ [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

## Rheinland-pfälzisches Handbuch Umweltbildung

□ Das „Handbuch Umweltbildung“ bietet einen umfassenden Überblick über die Umweltbildungslandschaft in Rheinland-Pfalz. Mehr als 100 Einrichtungen sind mit einem Steckbrief, Angaben zu den Arbeitsschwerpunkten und Projekten sowie AnsprechpartnerInnen aufgeführt. Das Handbuch soll die Öffentlichkeit informieren, den Dialog mit den Akteuren fördern und die Vernetzung der Einrichtungen voranbringen.

▷ [www.umdenken.de/service/?id=646](http://www.umdenken.de/service/?id=646)

## Der Umweltchecker

□ Der Umweltchecker ist eine Webseite für Jugendliche, die als sogenannte Community angelegt ist und damit Möglichkeiten bietet, eigene Fotos, Videos und Podcasts zu Umweltthemen zu veröffentlichen. Ebenso können eigene Weblogs angelegt werden. Dazu gibt es einen Handylogo- und einen Handysounddesigner, außerdem regelmäßig Themenseiten mit Artikeln zu vielen Umweltthemen.

Der Umweltchecker ist Teil des Netzwerkes [netzcheckers.net](http://netzcheckers.net), das aus zahlreichen Partnerportalen besteht, die über die „Beepbox“ miteinander kommunizieren. Andere Portale haben die Oberthemen Europa, Geocaching, Datenschutz oder Imkerei.

▷ [www.umweltchecker.de](http://www.umweltchecker.de)

## Freie Umweltspiele online

□ Die Webseite [umweltspiele.ch](http://umweltspiele.ch) ist eine Sammlung von über 400 frei zugänglichen Onlinespielen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen, etwa zum Klimawandel, zu Fledermäusen, zum Energiesparen oder zu Biodiversität. Die Spiele können nach Thema, Spieltyp, Schulfach oder Sprache gewählt werden. Auf der Internetseite kann außerdem ein Newsletter abonniert werden, der zehnmal im Jahr über die Spiele informiert.

▷ [www.umweltspiele.ch](http://www.umweltspiele.ch)

## VERSCHIEDENES

### Bundesregierung will Nachhaltigkeit und Umweltbildung stärken

□ „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ So lautet der Titel des Koalitionsvertrags der Bundesregierung. Darin haben CDU, CSU und FDP festgelegt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie im „bewährten institutionellen Rahmen“ fortgeführt wird. Sie soll darüber hinaus „durch eine offizielle Generationenbilanz ergänzt werden, die die monetarisierbaren Leistungen und Lasten heutiger Politik für kommende Generationen transparent macht“.

Sogar die Umweltbildung wird erwähnt: „Wir wollen gemeinsam mit den Nutzern die Umweltbildung fördern.“ In die gleiche Richtung weist die Aussage zur Umsetzung der nationalen Strategie für biologische Vielfalt: Die Koalitionsparteien wollen „ein Bundesprogramm erarbeiten, das mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern, Landnutzern und Naturschutzverbänden abgestimmt wird. Die wichtige Rolle der Botanischen Gärten und Sammlungen werden wir stärken.“

▷ [www.cdu.de](http://www.cdu.de) (Parteiseite – Koalitionsvertrag)

## UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de) im Internet. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

05.–07.02., Ammersbek bei Hamburg (D)

**Auf zu neuen Perspektiven! Bildung für nachhaltige Entwicklung spielerisch gestalten**

▷ [www.eed.de/bildungsstelle-nord](http://www.eed.de/bildungsstelle-nord)

05.–07.02., Gunzesrieder Tal/Allgäu (D)

**Landart im Winter. Workshop**

▷ [www.naturerlebnis-landart.de/workshop.pdf](http://www.naturerlebnis-landart.de/workshop.pdf)

24.02., Recklinghausen (D)

**Schule der Zukunft: WeTube – unsere Projekte auf YouTube**

▷ [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de)

26.02., Hamburg (D)

**Alles nachhaltig ... nur meine Finanzen nicht!?**

Workshop für freiberufliche UmweltpädagogInnen

▷ [www.anu-hamburg.de](http://www.anu-hamburg.de)

27.02., Eching bei München (D)

**Naturschutz hat Geschichte. 100 Jahre LBV.**

Festsymposium

▷ [www.anl.bayern.de](http://www.anl.bayern.de)

27.02., Bremen (D)

**Kooperative Abenteuerspiele**

▷ [www.umweltbildung-bremen.de](http://www.umweltbildung-bremen.de)

27.–28.02., Bonn (D)

**Fit für die Offene Ganztagschule. Vermittlung von Kenntnissen zur Leitung einer Umwelt-AG**

▷ [www.umweltbildung-ogs.de](http://www.umweltbildung-ogs.de)

04.03., Freising (D)

**Biologische Vielfalt und Bildung. Fachtagung**

▷ [www.anl.bayern.de](http://www.anl.bayern.de)

05.–06.03., Esbjerg (DK)

**Deutsch-dänisches Treffen der Natur- und LandschaftsführerInnen**

▷ [www.afnu.schleswig-holstein.de](http://www.afnu.schleswig-holstein.de)

06.–07.03., Bonn (D)

**Fit für die Offene Ganztagschule. Vermittlung von Kenntnissen zur Leitung einer Umwelt-AG**

▷ [www.umweltbildung-ogs.de](http://www.umweltbildung-ogs.de)

10.03., Bern (CH)

**Lernen für eine Nachhaltige Entwicklung.**

Tagung zum Modell-Lehrgang BNE

▷ [www.education21.ch](http://www.education21.ch)

## Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

[jfs@oekopaednews.de](mailto:jfs@oekopaednews.de);

Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)